Morgenausgabe

Nr. 216 / A 109 — 49. Jahrgang

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 3,25 M. (davon 97 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Postbezug 3,97 M. einschließlich 60 Pf. Postzeitungs- und 72 Pf. Postbestellgebühren. Auslandsabonnement 5,65 M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Drucksachenporto 4,65 M.

Der „Vorwärts" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend". Illustrierte Sonntagsbeilage „Volk und Zeit"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Dienstag 10 Mai 1932

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einspalt. Millimeterzeile 30 Pf. Reklamezeile 2.– M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 20 Pf. (zulässig zwei fettgedruckte Worte, jedes weitere Wort 10 Pf. Rabatt lt. Tarif. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Millimeterzeile 25 Pf. Familienanzeigen Millimeterzeile 16 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentäglich von 8½ bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmer Anzeigen vor!

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 292—297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postscheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3. Dt. B. u. Disc.-Ges., Depositenk., Jerusalemer Str. 65/66.

Reichstag ohne Radau.

Breitscheid erteilt Unterricht. — Nazis hören artig zu!

Geschehen Zeichen und Wunder? Beginnt im Abgrund der Krise des Parlamentarismus seine Wiedergeburt? Gibt es noch Anstand bei den extremen Parteien? War es nur ein Tag zufälliger Disziplin, der morgen schon wieder in Radau versinkt, oder ist es das Wiedererwachen geistiger Kämpfe im Parlament? Wird der Reichstag wirklich noch einmal eine Stätte politischer Debatten werden? Die erste Sitzung dieser kurzen Reichstagssession wirft solche Fragen auf.

Die Nationalsozialisten waren da. Die Deutschnationalen waren da. Die Kommunisten auch, und dieser Dreibund politischen Krawalls hörte den Reichsfinanzminister, hörte sogar den Fraktionsredner der Sozialdemokraten so gut wie ohne Zwischenrufe an. Als Breitscheid seine scharf gegen rechts, seine aggressiv gegen den Talmihalbgott Hitler gerichtete Rede beendet hatte: da eilte kein Nationalsozialist auf die Tribüne, um den Novemberverbrecher vom Allerheiligsten des Dritten Reiches abzuwehren. Keine Wortmeldung lag vor. Erst die Aufmunterung des Präsidenten brachte einen Kommunisten zum Reden. Welche Weisungen mögen die Nationalsozialisten aus München erhalten haben? Die nächsten Tage müssen doch wohl etwas Licht auf die Ursachen dieser Anwandlungen der Nationalsozialisten zur parlamentarischen Gesittung und zur Enthaltsamkeit von demagogischen Schimpforgien werfen.

Reichsfinanzminister Dr. Dietrich begründete die Vorlage des Schuldentilgungsgesetzes. Es war der übliche nüchterne Vortrag des verantwortlichen Finanzmannes. Er versuchte, der Finanzlage des Reichs einige tröstliche Zahlen abzugewinnen. Die schwebende Schuld ist von 1938 Millionen Mark am 31. März 1930 auf 1591 Millionen Mark am 31. März 1932 zurückgegangen. 293 Millionen Mark dieses Rückganges erklären sich allerdings durch die Umwandlung von schwebender in fundierte Schuld. Die fundierte Schuld betrug Ende des vorigen Jahres 10,2 Milliarden Mark. Sie ist um 300 Millionen Mark zurückgegangen. Der Reichsfinanzminister wies den Vorwurf schlechter Verwaltung in der Republik zurück. Der allergrößte Teil der Schulden sei durch Kriegsfolgen entstanden. Nur 1,5 Milliarden Mark der fundierten und 1,7 Milliarden Mark der unfundierten Schuld hätten andere Ursachen. Diese Summen seien nicht überwältigend. Die Bankenkrise hätte durch Eingreifen des Reiches überwunden werden müssen. Sie habe dem Reich nicht weniger als 200 Millionen Mark Steuerausfall gekostet. Wenn das Reich nicht die Banken gestützt hätte, würde ein Zusammenbruch auch der Reichsfinanzen eingetreten sein. Der Reichsfinanzminister begründete schließlich die Notwendigkeit einer Prämienanleihe zum Ausbau des Arbeitsdienstes; aus laufenden Mitteln sei nichts aufzubringen. Das Haus nahm die Rede schweigend auf.

Dann nahm Dr. Breitscheid das Wort. Zur allgemeinen Ueberraschung blieben die Nationalsozialisten. Breitscheid begann mit den Forderungen: Sanierung der Arbeitslosenunterstützung, einschließlich der Aufwendungen in den Gemeinden; kein weiterer Abbau der Unterstützungsdauer; keine Aufhebung oder Suspendierung der Arbeitslosenversicherung, denn das würde ein entscheidender Schlag gegen die Sozialpolitik sein. Es müßten neue Einnahmen erschlossen werden. Eine etwaige Sonderabgabe dürfe nicht nur die Lohn- und Gehaltsempfänger, sondern müsse auch die Selbständigen umfassen.

Nun griff Breitscheid in strengster Sachlichkeit und in glänzender Form die Nationalsozialisten an. Unter atemloser Aufmerksamkeit des ganzen Hauses hielt er den Nationalsozialisten ein Kolleg über Parlamentarismus und Demokratie.

Zur vollen Höhe einer großen Parlamentsrede hob sich Breitscheid, als er den Nationalsozialisten die tollen Widersprüche auf allen Gebieten ihrer Betätigung aufwies. Sie sind massenfeindlich, aber sie umschmeicheln dieselben Massen, um sich durch demokratische Mittel in die Macht zu schwingen, zur Vernichtung der Demokratie. Sie wissen nicht, ob das Dritte Reich Monarchie sein soll oder Republik. Sie machen den Antisemitismus zur Grundlage ihrer Agitation, und Hitler erklärt gegenüber ausländischen Journalisten, er sei nicht dafür, daß die Juden weniger Rechte haben sollen als andere Staatsbürger. Außenpolitisch, innerpolitisch, wirtschaftspolitisch, sozialpolitisch, kulturpolitisch lauter Widersprüche. Herr Hitler ist ein ganz anderer, wenn er zum Ausland redet, als wenn er in Deutschland vor Volksversammlungen steht.

Endlich einmal hat der Reichstag einen würdigen Tag erlebt, und an solchem Tage wirkt ein Mann wie Breitscheid als Träger großer geistiger Werte nicht nur der Arbeiterklasse, sondern der ganzen Nation. Und die Nationalsozialisten? Sie manövrierten ausweichend. Dr. Frick wollte durchaus, daß nach dem Kommunisten Schneller die Sitzung abgebrochen werde. Das Haus tat ihm den Gefallen nicht. So mußte denn der sozusagen Finanzsachverständige der Fraktion, Herr Reinhardt, an das Rednerpult. Wunder über Wunder! Er hielt eine von Sachlichkeit gerade strotzende Rede, womit nicht gesagt sein soll, daß sein Manuskript dasselbe Maß von Sachkunde gehabt hätte. Er predigte auf den Reichsfinanzminister ein. Kaum ein Zuruf aus dem Hause. Keinerlei Beifallskundgebungen aus seiner Fraktion. Betonteste Vornehmheit im Hause Hitler. Als am Schluß die Drohung kam, daß die Nationalsozialisten die verfassungsbrüchige Regierung Brüning und mit ihr wohl Herrn v. Hindenburg auf Grund des Artikel 59 der Reichsverfassung vor den Staatsgerichtshof stellen wollen, dröhnte zwar der Beifallssturm aus dem rechten Wetterwinkel des Hauses, aber aufregend war der Augenblick für niemanden.

Die große Sensation blieb: Reichstag ohne Radau.

Neuwahlen in Hessen.

Der Staatsgerichtshof erklärt die letzte Wahl für ungültig.

Darmstadt, 9. Mai. (Eigenbericht.)

Der hessische Landtag ist am Montagnachmittag vom Staatsgerichtshof für aufgelöst erklärt worden. Was den mehrfachen Auflösungsanträgen der Nazis und Kommunisten nicht gelungen war, wurde erreicht durch einen Einspruch der hessischen Wirtschaftspartei, die sich wegen Nichtzulassung ihres Wahlvorschlages durch den Wahlprüfungsausschuß benachteiligt fühlte.

Ueber diesen Einspruch wurde am Montag vor dem Staatsgerichtshof verhandelt. Die Nichtzulassung des wirtschaftsparteilichen Vorschlags war erfolgt, weil 54 von 500 erforderlichen Unterschriften ungültig waren. Der Staatsgerichtshof, der sich aus fünf Berufsrichtern und acht Parlamentariern zusammensetzt, von letzteren fehlte einer, war der Ansicht, daß die Wirtschaftspartei, die im Jahre 1930 bei den Reichstagswahlen in Hessen 17 000 Stimmen aufgebracht hatte, zwar nicht, wie die seither schon im Landtag vertretenen Parteien, nur 20 Unterschriften zur Glaubhaftmachung aufzubringen habe, daß aber die restlichen 446 gültigen Unterschriften nicht einfach vom Wahlprüfungsausschuß hätten ignoriert werden dürfen, da sie für die Glaubhaftmachung genügend zeugten. Durch die Ablehnung dieses Wahlvorschlags seien wesentliche Vorschriften des Wahlverfahrens vom Wahlprüfungsausschuß unberücksichtigt geblieben.

Mit diesem Beschluß des Staatsgerichtshofes gilt der Landtag als aufgelöst.

Wahltermin: 3. Juli.

Darmstadt, 9. Mai.

Das hessische Gesamtministerium trat am Montagabend zu einer Sitzung zusammen, um sich mit der durch das heutige Urteil des Staatsgerichtshofes, das die Landtagswahlen vom 15. November 1931 für ungültig erklärt hat, zu befassen. Das Ministerium hat für die Neuwahlen zum hessischen Landtag den frühesten Termin, nämlich Sonntag, den 3. Juli bestimmt.

Die Hitlerei am Pranger.

Von Breitscheid im Reichstag vorgeführt.

Die Reichstagssitzung am gestrigen Dienstagnachmittag eröffnete Präsident **Löbe** mit Nachrufen auf den ehemaligen Vizepräsidenten des Hauses Rießer sowie auf die Abgg. Jörrissen (Wp). und Limbertz (Soz.). Der Präsident hat Beileidstelegramme anläßlich des Anschlags auf Paul Doumer an den Präsidenten der französischen Kammer in Paris und zum Tode Albert Thomas' an das Internationale Arbeitsamt in Genf gerichtet.

Die Finanzvorlagen, mit denen die politische Debatte und die dazu gestellten Anträge verbunden sind, begründet

Reichsfinanzminister Dietrich.

Er legt die bereits bekannten Kassen- und Etatsaussichten dar und betont den Charakter der amerikanischen Anleihe, von der die Vorlage handelt, als Betriebsmittelkredit. Die schwebende Schuldenlast von 1595 Millionen Mark ist für ein 64-Millionen-Reich nicht übermäßig. Die Schulden des Reichs sind vollständig die Folgen von Krieg, Inflation und Entschädigung. Unverantwortlich ist es, Gerüchte auszustreuen, als ob das Reich besonders schlecht gewirtschaftet hätte, und als sei seine Finanzlage hoffnungslos. Die Kreditermächtigung ist erforderlich infolge der Notverordnungen, um die Kreditpolitik fortzusetzen. — Als der Minister untersucht, ob Kreditermächtigung durch Notverordnung verfassungsmäßig ist, unterbricht ihn Dr. Frick (Nsoz.), der sich besonders für die Verfassung ereifert! — Der Minister führt weiter aus: Immerhin haben die Bedenken der Reichsschuldenverwaltung uns veranlaßt, die Kreditermächtigung Ihrer Genehmigung zu unterbreiten. — Der Minister berichtet dann über die Bankensanierung. 1259 Millionen Mark beträgt zur Zeit die Garantiesumme. Zum Schluß begründet der Minister die Vorlage auf Bewilligung der Prämienanleihe zur Arbeitsbeschaffung.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.):

Die Auffassung der Reichsschuldenverwaltung gegen die Zulässigkeit einer Kreditermächtigung durch Notverordnung erscheint mir nicht so ganz belanglos, auch wenn ich die Motive dieser Auffassung nicht untersuche. (Sehr gut! links.) Man kann im Haushaltsausschuß darüber und auch über die Prämienanleihe beraten, allerdings dürfte deren Verabschiedung in der jetzigen kurzen Tagung dadurch nicht verhindert werden. Wir bedauern, daß der Etat nicht schon jetzt fertig ist. Es wäre trotz aller Schwierigkeiten möglich gewesen, das Tempo zu beschleunigen. Bei der notwendigen Einschränkung der Ausgaben hoffen wir, daß sie dort erfolgt, wo sie am notwendigsten ist, wo sie gleichzeitig für die Gesamtwirtschaft am wirksamsten ist und wo sie die Entbehrungen der unter der schwersten Not leidenden Volksteile nicht noch weiter steigert.

Die Kosten infolge der Arbeitslosigkeit haben 1930 schon drei Milliarden, im Jahre darauf 3,3 Milliarden und werden in diesem Jahr mindestens 3,5 Milliarden betragen.

Die Politik der Ausgabensenkung und Einnahmenerhöhung lastet außerordentlich schwer auf den arbeitenden Klassen, verhindert aber auch diesmal den Fehlbetrag nicht. Die Steuereinnahmen sind um 385 Millionen hinter den schon berichtigten Voranschlägen zurückgeblieben. Dazu kommen die Ausgaben für Sanierung der Banken und Genossenschaften, für die Winterhilfe usw., so daß ein Gesamtdefizit von über dreiviertel Milliarden entsteht. Der Fehlbetrag war im Vorjahr nur auszugleichen durch erhöhte Einnahmen aus der Münzprägung und durch die Aufnahme neuer Schulden ungefähr in dem gleichen Betrage, wie die alten Schulden abgetragen wurden. Da diese Entwicklung andauert, betonen wir, daß die

Lösung dieser Probleme nicht gegen, sondern durch das Parlament anzustreben ist. Eine Erleichterung wird vielleicht dadurch geschaffen, daß Mehreinnahmen aus der erhöhten Umsatzsteuer und aus größeren Gehaltsersparnissen zu erwarten sind. Die Balancierung des Etats ist nur unter zwei Voraussetzungen möglich, daß 1. keinerlei Reparationszahlungen eingesetzt werden, und daß die Sanierung der Arbeitslosenunterstützung und der durch sie in höchste Bedrängnis geratenen Gemeindefinanzen außerhalb des Reichshaushalts gefunden wird. Von den 3,5 Milliarden Kosten für Arbeitslosenunterstützung werden etwa 1,5 Milliarden durch die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gedeckt, die sich finanziell selbst trägt. Die Lasten der Krisenfürsorge und der Wohlfahrtsunterstützung fallen je länger je mehr den Gemeinden zur Last, die mit einem Defizit von 750 Millionen zu rechnen haben. (Hört, hört!)

Bei der unaufschiebbaren Regelung dieser Schwierigkeiten darf kein weiterer Abbau der Unterstützungsdauer erfolgen, zumal nicht mehr als höchstens 50 Mark monatlich gezahlt werden, und es darf keine Rede sein von einer Aufhebung oder Suspendierung der Arbeitslosenversicherung.

Dies würde den ersten entscheidenden Eingriff in die deutsche Sozialversicherung bedeuten, wogegen wir uns zur Wehr setzen würden.

Es gibt keine andere Möglichkeit als die, neue Einnahmen zu beschaffen. Die Regierung scheint eine Notabgabe zu planen. Dagegen bestehen zwei wesentliche Bedenken, daß nämlich ein weiterer Abbau erfolgen würde, wenn sich die finanzielle Grundlage als unzureichend erweisen sollte, und daß die Mehrbelastung der Arbeiter und Unternehmer nur so lange geübt werden könnte, als durch Arbeitsstreckung den Arbeitern ohnedies schon neue Opfer auferlegt worden sind. Jedenfalls dürfte die Notabgabe an der Erfassung der bisher nicht herangezogenen Landwirtschaft und sonstiger begünstigter Schichten nicht vorübergehen. Denn sie alle haben das stärkste Interesse daran, daß das Los der Arbeitslosen nicht weiter verschlechtert und ihre Kaufkraft nicht noch mehr herabgedrückt wird. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben alle nicht das Recht, die Hände fatalistisch in den Schoß zu legen, sondern die Pflicht, alles zu tun, was in unseren Kräften steht, um den ungeheuren Druck, der auf dem deutschen Volke lastet, zu erleichtern. Gewiß ist es skrupellose Demagogie, zu behaupten, daß die Revolution, die Republik, die Demokratie und alles, was die Herren Nationalsozialisten das „System" zu nennen belieben, „allein" am deutschen Unglück schuld wären. Es ist

politischer Wahnwitz, zu behaupten, daß die Vertreter dieses sogenannten Systems im Jahre 1918 ein geordnetes und großes Reich übernommen hätten, und daß dieses durch die Novemberverbrecher zerstört worden sei. So etwas kann man nur Menschen erzählen, die das Jahr 1918 noch nicht denkend miterlebt haben oder die es in bewußter Absicht vergessen haben.

Viele von Ihnen (zu den Nsoz.) säßen nicht in diesem Saale, wenn die „Novemberverbrecher" nicht den Jugendlichen das Wahlrecht gebracht hätten! (Sehr gut! links.) Die „Novemberverbrecher" haben das Koalitionsrecht der Landarbeiter gesichert, sie haben die Arbeitslosenunterstützung eingeführt, sie haben mit einem Wort damals Deutschland vor dem Chaos gerettet. Wenn das Verbrechen sind, so sind wir stolz darauf. (Beifall und Händeklatschen der Soz. — Gegenrufe der Komm.)

Den internationalen Charakter der Krise kann niemand bestreiten. Sie hat nicht haltgemacht vor irgendeiner Staatsform (Goebbels: „Nicht einmal vor der Sozialdemokratie!" — Mitleidiges Lachen links), auch nicht vor den Faschisten in Italien, nicht vor dem kapitalistischen Amerika.

(Zuruf der Komm.: Nur vor Rußland.) Auch nicht vor Rußland, denn die Statistik zeigt, wieviel geringer die russischen Staatseinnahmen durch Ausfuhr infolge der gesunkenen Preise sind. Da die Krise international ist, wäre es verkehrt, an die Möglichkeit einer nur nationalen Lösung zu glauben, wohl aber ist für ihre Lösung internationale Verständigung unentbehrlich, und selbstverständlich muß in jedem Lande alles geschehen, um das Elend zu mildern. Eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür ist, daß eine Politik der Stabilität und Kontinuität getrieben, und daß mit der Bürgerkriegsatmosphäre ein Ende gemacht wird. **Wenn eine Partei damit droht,** sich den Weg zur Macht mit Gewalt zu bahnen, daß sie nach ihrer Machtergreifung dafür sorgen werde, daß 10 000 ihrer Gegner zu Schaden kommen, daß dann die langen Messer in der Freinacht angewendet werden (Huhu-Rufe rechts. — Gregor Straßer: Sie verstehen auch gar keinen Spaß!), so ist das deutlich. (Frick behauptet, nur gemeint zu haben, daß 10 000 Republikaner ihre Stelle verlieren würden.) Wenn Sie das gemeint hätten, dann hätten Sie nicht gesagt „zu Schaden kommen". Ihr Publikum hat Sie jedenfalls anders verstanden.

Wenn eine militärisch aufgezogene Privatarmee eines einzelnen Parteiführers besteht, so wird dadurch Panikstimmung erzeugt und verstärkt, die einen Wiederaufbau der Wirtschaft unmöglich macht. Es zeugt von der Einsichtslosigkeit der sogenannten Wirtschaftsführer, wenn sie eine solche Bewegung moralisch und finanziell weiter unterstützen.

(Lebh. Zustimmung links und in der Mitte.)

Das Verbot der SA. und SS. haben wir für dringend notwendig gehalten. (Zurufe rechts: Reichsbanner.) Das Reichsbanner hat niemals auf den Tod der Großmutter gewartet, wie Sie. (Große Heiterkeit.) Das Reichsbanner hat keinen anderen Wunsch, als daß die politischen Auseinandersetzungen auf dem Boden der Verfassung gepflogen werden, das Reichsbanner ist nicht gegen den Staat, sondern hat diesen Staat beschützt und beschirmt. (Lebhafter Beifall links und in der Mitte.)

Wenn die Regierung aber für die Wiederherstellung des inneren Friedens sorgen will, dann sollte sie sich mehr als bisher mit der Rechtsprechung in Deutschland befassen, die für die Verfassungstreuen kaum mehr verständlich ist. Die Richter der Republik, die auf die Verfassung ihren Eid geleistet haben (Lachen der Komm.), haben die Pflicht, Verfassung und Republik besser zu schützen, als bisher. (Lebh. Zustimmung links und in der Mitte.) Die Parteien der Rechten erklären immer, ihre Herrschaft werde die Stabilität der Wirtschaft sichern. Die Nationalsozialisten nennen sich selbst und ihren Führer „Retter der Nation", sogar als die sittlichen Erneuerer des deutschen Volkes wagen sie sich auszugeben. (Heiterkeit.) Wenn sie sich als die stärkste Partei in Deutschland bezeichnen, so dürfen sie das nach den jüngsten Wahlen. Aber diese Tatsache bedeutet noch keinerlei Rechtstitel auf Regierungsübernahme oder -teilnahme. Die Sozialdemokratische Partei ist sehr lange die stärkste Partei gewesen, aber hat durchaus nicht immer die Regierung geführt oder ist an ihr beteiligt gewesen.

Sie (nach rechts) verfügen nicht über die Mehrheit des deutschen Volkes und der deutschen Wähler. Und wenn die übrigen Parteien mit Ihrer Politik nicht einverstanden sind oder von Ihrer Regierungsübernahme Schädigungen der Allgemeinheit befürchten, dann haben sie sich zum Schutze des Staates und seiner Verfassung zusammenzuschließen, um eine derartige Regierung zu verhindern.

Es ist zu prüfen, ob Ihr Programm und Ihre Ziele danach angetan sind, die Hoffnung auf Stabilität und Besserung der politischen und besonders der wirtschaftlichen Verhältnisse hervorzurufen. Bei dieser Untersuchung aber stoßen wir immerzu auf Widersinn und Widersprüche. Sie möchten in Preußen mit dem Zentrum regieren, das vor wenigen Monaten in einer Broschüre eines Dr. Stark aus Ihrem Parteiverlag als antinationale Partei bezeichnet wurde, die Deutschland an Frankreich und Polen verkauft. (Hört! hört! links und im Zentrum.) Sie wollen die Diktatur, warum appellieren Sie dann immer wieder an die Massen, die Ihnen zur Diktatur verhelfen sollen? Ich glaube, eine Diktatur muß aus sich selbst geboren werden. (Göring: Wir sind legal, wir sind legal!) Ob die Massen bereit sein werden, sich als Sprungbrett für diese diktatorischen Gelüste herzugeben, dieselben Massen, denen Sie so oft Ihre Verachtung zum Ausdruck bringen? (Sehr gut! links.) Wollen Sie die Monarchie oder die Republik? Sie drücken sich um diese Frage, indem Sie Entscheidung durch eine Volksabstimmung fordern. Vielleicht wollen Sie nicht von vornherein durch ein Bekenntnis zur Republik Herrn Auwi vor den Kopf stoßen (Heiterkeit), vielleicht aber auch durch ein monarchistisches Bekenntnis Hitlers künftige Existenz in Gefahr bringen. (Sehr gut! links und in der Mitte.) Im Gegensatz zu Ihrem stets betonten Antisemitismus hat

Hitler am 5. Juni 1930 dem „New York American" erklärt, er werde nicht die Juden unter ein anderes Recht als die übrigen Staatsbürger stellen.

(Zurufe der Nationalsozialisten suchen die Echtheit dieser Erklärung zu bestreiten.) Aber sie ist noch mit einem eigens angefertigten Bild Hitlers versehen!

In der Außenpolitik sind Sie ausgezogen unter der Parole: „Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen!" und als Kämpfer gegen den Young-Plan. Aber als die Kommunisten den verrückten Antrag stellten, die Young-Zahlungen sofort einzustellen, da haben Sie sich im Ausschuß und im Plenum dreimal von der Abstimmung gedrückt. Hitler hat nach der Reichstagswahl einem der schärfsten französischen Kriegshetzer, Gustave Hervé, die Hand gereicht und erklärt, er sei für freundschaftliche Verständigung. In seinem Offenen Brief an den Reichskanzler im Oktober vorigen Jahres hat

Hitler geschrieben, man müsse die Grenzen, wie sie sind, als gegebene Tatsache anerkennen. (Hört, hört!) **Ihren Anhängern aber haben Sie eingeredet, daß Sie den Versailler Frieden zerbrechen werden.**

Am Abend vor der Präsidentenwahl hat Hitler dem amerikanischen Journalisten Knickerbocker gesagt, er wisse sehr wohl, daß Deutschland nicht in der Lage ist, den Versailler Vertrag zu zerreißen, sondern daß eine neue internationale Konferenz einzuberufen sei. Uns aber beschuldigen Sie des Landesverrats. In dem Augenblick, wo Hitler amerikanisch redet, hat er eine ganz andere Tendenz, als wenn er deutsch spricht. Wenn Sie an die Macht kommen und die Außenpolitik führen, dann habe ich nur eine Furcht:

Sie werden dem Ausland viel weitergehende Zugeständnisse machen als wir, um sich mit dem internationalen Kapitalismus zum gemeinsamen Kampf gegen die deutsche Arbeiterschaft zu einigen.

(Lebhafte Zustimmung links. — Zuruf äußerst rechts: Das klingt ja ganz russisch.)

Frick hat bereits 1929 in einer Versammlung gesagt: „Gott sei Dank, daß wir kein Wirtschaftsprogramm haben!" (Hört, hört!) Wer kein Wirtschaftsprogramm hat, kann eben allen Schichten alles versprechen, ohne fürchten zu müssen, überführt zu werden. In Ihrem Programm steht als Forderung die Verstaatlichung der schon vergesellschafteten Betriebe. Ich zahle jedem einen Taler, der mir sagen kann, was das ist. (Heiterkeit.) Dazu kommt der wahnwitzige Gedanke der Autarkie. Wenn wir uns gegen jede Einfuhr sperren, können wir auch nichts exportieren. Woher wollen Sie dann das Geld nehmen, um nach Hitlers Erklärungen die Privatschulden an das Ausland weiterzuzahlen?! (Sehr gut! links und in der Mitte! — Feder: Reichlich naiv!) Endlich einmal eine Selbsterkenntnis! (Heiterkeit.)

Von Ihrem Sozialismus hat ja einer von Ihnen einmal gesagt, davor brauche niemand Angst zu haben.

Indem Sie den Grundsatz aufstellen, daß der Staat das Privateigentum an den Produktionsmitteln schützen müsse, verneinen Sie das Grundprinzip des Sozialismus. Der eine von Ihnen sagt, die Gewerkschaften sollen erhalten werden, die anderen aber, wie die nationalsozialistische „Volksparole" in Düsseldorf, erklären, daß es im Dritten Reich keinerlei Tarifverträge mehr geben werde.

Zu alldem kommen noch die Erklärungen Hitlers und von der Goltz, daß Sie im Falle eines feindlichen Angriffs auf die Grenze Ihre Truppen so lange zurückziehen werden, bis das regierende System beseitigt ist. (Geschrei rechts, wörtliche Verlesung wird verlangt, die der Redner auch besorgt.)

Die bürgerlichen Mittelparteien haben dem Nationalsozialismus so lange geschmeichelt, bis ihre Anhänger sich sagten, dann könnten sie ja vollends hinüberwechseln. (Sehr wahr! links und in der Mitte.) Der Hauptgrund für das Anwachsen der Hitler-Partei ist die furchtbare Verzweiflung infolge der Wirtschaftsnot. Sechs Millionen Arbeitslose, darunter Hunderttausende, die schon seit Jahren ausgesteuert sind, und zahlreiche Jugendliche, die seit der Schulentlassung die Arbeit nicht kennen gelernt haben. Da hört der Mensch auf, widerstandsfähig zu sein gegen Demagogie, da wendet er sich der Unvernunft und Illusionen zu. Ganz ähnlich

wie die Wiedertäufer im Mittelalter das Himmelreich kommen sahen, so die Verzweifelten heute das Dritte Reich.

Was helfen kann, das haben wir durch unsere Anträge gezeigt. An die Massen, die treu und fest zur Demokratie und zur Verfassung stehen, die darum auch Hindenburg gewählt haben, an die sollte sich die Regierung halten, statt die Gottlosenbewegung zu verbieten. Wir Sozialdemokraten halten an unserem Grundsatz fest, daß die Religion Privatsache sein soll. Wir verwerfen alle Uebertreibungen, fürchten aber, daß, was an dieser Bewegung berechtigt ist, durch das Verbot nur zu Ausschreitungen gesteigert wird. Geistige Bewegungen dämmt man nicht durch Notverordnungen. (Lebhafte Rufe der Nationalsozialisten: „SA.!") Sie werden doch nicht die SA. eine geistige Bewegung nennen wollen? (Große Heiterkeit und lebhafte Zustimmung links und in der Mitte.)

Für die vor allem notwendige Widerherstellung des internationalen Vertrauens und die deutsch-französische Verständigung gibt der erfreuliche Wahlausgang in Frankreich ein gutes Anzeichen.

Die Verwirklichung der Versailler Bestimmungen wünschen wir in einem Punkte, nämlich in der Abrüstung. Das Hauptziel der Außenpolitik bleibt für uns die internationale Verständigung, und daß wir die anderen überzeugen davon, daß wir nicht mehr zu leisten vermögen, was sie uns auferlegt haben.

Es muß alles geschehen, was in der Kraft des Parlaments und der Regierung liegt, um Arbeit zu beschaffen. Darauf hat die

Ein dunkles Spiel.

Nazis und Reichsschuldenverwaltung.

Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Reinhardt hat am Montag am Schluß einer langweiligen und inhaltslosen Rede im Reichstag erklärt, die Nationalsozialisten behielten sich vor, nach Art. 59 der Reichsverfassung gegen die Reichsregierung Anklage vor dem Staatsgerichtshof wegen bewußter Verfassungsverletzung zu erheben. Diese Drohung braucht in keiner Weise ernst genommen zu werden. Die dafür notwendige verfassungsändernde Mehrheit des Reichstages ist nicht vorhanden. Im übrigen fehlt aber auch die sachliche Voraussetzung. Dem Vorwurf der Nazis liegt folgender Sachverhalt zugrunde:

Die Reichsregierung hat die Ermächtigung zur Aufnahme von Krediten statt im Wege der ordentlichen Gesetzgebung durch Notverordnungen ausgesprochen. Daß das zulässig ist, ist nicht nur die Meinung des Reichsjustizministeriums und des Reichsinnenministeriums, sondern auch der maßgebenden Staatsrechtslehrer. Ursprünglich war das auch die Meinung der Reichsschuldenverwaltung, einer unabhängigen Behörde, die die von der Regierung durch Notverordnungen ausgesprochenen Kreditermächtigungen ausdrücklich als zulässig anerkannt hat. Erst neuerdings ist sie in dieser Auffassung schwankend geworden durch die Haltung des Vizepräsidenten der Reichsschuldenverwaltung, eines Dr. Kühnemann, der sich bereits früher durch stockreaktionäre Auffassungen unrühmlich hervorgetan hat. Seine Haltung dürfte auch jetzt mehr von politischen als von juristischen Gründen bestimmt sein.

Um diesen Gegensatz zwischen der Auffassung der Reichsregierung und der Reichsschuldenverwaltung gegenstandslos zu machen, hat die Reichsregierung dem Reichstag den Entwurf eines Gesetzes über Schuldentilgung und Kreditermächtigung zugeleitet, der noch vor Pfingsten verabschiedet werden soll. Trotz der von den Nazis angekündigten Obstruktion wird das auch am Mittwoch, spätestens am Donnerstag geschehen. Von der Drohung der Nazis gegen die Reichsregierung wird daher nur übrig bleiben eine Blamage der Nazis, die sich von reaktionären Beamten willig zur Erschwerung der finanziellen Schwierigkeiten mißbrauchen lassen.

Koburger Nazis machen Steuern.

Was sie gestern „Steuerbolschewismus" nannten, haben sie heute beschlossen.

Das Berliner Nazi-Organ setzt eine neue Legende über die nationalsozialistische Stadtverwaltung in Koburg in die Welt, und benutzt diese Legende sogleich zu einem Angriff auf den Reichskanzler Brüning. Großmäulig erzählt das Dreck-Blatt:

„Ueber den bei der Formulierung der Sonntagsrede des Reichskanzlers vor der Presse zutage getretenen guten Geschmack sowie den politischen Takt und Instinkt, wollen wir mit Herrn Brüning nicht weiter rechten, denn das ist zwecklos. Wir können nur abermals beweiskräftig darauf hinweisen, welch großer Segen es sein würde, wenn endlich in Deutschland die Gesamtpolitik nationalsozialistischen Händen anvertraut werden würde.

Wie soeben bekannt wird, ist es in Koburg, wo bekanntlich die Nationalsozialisten seit Jahren die Kommunalpolitik ausschlaggebend in Händen haben, nicht nur gelungen, einen vollkommen ordnungsgemäßen und ausgeglichenen Etat vorzulegen, sondern darüber hinaus konnte auch, als Frucht der sparsamen und zweckentsprechenden nationalsozialistischen Verwaltung, mit sofortiger Wirkung die Bürgersteuer vollständig in Wegfall kommen. Die unsozialste Steuer wird also künftig in Koburg nicht mehr erhoben!

Es ist hier also wieder einmal eine Tat nationalsozialistischen Aufbauwillens und Könnens geleistet worden, der Herr Brüning mit seinem System Gleichwertiges im Reich bis zur Stunde noch nicht hat zur Seite zu setzen vermocht."

Die Koburger Nazis behaupten also, sie hätten den Stein der Weisen gefunden! Wahrheit ist, daß sie unter dem Druck der Regierung von Oberfranken nun die Wege beschreiten, die sie bisher nicht nur abgelehnt, sondern geradezu als „Steuerbolschewismus" bezeichnet haben, der Handwerk und Geschäftswelt ruiniere.

Unter den Einnahmen des Koburger Etats spielt jetzt eine wesentliche Rolle

die Einhebung einer vierhundertprozentigen Gemeindeumlage, die vor allem von den Gewerbetreibenden zu tragen ist.

Es ist noch nicht so lange her, daß die Koburger Nazis donnernde Aufrufe gegen den gleichen Vorschlag veröffentlichten und damit den Beifall der Handels- und Geschäftswelt fanden — heute müssen sie selber machen, was sie gestern demagogisch bekämpft haben! Das nennt sich dann „nationalsozialistischer Aufbauwille und Können". Die gutgläubigen Wähler der Nazis aus dem Handwerk und der Geschäftswelt werden es jetzt anders nennen!

Die Großmäuligkeit der Nazis soll also nur verdecken, daß sie dort, wo sie verwalten müssen, sie auf die ältesten Vorschläge zurückgreifen, die sie bisher bekämpft haben!

Sie haben im übrigen die Gemeindesteuern bis zum letzten ausgeschöpft, soweit es das bayerische Kommunalabgabengesetz überhaupt zuläßt — deshalb reden sie auch nicht mehr von Steuerbolschewismus, sondern von Aufbauwillen!

Sie haben ferner die städtischen Betriebe und die Sparkasse um mehr als 100 000 M. mehr belastet. Sie haben die Straßenreinigungsabgabe und die Feuerschutzabgabe zu reinen Finanzabgaben gemacht — worüber ihre Wähler aus Handwerk-, Gewerbe- und Hausbesitzerkreisen ebenfalls sehr erfreut sein werden. Dann aber haben sie vor allem reichlich Gebrauch gemacht von der Notverordnung über den Lohnabbau!

Bei einem Gesamtetat von rund 3 Millionen Mark haben sie 230 000 Mark an Gehältern gekürzt, bei der Bauverwaltung sollen 52 000 Mark an Arbeiterlöhnen eingespart werden, 47 000 Mark sollen an Löhnen für Wohlfahrtserwerbslose gestrichen werden!

Aber damit ist der Etat noch nicht ausgeglichen! Die Nazis spekulieren auf einen Zuschuß für Koburg aus dem staatlichen Ausgleichsstock! Die Regierung von Oberfranken aber, die bisher kommissarisch Koburg gegen die Nazis in Ordnung gebracht hat, hat ausdrücklich erklärt, daß, wenn die Stadtverwaltung einen Zuschuß haben wolle, sie selbst die Steuern ausschöpfen müsse!

So sieht also der neue Etat von Koburg in Wahrheit aus! Das soll der Befähigungsnachweis für eine nationalsozialistische Reichsregierung sein!

Arbeiterschaft, die auch in ihrer schwersten Not den Staat verteidigt hat, ein volles Recht. (Zuruf rechts: Sie haben doch im Lustgarten gesagt, das sei nicht Ihr Staat.) Gewiß, weil es ein kapitalistischer Staat ist, aber wir sichern seine Fundamente, um auf ihnen den Sozialismus aufzubauen — Sie dagegen wollen die Fundamente zerstören.

Der Kapitalismus wehrt sich gegen die Vierzigstundenwoche und gegen andere Eingriffe des Staates, die mit dem wirtschaftlichen Liberalismus unvereinbar seien. Der aber gehört der Geschichte an, und

eine Wirtschaft, die sich auf Schritt und Tritt vom Staat subventionieren läßt, hat nicht das Recht, sich zum Herren des Staates aufzuwerfen.

Unter Freiheit der Wirtschaft meint man die Freiheit der Ausbeutung. Der Kapitalismus aber ist mit seiner Weisheit zu Ende. Neue Wirtschaftsformen müssen geschaffen werden. Wir sagen nicht wie Sie (nach rechts), zurück zu der rückschrittlichen Romantik eines Ständestaates, sondern vorwärts zum Sozialismus! (Lebhafter anhaltender Beifall der Sozialdemokraten.)

Abg. **Schneller** (Komm.) spricht zuerst gegen die Sozialdemokratie, dann über deutsche Beteiligung an dem angeblichen Aufmarsch gegen die Sowjetunion und schließlich gegen das Verbot der Gottlosenbewegung.

Abg. **Reinhardt** (Nsoz.) wiederholt frühere Ausführungen, daß die Kreditaufnahme der Reichsregierung verfassungswidrig und verfehlt sei. Er kündigt einen Antrag auf Ministeranklage an.

Um 18¼ Uhr vertagt das Haus die Weiterberatung auf heute, Dienstag, 11 Uhr.

Mißtrauensanträge.

Dem Reichstag liegt eine Anzahl von Mißtrauensanträgen vor. Sie gehen aus von Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten und richten sich gegen das Gesamtkabinett, gegen Groener, Dietrich und Stegerwald.

Reichsgericht gegen Staat.

Es legalisiert Vollstreckungsvereitelung.

Es ist vielleicht einer der bleibenden Nachteile der Berufs- gegenüber den Geschworenengerichten, daß sich die Berufsgerichte verpflichtet fühlen, für politische Akte juristische Begründungen zu suchen. Diese alte Erfahrung wird aufs neue bestätigt durch ein aufsehenerregendes Urteil, das der 2. Strafsenat des Reichsgerichts unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Dr. Witt in einem ostpreußischen Bauernprozeß gefällt hat.

Da haben sich einige ostpreußische Grundbesitzer im Frühjahr 1930 damit beschäftigt, systematisch die Zwangsversteigerung von Bauerngütern zu verhindern. Sie trugen in der bekannten Weise dafür Sorge, daß bei jeder Zwangsversteigerung große Massen von Bauern durch ihr Erscheinen das Bieten bei der Zwangsversteigerung unmöglich machten; teilweise wurden auch die Gerichtsvollzieher an der Ausübung ihrer Amtspflicht durch Gewalt gehindert. Während das Landgericht Königsberg diese Grundbesitzer zu erheblichen Gefängnisstrafen verurteilt hat, hat sie der 2. Strafsenat des Reichsgerichts freigesprochen. Der eigenartige Spruch wurde mit einem Hinweis auf die entschuldbare Annahme eines übergesetzlichen Notstandes seitens der Beteiligten begründet. Die Angeklagten seien der Meinung gewesen, so sagt das Gericht, die Notlage, in der sich die ostpreußischen Bauern befänden, gebe ihnen ein Recht, sich zur Wehr zu setzen. In diesem Bewußtsein hätten sie ihre Maßnahmen ins Werk gesetzt, und sie seien deshalb gemäß § 59 des Strafgesetzbuches freizusprechen.

Es ist kaum glaubhaft, daß sich der Senat der unabsehbaren Folgerungen, die dieser Spruch in juristisch-methodischer sowie in politischer Hinsicht nach sich ziehen muß, vollkommen bewußt gewesen ist. Die juristische Konstruktion des übergesetzlichen Notstandes beruht auf der Erwägung, daß es zulässig sein muß, beim Widerstreit zweier rechtlich geschützter Güter das wertvollere auf Kosten des geringeren zu erhalten. Ihr Hauptanwendungsfall liegt auf dem Gebiet der Schwangerschaftsunterbrechung zur Rettung des gefährdeten Lebens der Mutter. Wie dieses Beispiel zeigt, hat dieser Satz seine Berechtigung für die Wertung individueller Verhaltensweisen innerhalb einer gegebenen Staatsordnung. Er führt zur Staatsauflösung, wenn man versucht, ihn gegen den Staat selbst zu gebrauchen. Dies ist aber dann der Fall, wenn der Bürger gegenüber gesetzlichen Handlungen gesetzlicher Staatsorgane sich unter Billigung des höchsten Gerichtshofes zur Wehr setzen kann. Uebergesetzlicher Notstand kann in einem geordneten Staatswesen nur dann vorliegen, wenn der Staat nicht entschieden hat, welchem Rechtsgut der Vorzug vor dem anderen zu gewähren ist. Wenn aber dem gesetzmäßig handelnden Beamten gegenüber der gesetzwidrig Handelnde sich auf Notstand berufen kann, so heißt das nicht mehr und nicht weniger, als daß die Rechtsprechung, d. h. das Reichsgericht, darüber entscheidet, welche Gesetze gelten. Nicht der Gesetzgeber bestimmt die Richtlinien der Wirtschaftspolitik, sondern das Reichsgericht entscheidet mit der Frage der Zumutbarkeit von Gesetzen gleichzeitig auch die Frage der richtigen Wirtschaftspolitik.

Was ist aber die politische, man möchte fast sagen die tagespolitische Bedeutung eines solchen Urteils? Es bedeutet eine unmittelbare Bevorzugung der landwirtschaftlichen vor der Arbeiterbevölkerung. Hat der 2. Strafsenat des Reichsgerichts sich dabei überlegt, daß auch andere Bevölkerungsgruppen, denen gegenüber keinerlei Subventions- und Osthilfepolitik getrieben worden ist, sich mit mindestens dem gleichen Recht auf einen übergesetzlichen Notstand dem Strafgesetz gegenüber berufen könnten? Kommt hier nicht wieder deutlich, ach, allzu deutlich die alte Bevorzugung der Begüterten durch die Strafjustizbehörden zum Vorschein? Durch die Zwangsvollstreckung in seinen Grundbesitz gerät anscheinend der Landwirt in eine solche Not, daß selbst diejenigen straflos bleiben sollen, die eine großzügige Verhinderung dieser Not durch einen Privatkrieg gegen den Gerichtsvollzieher organisieren.

Aber hat sich das Reichsgericht auch einmal überlegt, um wieviel Stufen die tüchtigen Organisatoren der Zwangsvollstreckungsvereitelung der wirklichen Not ferner stehen als ein vor dem Strafrichter wegen Diebstahls erscheinender ausgesteuerter Arbeitsloser? Deshalb fragen wir: Ist das Reichsgericht bereit, auch gegenüber dem wahrlich viel unmittelbareren Notstand ausgesteuerter Arbeitsloser die Folgerung seiner juristischen Konstruktion zu ziehen? Und wenn es diese Konsequenz, was wir hoffen, bejaht, nun, dann können wir wenigstens einen großen Abbau vornehmen: den Abbau der Strafjustizbehörden!

Antwort an Brüning.

Die französische Republik: „Herr Kanzler, Ihre Mahnungen in allen Ehren. Aber wenn Ihre Dame sich auf den Weg nach ganz rechts kapriziert, während ich scharf nach links gehe, so werden wir schwerlich zusammenkommen!"

Leipart an Brüning.

Eine ernste Warnung an den Reichskanzler.

Die Arbeitslosenversicherung ist bedroht. Von drei Seiten hat der Sturm gegen sie eingesetzt: vom Städtetag, vom Reichsfinanzministerium und — von den Arbeitgebern aus. Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Theodor Leipart, hat deshalb am Montag an den Reichskanzler folgenden Brief gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

Wie uns bekannt geworden ist, beschäftigt sich das Reichskabinett in diesen Tagen unter anderem mit der Frage der Neuregelung der Arbeitslosenversorgung. Die Entscheidungen, die hier zur Erörterung stehen, sind für die Gewerkschaften von so außerordentlicher Bedeutung, daß ich nicht versäumen möchte, in letzter Stunde unseren Standpunkt zu dieser Frage noch einmal darzulegen.

Es besteht kein Streit darüber, daß eine Zusammenlegung der Krisenfürsorge mit der Wohlfahrtspflege, soweit ihr die Betreuung der Wohlfahrtserwerbslosen obliegt, erfolgen muß. Daß wir die Schaffung einer solchen Arbeitslosenfürsorge neben der Arbeitslosenversicherung nicht auf dem untersten Niveau, nämlich dem der Wohlfahrtspflege, durchgeführt wissen wollen, ist der Reichsregierung durch unsere wiederholten Kundgebungen bekannt. Eine mindestens gleiche Bedeutung müssen wir aber unserer immer wieder erhobenen Forderung nach Aufrechterhaltung der Arbeitslosenversicherung beimessen. Es besteht unseres Erachtens auch heute noch kein sachlicher Grund, die Versicherung zugunsten einer allgemeinen Arbeitslosenfürsorge zu beseitigen, vielmehr besteht nach wie vor die Verpflichtung, dem beträchtlichen Beitragsaufkommen, aus dem heute die Versicherung ausschließlich finanziert wird, auch Rechte gegenüberzustellen, die über den Anspruch eines Fürsorgeempfängers hinausgehen.

Wir würden es darum als ein großes Unrecht ansehen müssen, wenn etwa zugunsten der im übrigen zweifellos gewaltig überschätzten und übertriebenen Ersparnismöglichkeiten die Reichsregierung auf die Aufrechterhaltung der Arbeitslosenversicherung verzichten wollte.

Ich darf daher die Hoffnung aussprechen, daß die schwerwiegenden Gründe, aus denen heraus wir in der Vergangenheit stets für die Aufrechterhaltung der Arbeitslosenversicherung eingetreten sind, auch bei den jetzigen Beratungen des Reichskabinetts gebührende Beachtung finden."

Alldeutsche gegen Hindenburg.

Er ist ihnen zu legal!

Der alldeutsche Verband hat am Sonntag eine Vorstandssitzung abgehalten. Dabei hat Justizrat Claß, der Erfinder des „legalen" Staatsstreichs, eine wütende Angriffsrede gegen den Reichspräsidenten gehalten. Der Reichspräsident trage in noch höherem Maße als der Reichskanzler die Verantwortung dafür, daß der wirtschaftliche und politische Zustand ernster sei als zuvor:

„Wer sich wie Feldmarschall von Hindenburg von einem falsch verstandenen Begriff der Ueberparteilichkeit leiten läßt, wer an eine ebenso peinlich wie eng ausgelegte „formale Legalität" gebunden ist, der wird sich nicht unter dem Eindruck der äußersten Not zu Entschlüssen aufraffen, die längst notwendig, aber auch längst möglich gewesen sind. Aber die Dinge rein nach der engsten Lehre von der parlamentarischen Mehrheit zu behandeln, heißt Deutschland aufs Spiel setzen, heißt den gesunden, rettungswilligen Kräften der nationalen Opposition den Zutritt zur Macht verweigern, weil ein tückischer Zufall ihr im Reichstag etwa gerade eine Stimme zu wenig zugesprochen hat. In Preußen näherte sich der parlamentarische Zustand diesem aufs äußerste zugespitzten Beispiel. In dem Falle kann, wer nur an die parlamentarischen Zahlenfragen denkt, eine rettende Tat nicht verrichten, und so sehen wir, daß unser Vaterland unter Hindenburgs Oberhauptschaft immer tiefer ins Verderben geraten ist.

Das ist das Besondere im Trauerspiel unserer Zeit, daß der Feldmarschall als Reichsoberhaupt die Fühlung mit der Volksseele verloren hat. Der Feldmarschall aber stellt sich als Reichsoberhaupt gegen jenen Sturm des leidenschaftlichen Volksgefühls und hält seine Hand über eine Regierung, der Größe, Glück und Geschick in einzigartiger Weise fehlen."

Was Herr Claß von Hindenburg verlangt, ist nicht mehr und nicht weniger als Eidbruch und Staatsstreich. Claß denkt nicht etwa an eine Nazikoalition mit dem Zentrum in Preußen. Er schlägt vielmehr auf das Zentrum und versichert:

„Wenn man die Behauptung hört oder liest, die Parteien der nationalen Opposition oder eine von ihnen sollte sich mit dem Zentrum verbinden, um eine brauchbare Regierung zunächst in Preußen zu bilden, so können wir nur sagen: Gott bewahre Deutschland vor diesem Schicksal!"

Was will er also? Er will den Bruch mit der „formellen Legalität", und als Ziel schwebt ihm vor „die Auferstehung des deutschen Kaisertums Hohenzollernschen Gepräges".

Das ist alles — ganz legal!

Gegen die Justiz von Schlesien.

Revision gegen das empörende Urteil im Bankauer Prozeß.

Oppeln, 9. Mai.

Vor dem hiesigen Schwurgericht hatten sich vor fünf Tagen vierzehn Nationalsozialisten wegen Totschlags an dem Arbeiter Bassy zu verantworten. Sechs von ihnen wurden freigesprochen, die übrigen acht erhielten Gefängnisstrafen von drei Monaten bis zu drei Jahren. Gegen dieses Urteil hat nun die Staatsanwaltschaft in vollem Umfange Revision eingelegt.

Die Versailler Präsidentenwahl.

Eine Einheitskandidatur?

Paris, 9. Mai. (Eigenbericht.)

Außer Lebruns Fraktion im Senat, der republikanischen Union, hat sich auch die Mittelgruppe, die republikanische Linke, für seine Kandidatur ausgesprochen. Die demokratische Linke, d. h. die radikale Fraktion, hat sich angesichts der beiden Kandidaten Lebrun und Painlevé für keinen Kandidaten entschieden, sondern ihren Vorsitzenden beauftragt, Lebrun und Painlevé zu bitten, sich über eine Einheitskandidatur zu einigen.

Painlevé verzichtet.

Paris, 9. Mai.

Painleve hat seine Kandidatur für die Präsidentschaft der Republik zurückgezogen.

Die Frage der künftigen Regierung.

Paris, 9. Mai. (Eigenbericht.)

Ein Mitglied des Exekutivausschusses der Radikalen Partei erklärte dem Pariser Korrespondenten des „Soz. Pressedienst": Da die Radikalen die stärkste Kammerfraktion geworden sind, wird der Staatspräsident Herriot mit der Kabinettsbildung beauftragen. Die Radikalen werden dann ein Regierungsprogramm ausarbeiten, das sie allen Links- und Mittelparteien unterbreiten werden. Die Sozialisten, die vom 29. Mai bis zum 2. Juni in Paris ihren Landeskongreß abhalten, werden dann darüber zu entscheiden haben, ob sie dieses Programm annehmen können oder nicht. Je nach der Antwort der Sozialisten wird Herriot ein Links- oder ein Konzentrationskabinett bilden.

Gegen das USA.-Konsulat in Nagasaki (Japan) ist eine Bombe geschleudert worden, vermutlich von einem fahrenden Auto aus. Der angerichtete Brand konnte rasch gelöscht werden. Personen wurden nicht verletzt.

Albert Thomas und sein Werk.

Von J. Steiner-Jullien.

Alle, die Albert Thomas jemals gesehen und gehört haben — und das sind Hunderttausende in allen Ländern der Welt — werden erschüttert den ungeheueren Verlust ermessen, den die Menschheit erlitten hat. Wir aber, die wir die Zusammenarbeit der Menschheit wollen, die Vereinigung Europas als Voraussetzung, die völlige Aussöhnung Deutschlands und Frankreichs als Zentralproblem dieser Zusammenarbeit betrachten, wir werden in den nächsten Jahren erst begreifen, wie unersetzlich in des Wortes tiefster Bedeutung Albert Thomas noch lange bleiben wird. Wenn Briand der große Meister des Wortes war, Albert Thomas, der als Redner gleich hinter Briand rangierte, war der Tatmensch. Ließ Briand sich von den Ereignissen treiben, Albert Thomas trieb sie. Sein immenses Wissen, dessen Universalität nur mit dem seines Lehrers und Meisters Jaurès verglichen werden kann, erneuerte und vervollständigte er täglich, stündlich, um es ohne Einschränkung in den Dienst eines Willens zu stellen, der gleich einem Explosionsmotor mit Energie geladen war.

Dieser elementare Wille zur rastlosen Tat war aber völlig gebändigt und geleitet von den Erkenntnissen und Ideen, die er sich in seiner Jugend erworben hatte, als er, ein Student, zum Sozialismus kam. Erkenntnisse und Ideen, denen er mit fanatischer Ueberzeugungstreue ergeben war, besonders dann, wenn er, um sie durchzusetzen, einen Umweg machen mußte, der ein Abweg zu sein schien. Um seiner Ideen willen wurde dieser explosive Tatmensch ein Diplomat größten Formats. Er, der der zärtlichste Sohn und Vater war, konnte, um der Verwirklichung seiner Ideen willen, auch von harter Rücksichtslosigkeit sein.

Albert Thomas war immer ein „Reformist" gewesen, das heißt er wollte mit der sozialistischen Verwirklichung nicht warten bis zur Eroberung der politischen Macht, sondern innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft schon sozialisieren. Und er wollte das nicht nur auf dem Wege der Selbsthilfe durch die Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften, für die er mit Eifer und Hingebung gearbeitet hat. Albert Thomas wollte durch die Ausübung der politischen Macht innerhalb des kapitalistischen Staates Stück um Stück die kommende sozialistische Gesellschaftsordnung aufbauen. Es ist nur die Feststellung einer banalen Tatsache, auszusprechen, daß wir uns alle unter dem Druck einer mit Riesenschritten vorwärtstreibenden Entwicklung zu den Ideen Albert Thomas' bekehrt haben. Die Tragik seines Todes offenbart sich auch darin, daß er an dem Tage starb, an dem er schließlich in seinem Heimatlande durch den Ausgang der Kammerwahlen recht behalten sollte.

Für ihn war der Sozialismus aber immer eine nicht mit dem Stimmzettel zu erobernde parlamentarische Machtfrage, wie es vielleicht manchmal scheinen mochte, die innerhalb der Grenzen eines Landes auszutragen ist. Albert Thomas war immer Internationalist gewesen. Nicht Internationalist des Wortes, der schönen Deklamation und der großen Geste. Er war auch hier durchaus Realist. Aber nicht ein skeptischer, angesichts der Jahrhunderte alten nationalistischen Verbildung und Vergiftung resignierender Fatalist. Dieses Gift des Nationalismus, von dem wir alle etwas im Blute haben, bekämpfte er mit dem Gegengift der internationalen Tat. Früh schon hatte er begriffen, welche zentrale Bedeutung dem Problem Deutschland-Frankreich zukommt. Er hat einige Semester auf der Berliner Universität studiert, gleichzeitig aber auch die Partei, die Gewerkschaften und die Konsumgenossenschaften Deutschlands. Bis zum Kriegsausbruch schrieb er dann für viele deutsche Partei- und Gewerkschaftsblätter, wie er ja auch oft in Deutschland in Versammlungen gesprochen hat.

Gerade auf dem Gebiete der internationalen Praxis war Albert Thomas ein großer Wegbereiter. Wie er für die Ausübung der Regierungsmacht durch Sozialisten eintrat, so hat er sich, nach der Gründung des Völkerbundes, mit seiner ungeheuren Energie dafür eingesetzt, den Völkerbund nicht etwa den Zunftdiplomaten zu überlassen, sondern sich seiner zu bemächtigen und ihn zu einem Instrument sozialistischer Verständigungs- und Aufbaupolitik zu machen. Wie immer, hat er sich nicht damit begnügt, zu reden und zu schreiben, er ist mit seiner ganzen Persönlichkeit eingesprungen. Was er aus dem Internationalen Arbeitsamt zu machen verstanden hat, kann und braucht auch schließlich hier nicht geschildert zu werden. Wie er trotz aller wirtschaftlichen und politischen Krisen und Widerstände die Sozialpolitik immer wieder vorwärts trieb. Wie er unermüdlich, von Land zu Land reisend, mit den Regierungen und den Unternehmern verhandelte, die Widerspenstigen an den Verhandlungstisch brachte. Wie er durch keinen Rückschlag sich entmutigen ließ, nie ermüdete, immer wieder Auswege fand; dieses Wunder an Zähigkeit, Elastizität und Tatwillen ist nur aus seiner sozialistischen Ueberzeugung, wenn überhaupt zu erklären. Die anderen haben alle uns um ihn beneidet.

Die Uebernationalisten, die mit dem Nationalismus Schacher treiben und uns vaterlandslose Gesellen nennen, haben natürlich nicht begreifen können oder wollen, daß Albert Thomas, der als Sozialist, wie alle Sozialisten aller Länder, für die Verteidigung seines Landes eintrat, es nicht mit einem Lippenbekenntnis bewenden ließ. Diese Systempatrioten haben in Deutschland ihm zum Vorwurf gemacht, daß er als Munitionsminister nicht nur Unterschriften, sondern ganze Arbeit geleistet hat. Die Frage ist nur, ob ihm diese Arbeit Freude gemacht hat und welche Folgen er für seine sozialistische Arbeit aus dem Krieg gezogen hat. Ich habe ihn zweimal während des Krieges gesprochen. Ende August 1914 im Ministerium für öffentliche Arbeiten, wohin ihn Sembat berufen hatte, und im Herbst desselben Jahres in Bordeaux in seiner Wohnung. Nie habe ich von ihm ein Wort jenes niedrigen Hasses gehört, der damals zum guten Ton gehörte. Auf seinem Nachttisch fand ich — damals sonst unauffindbar in Frankreich — einen Stapel deutscher Zeitungen.

Wer seine Arbeit in Genf von Anfang an verfolgt hat, weiß, daß Albert Thomas nicht nur alles getan hat, um den sofortigen Beitritt Deutschlands zur Internationalen Arbeitsorganisation zu erleichtern, während ihm der Zutritt zum Völkerbund noch durch einen Stacheldraht verwehrt war; er hat auch alles ausgeräumt, was an die einstige Feindschaft erinnern konnte.

Als Locarno die Hoffnungen nicht erfüllte, da unternahm Albert Thomas auf einem scheinbaren Umweg das große Werk der internationalen Zusammenarbeit, das Frankreich und Deutschland zusammenführen sollte: die internationale Arbeitsbeschaffung. Mit jenem unverwüstlichen Optimismus, mit dem er alles anpackte, ging er gegen alle offenen und versteckten Widerstände an. Es ist schwer vorstellbar, was Albert Thomas aus dem Mißerfolg Hitlers und dem Siege der Linken in Frankreich gemacht hätte.

Nun ist er am Anfang seines Werkes gefallen. Die Demokratie, die immer wieder neue Kräfte erzeugt, wird es sehr schwer haben, den Tod Albert Thomas' wettzumachen.

Metallarbeiter für Einheit.

Innerhalb der freien Gewerkschaften.

Die freigewerkschaftlichen Berliner Metallarbeiter hielten am Montagabend in den Sophiensälen ihre Jahresgeneralversammlung ab. Da den Delegierten ein ausführlicher gedruckter Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung im vorigen Jahr vorlag, der auch im „Vorwärts" bereits besprochen worden ist, beschränkte sich der Bevollmächtigte Genosse Ulrich auf einige kurze Erläuterungen dieses Berichtes.

Die kommunistische Presse hat nach dem Erscheinen des Rechenschaftsberichtes den darin ausgewiesenen Verlust von rund 9500 Mitgliedern bejubelt. Dieser Jubel über das „Zusammenschrumpfen" der freigewerkschaftlichen Berliner Metallarbeiterorganisation ist, abgesehen davon, daß er die Verfasser kennzeichnet, gar nicht am Platze. Dieser Mitgliederverlust besteht nämlich nur rein buchmäßig, weil der Feststellung der Mitgliederzahl immer die Zahl der Beiträge zugrunde gelegt wird, die bis zum Jahresabschluß entrichtet sind. Ende 1931 waren infolge der langanhaltenden Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit bedeutend mehr Mitglieder als Ende 1930 mit ihren Beiträgen im Rückstand und dazu auch noch viel längere Zeit als das Ende 1930 der Fall war. Berücksichtigt man diese Tatsache, dann ergibt sich für das Berichtsjahr nur ein Verlust von etwa 1000 Mitgliedern.

Genosse Ulrich wies u. a. auch auf den Ernst der politischen Lage hin, die ein einheitliches Zusammenstehen der gesamten klassenbewußten Arbeiterschaft erfordert. Die dringend notwendige Einheitsfront der klassenbewußten Arbeiterschaft kann aber auch nicht auf der Grundlage geschaffen werden, daß sich nun alle Arbeiter zur KPD. und zur RGO. bekennen. Die beste Einheitsfront im Kampf gegen den drohenden Faschismus wird von den freien Gewerkschaften gebildet, in denen für die Arbeiter aller politischen Richtungen Platz ist.

In der Debatte zum Geschäftsbericht versuchten zunächst je ein „linientreuer" und ein „oppositioneller" Kommunist einander den Rang abzulaufen hinsichtlich ihrer Kritik an der Taktik der deutschen Gewerkschaften. Ueber den Geschäftsbericht selbst sagten sie nicht ein Wort. Ein ehemaliger Kommunist, der jetzt wieder Mitglied der SPD. ist, führte der Generalversammlung mit anschaulichen Worten die Gefahr des Bruderkampfes der deutschen Arbeiterschaft vor Augen und ermahnte auch seine früheren Gesinnungsfreunde, endlich vernünftige Konsequenzen aus dem bedrohlichen Anwachsen des Faschismus zu ziehn.

Die Generalversammlung nahm dann die Neuwahl der Mitglieder der Ortsverwaltung vor, die turnusmäßig ausscheiden. Zu Mitgliedern der Ortsverwaltung wurden gegen nur fünf Stimmen der „Opposition" gewählt die Genossen Ulrich, Barteleit, Franke, Otto Schmidt, Köhler und die Genossin Marie Krause. Genosse Barteleit trat an die Stelle des bisherigen Kassierers Wilhelm Schmidt, der in den Ruhestand tritt. Hinsichtlich der Wahl der Delegierten zum Verbandstag in Dortmund beschloß die Generalversammlung, von einer Urwahl Abstand zu nehmen und die Kandidaten in der Generalversammlung zu wählen. Gegen sieben Stimmen machte sich die Generalversammlung die Vorschläge zu eigen, die Genosse Holz der Versammlung unterbreitet hatte. Zwei Kandidatenlisten der verschiedensten Oppositionsrichtungen fanden nicht die statutarisch notwendige Unterstützung von einem Viertel der Generalversammlungsdelegierten.

Der Bogen ist überspannt.

Die Warnung des Streiks der Möbeltransportarbeiter.

Der Streik der Berliner Möbeltransportarbeiter ist das erste Aufbäumen gegen die Ungeheuerlichkeit, jetzt nochmals die Löhne abzubauen. Man hat den Möbeltransportarbeitern innerhalb eines Jahres — wie allen Arbeitern — zweimal die Löhne abgebaut. Schon vorher reichten die Löhne nur knapp zum Leben.

Der Reichskanzler prägte seinerzeit das Wort von der neuen Lage, die entstehen würde, wenn der Preisabbau den Lohnabbau nicht mindestens erreichen würde.

Der Preisabbau ist weit hinter dem Lohnabbau zurückgeblieben. Die neue Lage ist da. Was aber geschieht? Statt des notwendigen Lohnaufbaues setzt ein neuer Lohnabbau ein.

Die Arbeiter sagen: „Das ist ein Betrug, den wir uns nicht mehr gefallen lassen." Kann man den Arbeitern unrecht geben?

Die Möbeltransportarbeiter sind Schwerarbeiter. Sie sind zum großen Teil nur Gelegenheitsarbeiter und haben keine ständige Arbeit. Wie soll ein solcher Schwerarbeiter mit 44 Mark die Woche sich und seine Familie durchs Leben bringen — wenn er ehrlich bleiben will?

Gestern nachmittag fand eine Funktionärsitzung der Möbeltransportarbeiter statt, in der beschlossen wurde, auch den Schiedsspruch abzulehnen. Die Betriebe, aus denen die Möbeltransportarbeiter aus technischen Gründen gestern noch nicht herausgezogen wurden, werden heute gleichfalls bestreikt werden.

Die Funktionäre haben weiter beschlossen, sich dem Lohnabbau mit aller Entschlossenheit zu widersetzen. Sie können dabei auf die rückhaltlose Unterstützung des Gesamtverbandes rechnen.

Die Unternehmer hatten wohl geglaubt, die Möbeltransportarbeiter würden auch dieses Lohnabbaudiktat über sich ergehen lassen, weil seinerzeit die RGO. einen vergeblichen Versuch gemacht hatte, die Möbeltransportarbeiter in den Streik zu kommandieren. Aber der Gesamtverband ist etwas anderes als die sagenhafte RGO. Und ein freier Beschluß der Arbeiter ist nicht zu verwechseln mit einer Parole aus dem Karl-Liebknecht-Haus.

Wenn die Möbeltransportarbeiter jetzt zur entschlossenen Abwehr schreiten, so sind sie in ihrem guten Recht. Dieser Streik ist aber auch ein Warnungssignal für die Reichsregierung und die Schlichtungsinstanzen, den aufs äußerste gespannten Bogen nicht zu überspannen.

Neues Saarabien?

Bergarbeiterentlassungen aus politischen Gründen.

„Politische Beweggründe sind maßgebend bei den Bergarbeiterentlassungen im Saargebiet" — überschreibt die TU. folgenden Bericht aus Saarbrücken:

„Auf der Grube Velsen sind Ende April 240 Bergleute entlassen worden. Daß bei der Auswahl der zur Entlassung kommenden Bergleute nur politische Beweggründe maßgebend gewesen sind, zeigt folgendes: Die einzelnen Steiger mußten Listen aufstellen über die zu entlassenden Leute. Diese Listen wurden nicht nur dem Obersteiger, sondern auch dem französischen Schuldirektor und dem Obergrubenhüter vorgelegt. Das Ergebnis war, daß nur solche Arbeiter auf den Listen stehen blieben, die dem separatistischen Verband der Saarbergleute nicht angehören. Die Werber des Saarbundes machten sich an diese Bergleute noch einmal heran und forderten sie auf, dem Verband beizutreten. Hatte die Werbung Erfolg, wurde die Kündigung zurückgezogen."

Die französische Grubenverwaltung ahmt hier offenbar die Gepflogenheiten nach, die früher von den deutschen Verwaltungen betrieben wurden. Nur mit dem Unterschied, daß heute die Entlassung von Bergarbeitern notwendig ist, während früher jeder Bergarbeiter gemaßregelt wurde, der im Verdacht stand, gewerkschaftlich organisiert zu sein, trotzdem es an Arbeit nicht fehlte.

Selbstverständlich halten wir gleich den früheren deutschen Unternehmermethoden in Saarabien auch die der französischen Grubenverwaltung für verwerflich.

42 Jahre ist Durchschnittsalter.

Bei den Maschinensetzern.

Die Dauer des Lebensalters der Maschinensetzer wird in den von der Zentralkommission der Maschinensetzer Deutschlands herausgegebenen „Technischen Mitteilungen" behandelt, wonach der Beruf des Maschinensetzers nicht besonders verlockend ist. Aus statistischen Feststellungen ergibt sich nämlich, daß noch nicht 45 Proz. aller Maschinensetzer ein Alter über 50 Jahre erreichen, während der Durchschnittssatz der über 50 Jahre alten Gesamtmitglieder des Buchdruckerverbandes einschließlich der Maschinensetzer 65 Proz. ist. Geradezu erschreckend sind die Vergleiche zwischen den Maschinensetzern und der Gesamtmitgliedschaft des Buchdruckerverbandes im Alter von 31 bis 55 Jahren. In den Lebensjahren zwischen 31 und 55 Jahren starben im Durchschnitt prozentual ungefähr doppelt soviel Maschinensetzer als Gesamtmitglieder des Buchdruckerverbandes. Das Durchschnittsalter der Maschinensetzer wird mit 42 Jahren ermittelt.

Ueber die Todesursachen heißt es, daß im Jahre 1930 an Lungenleiden 13,86 Proz. der verstorbenen Verbandsmitglieder zugrunde gingen, von den Maschinensetzern aber 19,65 Proz. Die nicht erhebliche Mehrbezahlung der Maschinensetzer gegenüber den Handsetzern ist also nicht nur eine Leistungs-, sondern auch eine Risikoprämie.

Die Unternehmer des Dachdeckgewerbes haben es abgelehnt, mit den Vertretern des Baugewerksbundes über den Neuabschluß des Reichstarifvertrages der Dachdecker zu verhandeln. Die Ablehnung der Verhandlungen erfolgte aus dem Grunde, weil sich die Organisationsvertreter weigerten, über den Abbau des Lohnvorsprungs, den die Dachdecker gegenüber den Maurern haben, zu verhandeln. Die Dachdeckermeister wollten durch die Beseitigung dieses Lohnvorsprunges neben dem allgemeinen Lohnabbau im Baugewerbe für die Dachdecker noch einen Extralohnabbau einheimsen. Die Reichsfachgruppe der Dachdecker im Baugewerksbund wird nunmehr versuchen, zu Abschlüssen in den Bezirken oder in den einzelnen Tariforten zu kommen.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute, Dienstag, 19. Mai, 19½ Uhr, tagen die Gruppen: **Gewerkschaftshaus:** Jugendheim Gewerkschaftshaus, Engelufer 24—25. Pfingsten und der 1. Mai. — **Steglitz:** Jugendheim Flemmingstr. 14b. Spielabend. — **Moabit:** Jugendheim Bremer Str. 69—70. Liederabend. — **Spandau-Wilhelmstadt:** Jugendheim Sportplatz Seeburger Straße. Bub und Mädel. — **Pankow:** Jugendheim Kissingenstr. 48, Zimmer 5. Meine Rechte und Pflichten in der FGJ. — **Treptow:** Jugendheim Ellenstr. 3 (am Bahnhof Treptow). Bunter Abend. — **Frankfurter Allee:** Jugendheim Litauer Str. 18. Die Gewerkschaftsbewegung in England und Amerika. — **Landsberger Platz:** Jugendheim Landsberger Str. 56. — **Lichtenberg:** Jugendheim Dottestr. 22. Heimbesprechung. Verbandsbuchkontrolle. — **Neu-Lichtenberg:** Jugendheim Gunterstraße 44. Reichsvortrag. Arbeiterführer: Bebel, Karl und Wilhelm Liebknecht und Rosa Luxemburg. — **Ostende:** Jugendheim Karlshorst, Treskowallee 44 (Kant-Schule). Heimbesprechung. Unterhaltungsabend. — **Wedding:** Jugendheim Wildenowstr. 5, 2 Trp., Z. 11. Vortr.: Wir und die Nationalsozialisten. — **Schöneweide:** Jugendheim Hasselwerderstraße, Mädchenschule, im Keller. Gewerkschaften und Klassenkampf. — **Adlershof:** Jugendheim Adlershof, Bismarckstr. 1. Frauenfragen: Sozialismus in der Familie. — Spielen ab 18 Uhr. Nordkreis: Sportplatz Humboldthain; Südostkreis: Sportplatz Am Urban; Nordostkreis: Sportplatz Einsame Pappel. — **Deutscher Metallarbeiterverband, Jugendabteilung:** Dienstag, 10. Mai, 19½ Uhr, Verbekundgebung. Programm: Jugendspiel: Selbst ist der Mann. Ansprache. Sprechchor: Das Lied der Arbeit. Musik, Gesang. Mitwirkende: Die Freie Gewerkschafts-Jugend. Eintritt frei. Beginn 19½ Uhr.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

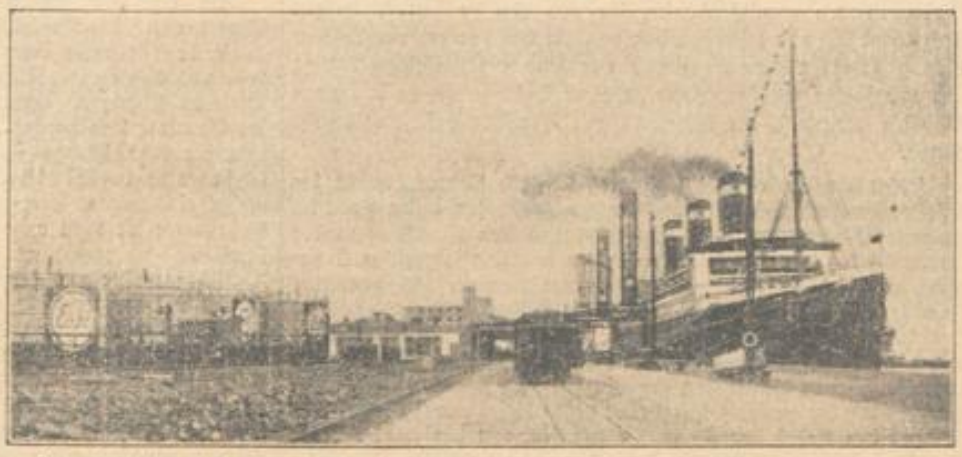
Heute, Dienstag, finden folgende Veranstaltungen statt: **Lichtenberg:** Jugendheim Gunterstr. 44. Kurzreferate. — **Nordwest:** Jugendheim Lehrter Str. 18—19. Vortrag: Das Aufsteig des jungen Gewerkschafters. Referent: Dr. Lewinski. — **Gesundbrunnen:** Jugendheim Schönstedtstr. 1, part. Diskussionsabend. — Unser Sprech- und Bewegungschor übt von 20 bis 22 Uhr in der Turnhalle Barnther Str. 20. — Spiele im Freien: Heute, ab 18 Uhr, Sportplatz Rehberge. — Frankfurt-Fahrer. Achtung! Wer per Rad nach Frankfurt will, melde sich sofort bei Hans Richter, Lichterfelde-West, Unter den Eichen 103. Abfahrt Freitag, 13. Mai. Treffpunkt 6 Uhr vor dem Bahnhof Treptow.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.
Hierzu 2 Beilagen.

Leichtsinnig handelt nur der Tor,
wer klug ist, beugt der Krankheit vor:
Mit Frommsgicht!

Der Bahnhof am Meer

Zum erstenmal seit dem Kriege ist das größte Schiff der amerikanischen Flotte wieder in Deutschland. Es sind in diesem Sommer 8 Deutschlandreisen vorgesehen, und zwar von den Vereinigten Staaten nach Bremerhaven – Columbuskaje, wo besonders vorbildliche Einrichtungen für Abfertigung größter Passagierdampfer vorhanden sind, wie z. B.: der „Bahnhof am Meer", weiterhin die große Oel-Bunkerstation, die ein Betanken derartiger Riesenschiffe (Europa und Bremen) in wenigen Stunden ermöglicht; und endlich die große Wassertiefe am Kai selbst, die jetzt für die „Leviathan" noch mehr vertieft worden ist.



Die „Leviathan", frühere „Vaterland" (58 000 To.), im Dienst Amerika—Deutschland

Unerlaubte Stempel

So werden die Arbeitsämter betrogen

Andere Zeiten, andere Verbrechen. Die Arbeitslosigkeit, die Millionen Menschen zu Unterstützungsempfängern gemacht hat, bietet abgefeimten Betrügern und unglücklichen Erwerbslosen ungeahnte Möglichkeiten. Ganze Fabriken sind entstanden, zu Hunderten werden gefälschte Quittungskarten und polizeiliche Abmeldungen hergestellt und für billiges Geld an den Mann gebracht. Bei den Arbeits- und Wohlfahrtsämtern ist die Kontrolle unzureichend, viele Tausende Mark werden an falsche Adressen gezahlt.

Vor dem Schöffengericht Charlottenburg stand jetzt so ein abgefeimter Betrüger, ein vielfach auch mit Zuchthaus Vorbestrafter. In wenigen Monaten hatte er unter den verschiedensten Namen bei den verschiedensten Arbeitsämtern mehrere tausend Mark erhalten; ein Empfang von 2500 Mark konnte ihm nachgewiesen werden. Die Verhandlung gegen ihn bildete nur einen kleinen Ausschnitt aus dem demnächst zu erwartenden großen Prozeß mit vielen Angeklagten, die die Herstellung von gefälschten Bescheinigungen in ganz großem Maßstabe betrieben. Bei dem Angeklagten vor dem Schöffengericht Charlottenburg fand man zu Hause eine große Anzahl von Stempeln und Formularen und so lebte er auf Kosten der Allgemeinheit einen guten Tag. Was sollte er da noch stehlen oder einbrechen, wenn das auf einfachere Weise ging. Das Gericht verurteilte ihn zu 2 Jahren Gefängnis und der Vorsitzende führte zu seinen Gunsten den absoluten Mangel an Kontrolle auf den Arbeitsämtern an.

Im Gegensatz zu diesem abgefeimten, gelassen auftretenden Betrüger waren die fünf Erwerbslosen vor dem Schnellschöffengericht traurig anzuschauen. Zwei von ihnen waren vorbestraft, alle fünf seit langem arbeitslos. Die Wohlfahrtsunterstützung von 36 Mark monatlich reichte nicht. Sie ließen sich für billiges Geld von einem großen Unbekannten Quittungskarten und polizeiliche Abmeldungsformulare auf fremde Namen geben und erschienen damit in der Wohlfahrtskommission als Väter von drei Kindern. So gelang es einem zweimal Wohlfahrtsunterstützung von 90 und 88 Mark zu erhalten, dem zweiten eine solche von 100 Mark, dem dritten Unterstützungen von 90 Mark, die beiden letzten wurden beim ersten Versuch ertappt. Die Wohlfahrtskommission hatte nämlich eine anonyme Anzeige erhalten, daß demnächst gefälschte Quittungskarten und polizeiliche Abmeldungsscheine auf den Namen von Familienvätern mit drei Kindern auftauchen würden. Die Polizei legte sich auf die Lauer und stellte die fünf Erwerbslosen fest. Sie erhielten Gefängnisstrafen von 3 bis 5 Monaten. Weitere Betrugsprozesse derselben Art stehen in allernächster Zeit bevor.

Vor demselben Schnellschöffengericht mußten sich drei Polen und eine Polin verantworten. Der eine von den drei Polen, ein Landarbeiter, hatte von seinem mitangeklagten Landsmann für sich und seine Braut für 34 Mark Quittungskarten und einen polizeilichen Abmeldungsschein, lautend auf den Namen des preußischen Staatsbürgers Schubert, erhalten. Auf Grund dieser gefälschten Bescheinigungen nahmen sie Arbeit an. Dem Gendarm fiel es auf, daß weder er noch sie, obgleich Preußen, kaum ein Wort deutsch sprachen. Er forschte nach und siehe da, ihre Papiere waren gefälscht. Das Urteil lautete auf Gefängnis von 3 bis 4 Monaten.

Berlins Not steigt weiter.

Mehr als 271 000 Wohlfahrtserwerbslose.

Die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen in Berlin, das heißt der langfristigen Erwerbslosen, die weder auf Arbeitslosenversicherung noch Krisenfürsorge Anspruch haben und ausschließlich von den Gemeinden erhalten werden, ist im April 1932 wiederum gestiegen. Sie betrug Ende April 1932 (ohne Notstandsarbeiter) 271 260 gegenüber 263 813 am Ende des Vormonats. Sie hat demnach um 2,8 Prozent zugenommen. Unter den am 30. April 1932 gezählten Wohlfahrtserwerbslosen befanden sich 8865 Fürsorgearbeiter, am Ende des Vormonats waren es 7649.

Ein neuer Bilderskandal.

Professor Hauser der Bilderfälschung beschuldigt.

In einem Zivilprozeß, der das Amtsgericht Charlottenburg beschäftigte, sind gegen den früheren langjährigen Restaurator der Staatlichen Museen, Professor Hauser, schwere Vorwürfe erhoben worden.

Hauser hatte an Geheimrat Wigger in Garmisch-Partenkirchen für 22 000 Mark ein Gemälde verkauft, das von dem Holländer Jan Steen stammen sollte. Vor der Lieferung des Bildes ließ der Käufer das Bild aber noch durch Hauser restaurieren, und als diese Arbeit beendet war, entdeckte Geheimrat Wigger zu seinem Erstaunen, daß aus einem Hund, der vorher auf dem Bilde zu sehen war, nun eine Katze geworden war. Infolgedessen schöpfte er den Verdacht, daß das Bild inzwischen vertauscht worden sei und daß es sich gar nicht mehr um den echten Jan Steen handele, verweigerte die Zahlung des Kaufpreises, wurde aber vom Landgericht sowohl wie vom Oberlandesgericht in München zur Zahlung verurteilt. Hauser konnte eidesstattliche Versicherungen der Vorbesitzer des Gemäldes beibringen, wonach der Verdacht eines Vertausches hinfällig sei. Nachträglich, nachdem schon die Kaufsumme auf Grund des Urteils gezahlt war, wurde Geheimrat Wigger erneut mißtrauisch und ließ deshalb über die gezahlte Summe von 22 000 Mark Arrest verhängen. Ueber diese Arrestklage wurde jetzt verhandelt. Der Rechtsbeistand Geheimrat Wiggers, Rechtsanwalt Dr. Oskar Möhring, führte unter anderem aus, daß Professor Hauser vor einiger Zeit einem Berliner Rechtsanwalt für 3500 Mark einen angeblich echten Spitzweg verkauft und dieses Gemälde mit einer eigenen Expertise (Sachverständigengutachten) versehen habe. Später habe sich herausgestellt, daß es sich keineswegs um einen Spitzweg handelte, sondern um ein Werk eines jetzt noch in München lebenden Malers Moralt, der es für 250 Mark verkauft hat. Hauser soll bisher diesen Vorwurf nicht entkräftet haben. Die Entscheidung in dem Rechtsstreit wird am Dienstag nach Pfingsten verkündet werden.

Kehraus bei Sklareks.

Jetzt spricht die Staatsanwaltschaft fünf Tage lang.

Im Sklarek-Prozeß wurden gestern die letzten Zeugen gehört. Zunächst wurde noch einmal Stadtrat Neuendorff vom Bezirksamt Mitte zu der Fahrstuhlangelegenheit im Hause Kommandantenstraße 80/81 gehört.

Die Anklage vertritt den Standpunkt, daß der Angeklagte Bürgermeister Schneider die Sklareks bevorzugt habe. Stadtrat Neuendorff bekundete, daß seine Entscheidungen in dieser Angelegenheit nicht durch Bürgermeister Schneider irgendwie zugunsten der Sklareks beeinflußt worden seien. Dann wurde die Ehefrau des Angeklagten Stadtrat Gäbel gehört. Die Staatsanwaltschaft verzichtete schließlich auf die Vernehmung des Untersuchungsrichters, Landgerichtsdirektor Rosemann, der zu gewissen Widersprüchen gehört werden sollte. Damit war zunächst die Zeugenvernehmung erschöpft, allerdings steht noch die Vernehmung des Zeugen Turgel, des Pelzhändlers der Sklareks, aus, der zur Zeit verreist ist.

Nach einigen Vorhaltungen der Staatsanwaltschaft an die Angeklagten erklärte Amtsgerichtsrat Keßner: Wir wären damit am Ende der Beweisaufnahme, die allerdings noch nicht endgültig geschlossen werden kann, weil noch der Zeuge Turgel vernommen werden muß und die kommissarische Vernehmung des Zeugen Baruth aussteht.

Ein heiterer Zwischenfall.

Hierauf gab es noch eine Ueberraschung. Der Vorsitzende erhielt einen Brief, nach dessen Lektüre er Leo Sklarek fragte, wo er am Sonntagnachmittag um 3 Uhr gewesen sei. Leo Sklarek: Im Café Grundeis. — Vors.: Nicht im Strandbad Müggelsee? — Leo Sklarek: Nein, ich war im Café. Bei uns zu Hause war nämlich große Aufregung, weil bei den Eltern unserer Hausangestellten Luise Kelch in einem kleinem Dorf Haussuchung durch neun Kriminalbeamte stattfand. Ich hatte doch immer erklärt, daß ich nirgends Geld habe, und da hat man dort nachgesehen und das ganze Dorf auf den Kopf gestellt. Die Luise ist mir jetzt weggelaufen. Sie hätten mir das doch vorher sagen können mit der Haussuchung. (Heiterkeit.) Vors. (ironisch): Das wäre das richtige gewesen. — Leo Sklarek: Auf meine Ehrlichkeit können Sie sich doch verlassen, Herr Vorsitzender. — Vors.: Sie müssen es mir nicht übel nehmen, wenn ich das nicht so ohne weiteres akzeptiere. (Heiterkeit.)

Nach diesem heiteren Finale erklärten die meisten Verteidiger, daß sie auf weitere Beweisanträge verzichteten, worauf die Verhandlung auf Mittwoch vertagt wurde. Es beginnen die Plädoyers der Staatsanwaltschaft, deren Vertreter fünf Tage sprechen werden.

Der Ueberfall auf den Legationssekretär.

Ein Ueberfall, der am Abend des 22. März auf den Legationssekretär der rumänischen Gesandtschaft, Dr. Roty Constantinide auf dem Viktoria-Luise-Platz verübt worden war, fand vor dem Schöffengericht Schöneberg seine gerichtliche Sühne. Die Angeklagten, drei Brüder und deren Freund, waren an jenem Tag als Hofsänger durch die Straßen der Westens gezogen und hatten ziemlich viel Geld erhalten, den Erlös aber restlos vertrunken, so daß sie am Abend nichts mehr besaßen. Daher bettelten sie zunächst auf dem Viktoria-Luise-Platz zwei Damen an. Als der Legationssekretär auf dem Platz erschien und bemerkte, daß die jungen Leute sich den Damen aufdringlich entgegenstellten, drohte er ihnen mit der Polizei. Daraufhin kam es zu einer Schlägerei, bei der der Legationssekretär zu Boden geschlagen wurde. Die Angeklagten bestritten die Absicht eines Raubüberfalls. Auch der Zeuge sah die Sache gar nicht mehr so schlimm an. Das Schöffengericht hielt daher nicht für erwiesen, daß der Ueberfall als Raubüberfall geplant war und verurteilte die Angeklagten wegen gemeinschaftlicher schwerer Körperverletzung und wegen Bettelei zu Strafen von drei Monaten Gefängnis und drei Wochen Haft bis zu einem Monat Gefängnis und drei Wochen Haft.

„Juno"- nichts weiter als „Juno"-

mit diesem einzigen Wort

äußert der Raucher seine Wünsche.

Dieser Name ist populär geworden,

wie kaum ein zweiter!- Woran liegt das?

Weil sie keine Wertmarken, Gutscheine und Stickereien bringt, sondern alles der Qualität zugutekommen läßt.

JUNO bleibt JUNO,

die Cigarette für jeden, der Gutes schätzt!

Aus Maxime wird „Maxe".

Würde man heute so manchen Jungen oder manches Mädel rasch und unvermittelt nach seinem standesamtlich eingetragenen Vornamen befragen, sie kämen bestimmt in stotternde Verlegenheit; was gibt es da nicht alles für höchst eigenartige Benamsungen? Im Namensregister des Kalenders kommen all diese merkwürdigen Verkürzungen und Verkrümmungen natürlich nicht vor. Es wimmelt heute nur so von Lilos und Lils, von Bert und Ben, von Gert und Joe, von Nick, Yvonne, Maxime und José. All diese Namensanleihen werden weiblicherseits hauptsächlich bei den Filmidols gemacht — man hat dann wenigstens etwas mit „ihr" gemein —, während die junge Männlichkeit scheinbar vielfach bei der Lektüre „pumpt". (Ben Hur, Nick Carter, Don José). Die männlichen Filmvorbilder haben merkwürdigerweise ganz „normale" Namen.

Was die einen nun im Gefühl moderner, alles verkürzender Sachlichkeit des Guten zuviel tun, ergänzen jene Antipoden, die immer noch künftige Helden in der Wiege schaukeln. Als häufige Erscheinung begegnet man da dem Hans-Joachim, dem Karl-Martin, dem Götz-Otto, und wenn morgens die mütterliche Stentorstimme vom Balkon ertönt: „Friedrich-Wilhelm, spiel doch nicht immer aufn Damm!" dann weiß man doch, daß es noch teutsche Männer gibt! Der weibliche Nachwuchs dieser Heldenmütter wird ebenfalls mit langatmigen Doppelnamen bedacht. Da ist die Suse-Lore und die Eva-Maria, die Anne-Liese-Maria und, auf daß einem vollends die Puste ausgehe, die Annemarie-Luise! Selten, daß einer oder eine einen, und zwar den richtigen Vornamen führt, heute sind eben „Vornamen" und „Rufnamen" zwei getrennte Begriffe. Vielfach machen die Mütter ebenfalls diesen Unsinn mit, für die anderen aber beginnt der Ernst des Lebens, wenn Vater oder Mutter laut und deutlich das Kind beim „richtigen Namen nennen" und aus der chiken Lilo eine schlichte Elise, aus der mondänen Joe eine simple Johanna, aus der süßen Gert eine einfache Gertrud, aus dem Ben ein Benjamin, aus dem Bert ein Berthold, aus dem Nick ein Nikolaus, und aus dem romanisch anmutenden Maxime ein echt berlinischer „Maxe" wird!

Auch Strumpf-Metzger bankerott.

Der Betrieb in den Filialen wird fortgeführt.

Der Pleitegeier hat sich jetzt auch in dem in Berlin gut bekannten Strumpfhaus Metzger (Hermann Metzger AG., Frankfurt a. M.-Berlin) niedergelassen. Die Gesellschaft, deren Kapital von 1 Million Mark sich im Familienbesitz befindet und während der drei letzten Jahre schon keine Dividende verteilte, hat ihre Zahlungsunfähigkeit erklärt. Die Schulden werden auf 2—3 Millionen Mark angenommen und sind durch Aktiven nicht ausreichend gedeckt. Die Gläubiger des Konzerns, der in Chemnitz die Strumpffabrik „Hermeta" besitzt, treten am 23. Mai zur Gläubigerversammlung zusammen. Ein Vergleich dürfte möglich und wahrscheinlich sein. In zahlreichen Städten Westdeutschlands und in Berlin bestehen Verkaufsfilialen; in Berlin allein 13. Die versuchte Rettung durch Zusammenschluß mit einer anderen Gesellschaft blieb erfolglos. Die zahlreichen Angestellten werden ihre Arbeitsstellen behalten, da die Verkaufsbetriebe zunächst fortgeführt werden. Die Entscheidung über die dauernde Fortführung hängt natürlich von dem Aussehen der Bilanz und dem Willen der Gläubiger ab.

Kellner von Nazis überfallen.

In der Nacht vom 30. April zum 1. Mai wurde, wie mir erst jetzt erfahren, der Kellner Hans D. in der Stubenrauchstraße von einer Anzahl Nazibanditen überfallen und beraubt, so daß D. an einer schweren Gehirnerschütterung und sonstigen schweren Verletzungen daniederliegt.

Gegen ¼4 Uhr nachts befand sich D. auf dem Nachhausewege, als er ganz plötzlich und ohne jede Veranlassung niedergeschlagen und fürchterlich zugerichtet wurde. Die Verbrecher hatten es offenbar auf einen gleichzeitigen Raub mit abgesehen. Sie stellten D. gegen die Wand und untersuchten sämtliche Taschen; dabei raubten sie 60 Mark, die sich in einem Briefumschlag in vier 10- und einem 20-Mark-Schein befanden. Auf die Hilferufe des Kellners alarmierten die inzwischen aufgeweckten Bewohner der Stubenrauchstraße das Ueberfallkommando, das die vier Haupttäter festnehmen konnte. Bei der Verhaftung riefen die Straßenräuber: „Heil Hitler, laßt nur erst mal das Dritte Reich kommen, wir werden es euch schon zeigen!" Es berührt sehr merkwürdig, daß das 177. Polizeirevier in der Bismarckstraße in Friedenau die Strolche nach Feststellung der Personalien um 4.20 Uhr nachts entlassen hat.

Der Mord ist gestattet

Falls er von höheren Töchtern verübt wird

Diese Lehre ist aus einem Urteil des Schwurgerichts Königsberg zu ziehen. Dieses Gericht hat nämlich die 20jährige Elfriede Peinemann aus Neuhäuser, die aus Rache den 25jährigen Koch Ernst Wiese erschossen hat, von der Anklage der vorsätzlichen Tötung freigesprochen und nur wegen fahrlässiger Tötung und unbefugten Waffenführens zu einer Gefängnisstrafe von neun Monaten verurteilt, die obendrein mit Bewährungsfrist ausgesetzt wurde.

Folgender Sachverhalt lag vor: Elfriede Peinemann ist die Stieftochter eines Dachdeckermeisters aus Neuhäuser, dessen Frau im Nebenberuf noch eine Fremdenpension und den Ausschank in der „Strandhalle" betreibt. Die Stieftochter hat eine sorgfältige Erziehung, u. a. in einem Schweizer Pensionat genossen. Zwischen ihrer Familie und der des erschossenen Wiese bestanden freundschaftliche Beziehungen. Der Koch Ernst Wiese neigte jedoch zur Trunkenheit und hat im alkoholisierten Zustand mehrfach unflätige Bemerkungen über die Elfriede Peinemann gemacht, sich auch früheren Geschlechtsverkehrs mit ihr gerühmt. Statt aber gegen dieses gewiß verwerfliche Treiben den Schutz der Gerichte anzurufen, wie das andere Leute auch tun müssen, griff Elfriede Peinemann zur Selbsthilfe. Sie hatte einen Bekannten namens Borowski, der in der Lokalität ihrer Stiefeltern Aushilfskellner gewesen war, und als strammer Nazi wohl mit Waffen umzugehen verstand. Er ließ sich ohne weiteres als männlicher Beistand zu der beabsichtigten Tat gewinnen, besorgte einen Revolver, erläuterte der Peinemann die nötigen Handgriffe und gab auch mit ihr zusammen Probeschüsse im Walde ab. Nachdem sich die beiden genügend eingeexerziert hatten begaben sie sich in die Wohnung des Wiese; der nach kurzem Wortwechsel von der Peinemann niedergeschossen wurde.

Es lag also ein vorbereiteter und überlegter Mord vor. Die Angeklagte P. verteidigte sich indes vor Gericht damit, daß sie außer dem Revolver auch eine Hundepeitsche gehabt habe und daß es ihre Absicht gewesen sei, mit dieser den getöteten Wiese zu züchtigen. In der Erregung sei ihr aber „versehentlich" der Revolver losgegangen. Diese kindliche Ausrede nahm das Gericht für bare Münze — trotz des vorangegangenen Probeschießens im Walde. Borowski erhielt sogar nur 3 Monate Gefängnis wegen Vergehens gegen das Waffengesetz, Elfriede Peinemann die oben angegebene Strafe, die sie nicht zu verbüßen braucht.

Man mußte aus der vorangegangenen Verhandlung und der ganzen Art der Urteilsbegründung den Eindruck gewinnen, daß die Mehrheit der beteiligten Richter nicht durch Rechtserwägungen zu dieser Entscheidung gekommen sind, sondern daß sie den Lynchakt einer höheren Tochter gegen einen Mann der unteren Klassen mit einer gewissen inneren Sympathie betrachtet haben. Wir erinnern uns eines Falles, der vor dem Kriege großes Aufsehen erregte: damals erhielt ein Arbeiter, der auf der Straße ein Mädchen durch Ansprechen belästigt hatte, 9 Monate Gefängnis. In dem Urteil stand zu lesen: Die Strafe mußte so hoch ausfallen, weil die Angesprochene die Tochter eines Staatsanwalts gewesen war, also ein Mädchen der höheren Stände, die „bekanntlich ein feiner entwickeltes Ehrgefühl haben als die Frauen aus den unteren Bevölkerungsklassen". Der Geist dieses Urteils scheint auch in Königsberg maßgebend gewesen zu sein.

Am **Donnerstag, dem 12. Mai 1932, 8 Uhr abends,** spricht im **Lehrervereinshaus** (Großer Saal), Am Alexanderplatz, im Rahmen einer **deutsch-französischen**

Verständigungskundgebung

der Generalsekretär der französischen Gewerkschaften **Leon Jouhaux** und Professor **Erik Nölting,** MdL. — Karten zu ermäßigten Preisen im Bezirkssekretariat, Lindenstr. 3, erhältlich

Geistige Notgemeinschaft.

Im städtischen Heim am Molkenmarkt.

Das seinerzeit im Rahmen der Winterhilfe geschaffene Erwerbslosenheim des praktischen Hilfswerkes für geistige Not ist aus den Zelten nach dem Molkenmarkt 6 übergesiedelt. Dieses der Stadt Berlin gehörige Haus wurde der Notgemeinschaft zur Verfügung gestellt, und es ist hier infolge der größeren Wohnfläche möglich, die Zahl der Heimschüler bedeutend zu vergrößern. Mit unermüdlicher Arbeitsfreude der Beteiligten und Gebefreude der Förderer dieses Hilfswerks wurde hier aus dem Nichts etwas geschaffen, denn mehr als die Wohnfläche selbst konnte die Stadt Berlin nicht spenden. Da hieß es nun, zur Instandsetzung des alten Hauses um Farbe und Handwerkszeug, um das notwendige Mobiliar und was sonst noch alles dazu gehört, zu bitten, und man fand nirgends verschlossene Türen. Die Arbeiten wurden von den Heimschülern ausgeführt, und so wurde der Gedanke einer wirklichen Notgemeinschaft zur Tat. Im neuen Heim stehen zwei- bis dreihundert Menschen aus allen Schichten der Bevölkerung und aus allen Weltanschauungslagern schöne Räume für Unterricht und Spiel, für Festesfreude und Lektüre zur Verfügung. Auch Eßräume sind vorhanden, in denen die Heimschüler für ganz geringe Beträge ihre Mahlzeiten einnehmen können. Dieses Hilfswerk für geistige Not ist ein ungemein wichtiger Faktor in unserer schweren Zeit. Es soll den Menschen durch Anspannung und Entfaltung ihrer geistigen Kräfte der Glaube an ihre Daseinsberechtigung vermittelt werden, sie sollen in der Schicksalsgemeinschaft mit den anderen Kraft und Mut, im Unterricht fördernde Ablenkung, im Spiel Lebensfreude wiedergewinnen. Bei der Heimeröffnung dankte die Vorsitzende Elsa Fleischmann vor allem ihren vielen Helfern, die in direkter und indirekter Arbeit Anteil am Aufbau dieses Hilfswerks haben. Im Namen der Stadt Berlin sprachen der stellvertretende Bürgermeister vom Bezirksamt Mitte, Stadtrat Dr. Gordon, und Obermagistratsrat Marquardt.

Reichstagsbeginn ohne Ruhestörungen.

Der Zusammentritt des Reichstags ist gestern Nachmittag ohne Ruhestörung in Berlin vor sich gegangen. Die Polizei hatte, wie angekündigt, umfassende Vorbereitungen getroffen, um etwaige Demonstrationen zu verhindern. Die Umgebung des Reichstagsgebäudes war bis über das Brandenburger Tor hinaus abgesperrt. Zu irgendwelchen Versuchen, die Ruhe und Ordnung zu stören, war es nicht gekommen.

Selbstmord einer Berlinerin in Bielefeld.

Vom Turm der Sparrenburg in Bielefeld stürzte sich ein junges Mädchen in den Burghof hinab, es war auf der Stelle tot. Das Mädchen, das durch sein sonderbares Benehmen einigen Turmbesuchern bereits aufgefallen war, und, wie sich später herausstellte, schon versucht hatte, sich mit einer Rasierklinge die Pulsadern zu durchschneiden, benutzte einen Augenblick, in dem es sich unbeobachtet glaubte, um sich über die Brüstung zu schwingen. Welche Gründe die Selbstmörderin, die aus Berlin stammt, zu der Tat veranlaßt haben, ist noch unbekannt.

Zentrum und Kulturpolitik. Ueber dieses Thema spricht in der Diskussionsgemeinschaft parteipolitisch Andersdenkender am Donnerstag, dem 12. Mai, um 20 Uhr, im Rollendorf-Casino, Kleiststr. 41, cand. oec. Josef Brunnet, vom Reichsverband der Zentrumsstudenten. Anschließend Diskussion.

Bürgermeister und Vogt sind allein.

„Warum im Harnisch, Vogt?"

„Ich will nachher die Straße nach Radolfszell arbeiten."

„Liegen wieder Strauchritter hinter den Hecken?"

„Das grad nicht, Bürgermeister. Aber ich habe Kundschaft, es sammele sich verdächtiges Volk in der Gegend. Spielleute, Gaukler, Kirmesgesindel, und vor allem diese verdammten Scheurenpürzler, diese seltsamen Bürsten- und Mausefallenhändler, die wir rund um unseren Stadtetter nicht mehr loswerden, seitdem die Väter des Konzils dabei sind, der böhmischen Gans die ketzerischen Federn aus dem Fittich zu reißen. Irgend etwas muß im Gang sein. Denn umsonst sammelt sich diese Tagdiebschaft nicht schwarmweis im Gau. Ich hab Lust, heut gewappnet unter sie zu stoßen, wie der Häher unter die quarrenden Enten!"

„Du wirst dein Gelüst zurückstellen und deinen Ritt aufgeben müssen, Vogt!"

„Weswegen?"

„Weil die frommen Väter übereingekommen sind, das bisher mit der böhmischen Gans betriebene Federrupfen sein zu lassen und sie des morgigen Tages für ewige Zeiten zu braten!"

„Hus soll also sterben?"

„Er soll nicht. Er muß! Morgen, im Laufe des Nachmittags, wird er durchs Geltinger Tor auf den Brühl hinausgeführt werden, um dort zu brennen!"

Hans Hagen, der Vogt, pfeift unwillkürlich durch die Zähne. Ein kurzer, eigentümlicher Pfiff ist's, der gleiche, mit dem er bei wichtigen Anlässen die ihm unterstellten Reiter und Stadtknechte zusammenzurufen pflegt. Diesmal pfeift er keinen Knechten. Diesmal pfeift er seinen auseinandergelaufenen Gedanken, sich schleunigst zu sammeln.

„Ja, Vogt!" spricht der Bürgermeister weiter und fährt dabei mit dem Zeigefinger einer der verschlungenen Arabesken nach, die schwertfegerliche Kunst in langer mühseliger Arbeit in den Brustschild des vor ihm Stehenden getrieben hat. „Der Böhme muß brennen, und wir von der Stadt haben die Ehre, das Brandschauwerk in die Hand zu nehmen mit allem Drum und Dran. Außerdem, wie der Syndikus des Konzils, Herr Heinrich von Piron, zu schreiben geruht, sollen wir dafür sorgen, daß sich alles in Ordnung zutrage, daß nirgendwo Zusammenrottungen entstehen, Haufen Volks, die den Gang der Exekution stören oder irgendwie behindern könnten, Kundgebungen der Böhmen oder der Hus sonstwie Zugetanen. Und das alles bei Strafe des großen Kirchenbanns."

„Es wird ein heißer Tag werden, Bürgermeister!" meint der Vogt, vorsorglich, wie Schweiß wischend, über die Stirn streichend, wo ein brandroter, in die Haut eingepreßter Streifen den Sitz des Lederfutters seiner Eisenkappe anzeigt.

„Für dich besonders heiß, Vogt; denn du hast den ganzen Karren in Gang zu bringen!"

„Das wäre das Schlimmste nicht. Der Böhme ist ja der erste nicht, den ich auf seinem letzten Gang eskortiere. Doch die Sache hat einen Haken! Wir haben nämlich im Augenblick gar keinen Nachrichter zu Handen!"

Nun ist die Reihe, überrascht durch die Zähne zu pfeifen, an Herrn Johann von Schwarzach. Wieder melkt er hastig seinen Bart: „Was? Keinen Nachrichter zu Handen? Wie kommt das?"

„Er ist den Feldkirchern ausgeliehen worden, um zwei Pferdediebe zu henken, die sich auf unsere Gerechtsame berufen haben."

„Aber er wird doch bis morgen zurück sein?"

„Ausgeschlossen!"

„Was tun im Sturm?"

„Es bleibt nur eines übrig, Bürgermeister. Beorder sofort ein Ruderboot über den See und bitte dir bei den Ueberlingern Ammon Weikli aus, den Graubünder, der heut den Sernatingern einen Baumfrevler schindet."

„Gut, Vogt, laß ein Ratsboot abplätschern!"

„Es ist aber nicht allein mit den Ruderknechten getan. Ich muß mindestens fünf Rotten Stadtschützen mitgeben!"

„Was, zehn Armbrüste? Das wird ja das reinste Kriegsschiff!"

„Wenn auch, Bürgermeister, es ist notwendig. Die vom Grimmenstein haben wieder ein paar Planken aufs Wasser gebracht und machen damit die Obersee-Gegend unsicher."

„Hol die Hunde der Teufel!"

Dieser Fluch des Bürgermeisters, aus tiefstem Herzen herausgestoßen, ist wörtlich gemeint, keine gedankenlose Floskel.

Mit gutem Grund.

Gerade die Grimmensteiner spielen gar zu gern die See-Otter, die auf Jagd nach den gutmundenden, glitzernden Silberfelchen ist. Herr Johann von Schwarzach hat daher schon recht mit seiner Verwünschung.

Noch immer sitzt er überlegend.

Ihm ist eingefallen, daß die Lauseburschen vom End bis heute noch nicht die einundzwanzig Pfund Heller bezahlt haben, zu deren Leistung sie sich in ihrem Vertrag vom Mittwoch vor Sankt Conrads Tag verpflichteten, um ihren Raub an einer Konstanzer Bürgerin abzugelten.

Wie kommt die Stadt zu ihrem Gelde?

Mahnungen sind ja, wie Exempla genugsam gezeigt haben, ohne Wirkung und darum zwecklos. Der Rat macht sich mit weiteren Sendungen in dieser Sache nur lächerlich. Es wird nichts anderes übrigbleiben, als diesen verdammten Brüdern den Span zu verkünden und ihnen mal überraschend die große Katze, die berühmte Konstanzer Schleudermaschine vor den versteckten Raubhorst zu schieben oder eine der neuen Donnerbüchsen. Wenn dann halbstündlich die pechgetränkten Brandbolzen fliegen und den Grimmensteinern den roten Hahn aufs Dach setzen, wenn dann genau in den gleichen Abständen aufheulend die schweren steinernen Kugeln anplumpsen, daß wankend die dicksten Mauern dröhnen, daß ganze Wände einstürzen und Breschen geschlagen werden von solcher Güte, daß ein Gewappneter in voller Breite einreiten kann, dann werden die Banditen schon zur Vernunft kommen.

Herr Johann von Schwarzach spinnt behaglich diesen Gedanken aus und dreht dabei unablässig sein dickes Amtsrohr in den Händen, damit gleichsam wie mit einer Arkebuse auf einen unsichtbaren Gegner zielend.

Er hat den Fall Hus, der ihn so sehr erregte, vergessen.

Er hat eben das Raubschloß erobert und fürchterlich Gericht gehalten.

Er ist jetzt dabei, dem Henker zuzuschauen, der den um Erbarmen winselnden Brüdern vom End je einen hänkenen, gut eingeseiften Strick um den Schwartenhals gelegt hat und nun das andere Ende um den unteren Ast der Burglinde windet.

Ha, jetzt stößt er die Schemel um, auf denen die Brüder stehen; um Hals und Kiefer schließt sich ruckhaft die Schlinge. Eine Weile zappeln die Gehenkten noch mit den Beinen, schleudern die Glieder wie im Krampf und fangen dann zu schaukeln an wie ausgehängte Strohscheuchen im Wind.

Schon sitzen dicke grüne Schmeißfliegen auf der von der Todkampfqual herausgepreßten Zunge. (Forts. folgt.)

Weisheit vom Hakenkreuz.

Vor Beamten und Angestellten der Sozialversicherung.

Die Nazis haben unter denen, die werbenderweise auf das arme Volk losgelassen werden, auch einen namens Speike. Besagter Speike hatte nun in diesen Tagen den Auftrag, alle bei den Trägern der reichsgesetzlichen Sozialversicherung beschäftigten Beamten und Angestellten auf Nazimanier einzuseifen. Noch nicht 200 Personen waren erschienen. Es waren keineswegs alles Nationalsozialisten, denn eine Anzahl Zuhörer klatschte weder Beifall noch stimmte sie in das Hitler-Heil ein.

Speike sollte und wollte über den Aufbau der Sozialversicherung im Dritten Reich sprechen, aber er wetterte in der Hauptsache gegen die Gewerkschaften, gegen den marxistischen Einfluß in der Sozialversicherung und gegen die Parteibuchbeamten in der Invaliden-, Unfall- und Krankenversicherung. Reichsarbeitsminister Stegerwald bekam seinen Teil ab, Wissell blieb nicht verschont. Gegen die Vierzigstundenwoche wurde Sturm gelaufen, gegen die Gewerkschaftsführer wurde Dreck geschleudert, an der SPD. blieb kein gutes Haar und das Ragout garnierte der Speike mit dem Satz: Diese Führer haben Angst vor uns und sie werden einmal auf der Siegesallee bauchrutschend das Pflaster mit der Zunge lecken. Größenwahn eines nationalsozialistischen Zwerges. Es gab noch eine kleine Sensation, die den Leuten am Vorstandstisch recht unangenehm war. Ein unparteiischer Angestellter einer Berufsgenossenschaft stellte nämlich mit starker Entrüstung fest, daß es in seiner Berufsgenossenschaft keine Parteibuchbeamten gebe. Das wurde zustimmend auch von anderen Berufsgenossenschaften bestätigt. Damit war es blitzartig beleuchtet, daß es eine Lüge ist, zu behaupten, die Unfallversicherung wäre von marxistischen Parteibuchbeamten in einen Trümmerhaufen verwandelt worden. Die Ohrfeige saß.

Schließlich gab der Speike noch folgendes Kraftwort von sich: „Wer von den marxistischen Führern noch einmal behaupte, die Nationalsozialisten wollten die Sozialversicherung beseitigen, sei ein abgefeimter Lügner." Man solle ihm wegen dieser Beleidigung verklagen. Der kleine Gernegroß weiß wohl nicht, was Hitlers Beauftragter Wagner vor Industriellen in Augsburg ausgeführt hat. Er möge hören:

„Das Wesen der nationalsozialistischen Produktionspolitik werde sein, die Wirtschaft von allen ungesunden Lasten und Steuern zu befreien, also vor allem Beseitigung des Tarif- und Schlichtungswesens, des gesamten Fürsorgewesens, der Arbeitslosenversicherung, der Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung."

Und wenn auf der zweiten Reichstagung des nationalsozialistischen Aerztebundes Dr. Schönigk-Rottendorf über die Sozialversicherung erklärte,

„sie schwäche und schädige das Volk in seiner moralischen und seelischen Gesundheit und Widerstandskraft, sie züchte körperliche Schwächlinge und seelische Lumpen",

so sind das Beweise genug für die beabsichtigte Beseitigung der Sozialversicherung. Wer lügt also?

Zum Schluß noch eine Bemerkung, die insbesondere den Reichsarbeitsminister Stegerwald angeht. Speike rief aus:

„Herr Stegerwald, die neue Lohnabbauwelle bringt uns wieder Hunderttausende neuer Anhänger."

Das war der einzige Satz in dieser jammervollen Rede, der leider der Wahrheit nahe kam.

Zweite Zahlung für Beamte.

Am 10. Mai.

Den Beamten und Festangestellten, die am 30. April ein Drittel der Bezüge erhalten haben, wird am 10. Mai eine Teilzahlung in Höhe von 100 Mark gezahlt. Den Angestellten (soweit sie Vorausempfänger sind) wird der Betrag des Unterschiedes zwischen dem bereits gezahlten Drittel und der Hälfte der Maibezüge am gleichen Tage ausgezahlt. Falls Beamten und Festangestellten für Mai überhaupt nur noch Beträge bis zu 100 Mark zustehen, erhalten sie am 10. Mai den vollen Betrag. Verbleiben für Mai nur noch Restbeträge von nicht mehr als 5 Mark, so werden diese am 10. Mai mitausgezahlt.

Den Rest der Maibezüge erhalten Beamte, Festangestellte, Angestellte (letztere, soweit Vorausempfänger) am 20. d. M. Alle Versorgungsempfänger (ehemalige Beamte, Festangestellte, Angestellte und Arbeiter und deren Hinterbliebene), denen am 30. April die Hälfte der Bezüge gezahlt ist, erhalten am 20. d. M. die zweite Hälfte ihrer Versorgungsbezüge.

Großfeuer im Tobis-Klangfilm.

In den Filmwerkstätten der Tobis-Klangfilm in Epinay bei Paris kam ein Großfeuer aus. Die Räume, in denen die Negative zusammengestellt werden, sind mit zahlreichem Material ein Opfer der Flammen geworden. Drei Angestellte erlitten zum Teil schwere Brandwunden. Der Sachschaden ist beträchtlich, da die Negative mehrerer eben fertiggestellter Filme mitverbrannt sind.

Zusammenkunft aller Parteireferenten

Am Dienstag, dem 10. Mai 1932, pünktlich 19.30 Uhr, im „Deutschen Hof", Luckauer Straße 15 (Musensaal) Vortrag des Genossen Dr. Hamburger, MdL. über das Thema:

„Die augenblickliche politische Situation"

Parteimitgliedsbuch ist neben dem Einladungsschreiben am Saaleingang vorzuzeigen. **Der Bezirksvorstand.**

Hauszinssteuerstundungen für 1932.

Die Hauptsteuerverwaltung teilt mit: Vom 1. April 1932 ab ist die Hauszinssteuer um 20 Proz. gegen 1930 gesenkt worden. Von dieser Senkung werden auch die Mieter betroffen, denen der auf ihre Wohnung entfallende Anteil der Hauszinssteuer ganz oder zum Teil gestundet worden ist, denn wenn die Steuer für das ganze Haus geringer ist, so muß auch der in der Miete enthaltene Teil der Steuer, der auf eine Wohnung entfällt, geringer sein. Soweit sich also Stundungsbeträge für Mieter in dem Rahmen der Senkung gegen früher verändert haben, sind Rückfragen bei den Steuerkassen zwecklos, weil ihre Entscheidungen durch die gesetzlichen Bestimmungen gebunden sind.

Zwischen Tunnel- und Wagenwand.

Auf dem U-Bahnhof Kochstraße ereignete sich gestern ein entsetzlicher Unfall. Der 56jährige Zeitungshändler Paul Kowalski aus der Lilienthalstraße in Adlershof versuchte einen bereits in Fahrt befindlichen Zug zu besteigen, blieb mit seiner Zeitungstasche an dem Wagenverschluß hängen und wurde zwischen Tunnelwand und Wagen eingeklemmt. Nachdem die Strecke stromlos gemacht worden war, wurde der Verunglückte von der Feuerwehr aus seiner furchtbaren Lage befreit. K. fand in der Charité Aufnahme, wo er mit inneren Verletzungen bewußtlos darniederliegt.

Vor der elterlichen Wohnung in der Waitzstraße 24 in Charlottenburg wurde gestern der 10 Jahre alte Schüler Herbert Müller von einem Traktor überfahren. Die Räder des schweren Fahrzeugs gingen so unglücklich über das Kind hinweg, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Der Führer des Traktors, der den Unfall durch leichtsinniges Fahren verursacht haben soll, wurde festgestellt.

Verhaftung eines Geschäftsführers.

Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft II ist der in Berlin-Grunewald wohnende Geschäftsführer des Flugverbandshauses, Hauptmann a. D. Fritz Listemann, unter dem dringenden Verdacht der Unterschlagung erheblicher Summen verhaftet worden; es soll sich um etwa 200 000 Mark handeln. Obwohl er gar kein Flieger ist, war er merkwürdigerweise Flugsachverständiger beim Handelsgericht.

Selbstmord eines zum Tode Verurteilten.

Im Gerichtsgefängnis zu Oels hat sich der vor einigen Monaten vom dortigen Schwurgericht auf Grund eines komplizierten Indizienbeweises zum Tode verurteilte Maschinenarbeiter Labus erhängt. Er war seinerzeit beschuldigt, die Hausangestellte Karrasch aus Saleschе im Kreis Namslau ermordet zu haben. Die Revision des Urteils wurde vor wenigen Tagen vom Reichsgericht verworfen.

Eine gute Wette: 5:13 628. Bei dem letzten Wettrennen in Budapest gewann die Frau eines einfachen Polizeimannes auf 5 Pengö (etwa 4 Mark) nicht weniger als 13 628 Pengö. Es handelt sich um eine sogenannte Doppelwette.

Wetteraussichten für Berlin. Wechselnde, meist stärkere Bewölkung, Regenfälle, kühler, auffrischende westliche Winde. — **Für Deutschland.** Im Süden und Osten nach kurzer Besserung wieder trübe mit Regenfällen. In Mittel- und Westdeutschland Uebergang zu veränderlichem Wetter mit Schauern.

Vorträge, Vereine und Versammlungen

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Sebastianstr. 37—38, Hof 2 Tr.

Lichtenberg (Ortsverein). Dienstag, 10. Mai, 19½ Uhr, bei Schwarz, Caprivialle 104. Versammlung des Tambourkorps zwecks Reorganisation. Alle ehemaligen Mitglieder des Korps sowie Kameraden, die neu eintreten wollen, sind eingeladen.

Verein Friedeberg, Neumark und Umgegend, zu Berlin. Sitzung, Dienstag, 10. Mai, 20½ Uhr, Prälaten, Alexanderplatz.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen, Ortsgruppe Westen. Bezirksversammlung und Zahlabend im Nationalhof, Bülowstr. 37, 20 Uhr. — **Bezirk Osten V.** Dienstag, 20 Uhr, Große Frankfurter Str. 30. Referat: Versicherung und Krankenkasse.

Deutscher Freidenkerverband, E. V., Kreis Lichtenberg. Dienstag, 10. Mai, 19½ Uhr, bei Roßli, Gürtelstr. 28, Mitgliederversammlung der Straßenzüge Gürtel-, Dosse- und Kronprinzenstraße. Vortrag des Genossen Mehlhose: Unsere Freidenkerbewegung. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Kurzschriftverein Berlin-Kreuzberg (Stolze-Schrey). Dienstag, 10. Mai, 19½ Uhr, Knabenschule Müllerstr. 158, Ecke Triftstraße, Uebungsstunde. Gäste willkommen.

Polizeisportverein Berlin, e. V., Abteilung Einheitskurzschrift. Regelmäßige Uebungsabende an allen Wochentagen außer Sonnabends und Sonntags im Polizeischulgebäude, Hannoversche Str. 28—30, 2. Stock, Z. 10. Beginn 19½ Uhr. Anfänger-, Fortbildungs- und Redeschriftkurse. Auch für Zivile.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin

Todesanzeige

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Former

Josef Kolar

geb. 2. Februar 1877, am 7. Mai gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Einäscherung findet am Donnerstag, dem 12. Mai, 18¼ Uhr, im Krematorium Wilmersdorf, Berliner Straße 101/103, statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.

Die Ortsverwaltung.

Einheitsverband d. Eisenbahner Deutschlands, Ortsgruppe Berlin

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Verbandsmitglied, der Lokomotivführer

Karl Wohlfarth

vom Bahnbetriebswerk Tempelhof-Ring, am Freitag, dem 6. Mai, verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Einäscherung findet am Mittwoch, dem 11. Mai, 17.30 Uhr, im Krematorium Wilmersdorf statt.

Rege Beteiligung erwartet

Die Ortsverwaltung.

Sommerfrische. Sächsische Schweiz. Kleines Landhaus, an der Elbe gelegen, nahe böhmische Grenze, Dampfschiff- und Eisenbahnstation, Wald und Wiesen, bietet Erholung. Zimmer mit Bett pro Woche 8 M. Einzelne Mahlzeiten nach Wunsch. Anfrag.: **Grete Rasch, Krippen,** Knusperhäusel (Sächsische Schweiz).

Genossen, kommt an den Rhein!

Pension Basquit

Bacharach a. Rh., Auf der Mauer. Ganze Pens. 4.50 M. Bad im Hause. Zim. m. Frühst. 2.25 M. Rheinterrasse

Zinsser-Knoblauch-Saft

tausendfach bewährt bei: Arterienverkalkung, Rheumatismus, hohem Blutdruck, Herzbeschwerden, Asthma, Hämorrhoiden, Leber- und Gallenleiden und allen Stoffwechselstörungen. Flasche 3 M (reicht 5 Wochen). Versuchsflasche 1 M (1 Woche ausreichend).

Ihr Knoblauchsaft wirkt wohltuend auf den gesamten Organismus, Verdauung, Appetit u. Schlaf ist bedeutend besser. Ich spreche Ihnen daher meine vollste Anerkennung aus. gez. Frau Geheimrat Beyersdorf, Stettin, Bismarckstr. 16, III

In Apotheken und Drogerien zu haben, sonst direkt

Dr. Zinsser & Co. G. m. b. H.

Leipzig 75

Engros-Auslieferungslager: Berlin C 25, Prenzlauer Straße 20, Tel.: E 2, Kupfergraben 2274.

60 000 Anerkennungen über Zinsser-Mittel.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Donnerstag, den 12. Mai, abends 7 Uhr, im Parterresaal des Verbandshauses, Elsässer Straße 86/88, Eingang B

Branchen-Versammlung der Eisen- und Revolverdreher, Rundschleifer und Dreherinnen

Tagesordnung:

1. Bericht vom außerordentlichen Gewerkschaftskongreß. Referent: Kollege Fritz Köcher.
2. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert! Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Die Ortsverwaltung.

KLEINE ANZEIGEN

Preise: Überschriftswort 20 Pfennig, Textwort 10 Pfennig

Wiederholungsrabatt: 5 mal 5 %, 8 mal 7½ %, 12 mal 10 %, oder 1000 Worte Abschluß 10 %, 2000 Worte 15 %, 4000 Worte 20 %. Annahme durch den Verlag, Lindenstraße 3 (½9 bis 5 Uhr), sämtliche Vorwärts-Filialen und -Ausgabestellen, sowie alle Annoncen-Expeditionen

Verkäufe

Tapeten Stillat, Kolonistraße 9.

Kleidungsstücke, Wäsche usw.

Wenig getragene Kavaliergarderobe von Millionären, Aerzten, Anwälten. Fabelhaft billige Preise. Empfehle Taillenmäntel, Paletots, Fracks, Smokings, Gehrockanzüge, Hosen, Sportgehpelze, Damenmäntel. Gelegenheitskäufe in neuer Garderobe. Weiter Weg lohnend. Lothringerstraße 56, 1 Treppe, Rosenthaler Platz.

Möbel

Reklameangebot. Speisezimmer 215,— bis 965,—. Roßlen, Kastanienallee 57.

Polierte Schlafzimmer, Speisezimmer 475,—. Schrager, Kastanienallee 45.

Lindenstraße 71—72. Schreibtische 30,—, Stühle 3,—, Regale 10,— an. Im Hofspeicher.

Kleiser, 800 Zimmer am Lager. Alexanderplatz.

Couches, Patentmatratzen, Auflegematratzen, Metallbetten. Walter, Stargarderstraße achtzehn. Kein Laden.

Bildschöne Couchs 45,—, Ruhebetten 18,—, Kastenruhebett 45,—, direkt Polsterei, Paul-Singer-Straße 36.

Polstermöbel- Großlager zu Kleinpreisen. Kamerling, Kastanienallee 48 (Ecke Fehrbellinerstraße).

Eine sensationelle Nachricht! Sie kaufen jetzt! Schlafzimmer, Eiche, 275,—! Schlafzimmer, Nußbaum, 290,—! Schlafzimmer, Birke, 490,—! Herrenzimmer, 2,20 Meter, pol., 290,—! Speisezimmer 275,—! Ankleideschränke 40,—, 65,—! Entzückende Küchen 65,—! Vertikows 18,—. Zahlungserleichterung. Schrager, Kastanienallee 45, Hofgebäude.

Wenig gebrauchte Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer u. Küchen zu außergewöhnlich billigen Preisen. Teilzahlung gestattet. Verkauf nur in unseren Ausstellungsräumen, Choriner Str. 84, direkt am Rosenthaler Platz.

Greifen Sie zu! Mahagoni-Schlafzimmer, beste Tischlerarbeit, prima Zubehör, komplett 520 M. Moritz Hirschowitz, Südosten, Skalitzerstraße 35, Hochbahn Kottbusser Tor.

Seltene Gelegenheit! Gediegen gearbeitetes Speisezimmer, Eiche m. Nußbaum, 2-Meter-Büfett, komplett 540,— M. Moritz Hirschowitz, Osten, Andreasstraße 30.

Musikinstrumente

Konzertzither billig zu verkaufen. Stiller, Wollinerstraße 5.

Radio

Radioanlagen, alle Marken auf kleinste Monatsraten, unverbindliche Vorführungen. Eglass, Dresdenerstraße 99, kein Laden. Teleph.: Jannowitz 0485.

Radioaustausch bei Stromänderung. Hallesche straße 23. Bergmann 0985.

Sport

Mercedesfaltboote Zelte, Zubehör. Blücherplatz 2.

Kaufgesuche

Zahngebisse, Platinabfälle, Quecksilber, Zinnmetalle. Silberschmelze. Goldschmelzerei. Christionat, Köpenickerstraße 29. Haltestelle Adalbertstraße.

Verschiedenes

Bootshaus in Tiefwerder gegen Pachtübernahme. Szamann, Neukölln 7166.

Wäschereien

Wäscherei „Alt-Köpenick", Adlershof, Auguste-Viktoria-Straße 1. Telephon: Adlershof 7964, wäscht zu billigen Preisen. Abholung Donnerstag.

Vermietungen

Wohnungen

Ohne Einschreibegeld vermittelt Wohnungsheld, Neue Königstraße achtunddreißig, direkt Alexanderplatz.

Internationales Avus-Rennen 8. Mai 1932

Nicht weniger als 7 Fahrer siegen mit CONTINENTAL-Reifen:

Borck auf BMW · Lauber auf DKW · Schoth auf BMW

Schneider auf Velocette · Loof auf Imperia · Winkler auf DKW

Wiese auf BMW als Schnellster des Tages

mit 153 km/Std. Durchschnitt

gewinnt den „Großen Preis der Stadt Berlin" und den Preis des Herrn Reichspräsidenten

Continental Kraftradreifen

Immer und überall bewährt!

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten

Beginn aller Veranstaltungen 19½ Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

Heute, Dienstag, 10. Mai:

11. **Kreis.** Werbeabend der SAJ. in der Aula der Wartburgschule pünktlich 20 Uhr. Zur Aufführung gelangt ein Stegreifspiel: Unser Gruppenleben. Wir bitten die Parteimitglieder, die Veranstaltung zu besuchen und der SAJ. fernstehende Jugendliche zuzuführen.
14. **Kreis.** Die Kassierer werden gebeten, die nicht verkauften Maifeierkarten umgehend im Parteibüro abzurechnen.
17. **Kreis. Deutscher Freidenkerverband.** Heute, 20 Uhr, Mitgliederversammlung der Straßenzüge Gürtel-, Dosse- und Kronprinzenstraße bei Rolski, Gürtelstr. 28. Vortrag des Genossen Mehlhose: Unsere Freidenkerbewegung. Mitgliedsbuch dient als Ausweis.
47. **Abt.** Heute, 20 Uhr, Funktionärbesprechung im bekannten Lokal.
127. **Abt.** Besprechung der jüngeren Parteimitglieder wegen der Pfingstfahrt nach der Mitgliederversammlung am Mittwoch.

Mitgliederversammlungen und Zahlabende am Mittwoch, 11. Mai.

Das Thema lautet in allen Zahlabenden und Mitgliederversammlungen, sofern keine besonderen Angaben gemacht sind: „Nach der Preußenwahl — politische Lage".

6. **Abt.** Zahlabende in folgenden Lokalen: Gruppe Seifert, Schwedter Str. 22; Schulz, Elsässer Str. 86; Hacker, Swinemünder Str. 11; Rudolf, Schwedter Ecke Rheinsberger Straße.
7. **Abt.** Zahlabende in den bekannten Lokalen. Bei Bärwalde, Schlegelstr. 8. Referent: Leo Sternberg.
8. **Abt.** Zahlabende bei Seiler, Steinmetzstr. 29. Referent: Dr. Alfred Gurau. Bei Ploth, Lützowstr. 7. Referent: Arthur Börner.
10. **Abt.** Mitgliederversammlung im Patzenhofer, Turmstr. 28.
14. **Abt.** Zahlabende in den bekannten Lokalen.
15. **Abt.** Zahlabende bei Koppraich, Vinetaplatz 8. Referent: Hanns H. Kamm; bei Lenz, Demminer Str. 10; bei Obiglo, Stralsunder Str. 11; Referent: A. Hugger; bei Kerchen, Stralsunder Str. 58; bei Albekke, Bernauer Straße 94; bei Kurbowski, Feldstr. 3. Referent: Walter Raue.
16. **Abt.** Die Zahlabende finden in den bekannten Lokalen statt.
17. **Abt.** Zahlabende in den bekannten Lokalen.
18. **Abt.** Zahlabende bei Sachse, Lindower Str. 26; Schade, Ksliner Str. 9; Simon, Hochstr. 42; Kreplin, Pankstr. 42; Gorgaß, Uferstr. 12; Kemnitz, Uferstr. 13.
19. **Abt.** Zahlabende in den bekannten Lokalen. 809. Bezirk bei Schrepel, Grünthaler Str. 18. Referent: Siegfried Leo. 811. Bezirk im Lokal Grünthaler Str. 86. Referent: Eduard Zachert. 815. Bezirk bei Wiener, Soldiner Straße 8. Referent: Dr. Greil.
20. **Abt.** Heute, Dienstag, 10. Mai, bei Ronike, Schul- Ecke Christianiastraße. Referent: Leo Sternberg. Mittwoch, 11. Mai, bei Stenzel, Schwedenstr. 13. Referent: Heinz Löwi. Bei Wende, Koloniestr. 147. Referentin: Frieda Rosenthal; bei Pose, Koloniestr. 13. Referent: August Niemann; bei Tismer, Kolonie- Ecke Zechliner Straße. Referent: Dr. Walter Groß.
21. **Abt.** Zahlabende in den bekannten Lokalen. Der Bezirk 746 hält seinen Zahlabend im Lokal Hermes, Müllerstr. 25, ab.
22. **Abt.** Zahlabende bei Loschke, Antwerpener Str. 9. Referentin: Minna Todenhagen; bei Roß, Antwerpener Str. 6. Referent: Paul Hoffmann; bei Roman, Lütticher Ecke Brüsseler Straße. Vortrag: „Der Etat Berlins". Referent: Paul Robinson; bei Borkowski, Brüsseler Str. 43. Referent: J. Geil; bei Senkel, Utrechter Str. 10. Referent: Fritz Zimmermann; bei Freitag, Luxemburger Ecke Genter Straße. Referentin: Dr. Maria Hirsch; bei Barts, Föhrer Str. 7.
23. **Abt.** In allen bekannten Lokalen Zahlabende. Vortrag und Diskussion: „Was wird in Preußen?"
24. **Abt.** Zahlabende in den bekannten Lokalen.
24a. **Abt.** Carl-Legien-Gruppe. „Hermannsheim."
25. **Abt.** Zahlabende an bekannter Stelle.
27. **Abt.** Zahlabende in den bekannten Lokalen.
28. **Abt.** Mitgliederversammlung. **Achtung, neues Lokal!** Im Arbeiter-Samariter-Bund-Haus, Jostystr. 4 (beim Kaufhaus Jonas). Referent: Jockel Meier. Funktionäre eine Stunde früher.
30. **Abt.** Zahlabende in den bekannten Lokalen.
31. **Abt.** Zahlabende bei Goldschmidt, Stolpische Str. 36. Semprich, Bornholmer Straße 72, Meißner, Schivelbeiner Str. 34.
32. **Abt.** Zahlabende in folgenden Lokalen: Gruppe 1 bei Ewert, Gr. Frankfurter Str. 30. „Mieterrecht und Mieterschutz". Referent Stadtrat Fabrunke; Gruppe 2 bei Hübner, Paul-Singer-Straße 63; Gruppe 3 bei Drescher, Stralauer Platz 5; Gruppe 4 bei Haberland, Andreas- Ecke Holzmarktstr.; Gruppe 5 bei Valentin, Krautstr. 36a; Gruppe 6 bei Walkow, Krautstraße 36a; Bez. 304/05 bei Schröder, Friedrichsfelder Str. 24.
33. **Abt.** Zahlabende bei Müller, Referent F. Pohling: „Neues aus dem Bezirk Friedrichshain"; bei Bekold, Referent Gen. Kirsch „Politische Lage"; bei Loiak, Referent: Gen. Grünzel „Reparationen und Staatspolitik"; bei Bertalla, Referent O. Theuner „Reparationen und Staatspolitik"; bei Hoffmann, Referentin Else Michaelis „Das Wirtschaftsprogramm der freien Gewerkschaften"; bei Ballenbach, Referent K. Lehrer „Das Wirtschaftsprogramm der freien Gewerkschaften".
35. **Abt.** Zahlabende: 1. Gruppe Keim, Rigaer- Ecke Proskauer Str.; 2. Gruppe Witt, Rigaer- Ecke Voigtstr.; 3. Gruppe Schulz, Samariterstr. 20; 4. Gruppe Lemble, Schreinerstr. 38; 5. Gruppe Graupner, Voigtstr. 25.
36. **Abt.** Zahlabende: 1. Bezirk bei Busch, Tilsiter Str. 27; 2. Bezirk bei Horn, Fernhofer Ecke Löwestr.; 3. Bezirk bei Kiesch, Petersburger Straße.
37. **Abt.** Zahlabende: 1. Bezirk bei Zepke, Ebertystr. 7; 2. und 3. Bezirk bei Jerasch, Ebertystr. 19; 4. bis 6. Bezirk bei Maschke, Matternstr. 14.
38. **Abt.** Zahlabende: Bezirk 180a bei Guß, Wilhelm-Stolze-Str. 34. Referent Gen. Kiekling; Bezirk 181, 185 bis 187 an bekannter Stelle. Referent Gen. Rochowski; Bezirk 188 und 195 bei Späth, Georgenkirchstr. 65. Referent Gen. Büchner. Alle anderen 12 Bezirke an bekannter Stelle.
39. **Abt.** Mitgliederversammlung im Baugewerkshaus, Graßbeerenstr. 96. „Polizei und Arbeiterschaft". Referent Ernst Hildebrandt.
40a. **Abt.** Zahlmorgen früh 5 Uhr im Markgrafeneck, Markgrafen- Ecke Besselstr. „Zwischen Reich und Preußen". Referentin Mathilde Wurm, M. d. R.
41. **Abt.** Zahlabende in den bekannten Lokalen.
42. **Abt.** Zahlabende in den bekannten Lokalen.
43. **Abt.** 20 Uhr, Zahlabende in den bekannten Lokalen.
45. **Abt.** Zahlabende in folgenden Lokalen: Gruppe Ruben, Forster Str. 9. bei Schatisch; Gruppe Hoch, Reichenberger Str. 166, bei Wingier; Gruppe Kinski, Lausitzer Str. 49, bei Minnich; Gruppe Groß, Wiener Str. 57a, Friedenshütte.
46. **Abt.** Mitgliederversammlung in der Schulaula Görlitzer Str. 51. Referent Dr. Korach.
47. **Abt.** Zahlabende 82/83. Stadtbez. bei Rotarius, Adalbertstr. 19; 97. Stadtbezirk bei Lier, Naunynstr. 9; 98. Stadtbez. bei Siedentopf, Muskauer Straße 25; 99/100. Stadtbez. bei Taube, Manteuffelstr. 8; 101/105. Stadtbez. bei Lehmann, Muskauer Str. 1, Ecke Zeughofstr.
48. **Abt.** Zahlabende in den bekannten Lokalen. Bei Ehemann, Brandenburgstraße 12. Referent Alfred Markwitz, bei Buschmann, Ritterstr. 32. Referent Gen. Zippel.
51. **Abt.** Zahlabende: 1. Gruppe bei Schellbach, Königin-Elisabeth-Str. 6. Referent Dr. Milkowski; 2. Gruppe bei Jamin, Sophie-Charlotte-Str. 88. Referent Herbert Dewald; 3. Bezirk bei Homann, Sophie-Charlotte-Str. 78. Referent Walter Friedländer; 4. Gruppe bei Gustl, Badeanstalt Ruhleben. Referent Gen. Amhoff.
53. **Abt.** Zahlabende bei Schweikert, Erasmusstr. 2, bei Luz, Hutten- Ecke Ufnaustr., bei Hamer, Sickingenstr. 55.
54. **Abt.** Die Zahlabende fallen aus.
56. **Abt.** Zahlabend 1. und 3. Gruppe bei Lierich, Kaulsdr. 62, bei Juskowiak, Halgenborfstr. 29. „Rechte und Pflichten der Mitglieder in der Partei". Referent Henry Brunsel.

Während der

Ferien- und Reisezeit

kann der „Vorwärts" und der „Abend" auf jede Dauer allerorts bezogen werden.

Touristen und Wanderer

fordern das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bei den Bahnhofsbuchhandlungen, Zeitungs-Kiosken und sonstigen Verkaufsstellen.

Sommerfrischler

lassen sich den „Vorwärts" durch Postüberweisung nachsenden. Die Postbestellgebühren betragen nur 72 Pf. im Kalendermonat. Wird Nachsendung unter Streifband gewünscht, so beträgt das Porto Wochentags 10 Pf., Sonntags 15 Pf. Benachrichtigung an die Ausgabestelle oder an den Verlag möglichst eine Woche vorher erbeten.

Laubenkolonisten

in Groß-Berlin wird der „Vorwärts" durch Boten zugestellt. Genaue Bezeichnung der Laubenadresse ist erforderlich.

Postabonnenten

müssen die Nachsendung unter Beifügung von 30 Pf. in Marken mindestens 2 Tage vor der Abreise schriftlich bei der bisherigen Zustell-Postanstalt beantragen.

Vorwärts-Verlag Berlin SW 68, Lindenstraße 3 Fernspr. A 7 Dönhoff 292-297

57. **Abt.** Zahlabende 20 Uhr: 1. Gruppe bei Arndt, Kantstr. 31. Referent Bezirksverordneten Gen. Mickler; 2. Gruppe bei Thunack, Wielandstr. 4. Referent Stadtrat Gen. Horlitz; 3. Gruppe in der Sportklause, Wielandstr. 40. Referent Bürgermeister Gen. Dr. Herz.
62. **Abt.** 20 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal „Zum Heidekrug". Inh. Marsand, Nonnendammallee.
78. **Abt.** Zahlabende 20 Uhr: 1. Bezirk bei Wandtke, Bahnstr. 25. Vortrag des Gen. Rein „Nach den Wahlen"; 2. Bezirk bei Küllmer, Hauptstr. 8. Gen. A. Hofmann spricht über „Das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADG.-Bundes"; 3. Bezirk bei Schmidt, Eberstr. 18. Vortrag des Gen. Willi Schröder „Meine Erlebnisse als Arbeiter in Sowjetrußland"; 4. Bezirk bei Christ, Eberstr. 40. Gen. Dr. Krauß spricht über „Was wird in Preußen?".
80. **Abt.** 20 Uhr im Helmholtz-Gymnasium, Rubensstr., Mitgliederversammlung: „Der Ausfall der preußischen Landtagswahlen und unsere künftigen Aufgaben". Ref. Otto Toß.
81. **Abt.** Zahlabende, 20 Uhr, 1. bis 3. Bezirk bei Klabe, Handjerystr. 60/61. „Politische Lage". Ref. Gen. Helwig; 4. und 5. Bezirk bei Baginski, Stubenrauchstr. 22. „Wirtschaftsfragen", Ref. Gen. Klein; 6. Bezirk bei Lehmann, Born- Ecke Büsingstr., „Das Wirtschaftsprogramm der freien Gewerkschaften", Ref. Genossin Schulze.
82. **Abt.** Zahlabende 20 Uhr: 1. und 2. Bezirk bei Schellhase, Albrechtstr. 15a. Referent Jos. Schlipf; 3. und 4. Bezirk bei Richter, Feldstr. 8. „Umbau der Wirtschaft". Ref. Gen. Denicke; 5. Bezirk bei Seliz, Bismarckstr. 65. Ref. Gen. Dittmer; 6. Bezirk bei Mechler, Am Markt 3. Ref. Dr. Haubach; 7. Bezirk bei Bieliger, Südende, Stephanstr. 1 Ecke Albrechtstr., Ref. Bernhard Krüger; 8. Bezirk bei Thiel, Siemens- Ecke Birkbuschstr., „Landwirtschaft und Sozialismus", Ref. Gen. Fengler; 9. Bezirk bei Schulz, Birkbuschstr. 90. Ref. Dr. Eberlein.
83. **Abt.** Zahlabende: West bei Rohde, Haldenburgdamm Ecke Roonstr., Ref. Gen. Rohde; Ost bei Buderick, Lorenzstr. 56, Ref. Dr. Hubert Krüger; Süd bei Fritsch, Berliner Str. 120b.
86. **Abt.** 20 Uhr Zahlabende: 1., 2., 7. Bezirk bei Neumeyer, Kaiserstr.; 3. bis 6. Bezirk bei Görlitz, Chausseestr. 19; 8. bis 10. Bezirk bei Thonen, Friedenstr. 6.
88. **Abt.** 20 Uhr Zahlabend in der Schule Roonstr.
89. **Abt.** Zahlabende: bei Brandt, Pfitznerstr. 19. Ref. Hans Marr; bei Kulisch, Hobrechtstr. 62. Ref. Dr. J. Schlesinger; bei Schulze, Reuterstr. 47. Ref. Kurt Lucke.
92. **Abt.** Zahlabende 20 Uhr: Bez. 29a, 34, 35: Rippert, Harzer Str. 58. Außenpolitische Fragen. F. J. Furtwängler. Bez. 31, 38, 60: Jägerheim, Wildenbruchstr. 81. Die Sozialversicherung. Heinr. Bachhaus. Bez. 32, 33, 37: Fiedler, Schandauer Str. 1. Ref. Willi Wolff. Bez. 36: Fischer, Heidelberger Str. 31. Ref. Kurt Exner. Bez. 39, 81, 82: Wolff, Kaiser-Friedrich-Str. 173. Ref. Karl Baum. Bez. 62, 80, 83: Borchert, Roseggerstr. 9. Ref. Hans Turk. Bez. 63, 79: Simon, Bertheisdorfer Str. 9. Ref. Börner. Bez. 87, 88: Schneider, Rosenstr. 7. In allen Abenden Thema: „Die politische Lage".
93. **Abt.** Zahlabende: Bez. 84, 86, 103: Lokal Damm, Herzbergstr. 22. Bez. 85, 105: Lokal Schumann, Treptower Straße, Ecke Weserstraße. Bez. 104, 111, 114: Lokal Stolz, Böhmische Str. 43/44. Vortrag des Genossen John: „Kommunistisches Manifest". Bez. 106, 107, 110: Lokal Einkopf, Mareschstraße. Genosse Dr. Herz: „Die politische Lage". Bez. 108, 109: Lokal Bürwinkel. Genosse Weinauer: „Wirtschaftskrise und Arbeitsbeschaffung". Bez. 112, 113: Lokal Jost, Biemrystr. 19. Bez. 115: Lokal König, Kannerstraße 14. Bez. 116, 117: Lokal Prikkow, Richardstr. 33. Genossen und Genossinnen erscheint **pünktlich 19½ Uhr.**
94. **Abt.** Zahlabende: Bez. 40, 69: Lokal Aufeld, Lichtenrader Str. 38. Bez. 42, 60: Lokal Lenk, Selchower Str. 6. Bez. 67, 68: Lokal Breuer, Schillerpromenade 39. Bez. 71, 94, 95: Lokal Schräder, Steinmetzstr. 32. Bez. 97, 96: Lokal Amelia, Okerstr. 15. Bez. 70, 98, 96: 8 Tage später bei Amelia, Okerstr. 15.
95. **Abt.** Mitgliederzusammenkünfte. Tagesordnung: 1. Was nun? 2. Geschäftliches und Abteilungsangelegenheiten. 1. Viertel bei Reusch, Jägerstr. 10. Ref. Genosse Reich. 2. Viertel bei Klein, Prinz-Handjery-Str. 34. Ref. Genosse Klaußner. 3. Viertel bei Haase, Steinmetzstr. 78. Ref. Genosse Eichenbrenner. 4. Viertel bei Grieger, Lessingstr. 9. Ref. Genosse Fechner. Mitgliedsbuch dient als Ausweis.
99. **Abt.** Zahlabende in allen Bezirken in den bekannten Lokalen. 147. und 148. Bezirk bei Schmidt, Chausseestr. 27. Ref. Theodor Kobur. 156., 157., 158. und 159. Bezirk bei Tristram, Bürgerstr. 48/49. Ref. Gottlieb Reese.
100. **Abt.** Zahlabend 19½ Uhr bei Ruppert, Neuköllner Straße. Ref. Stadtrat Lucke.
101. **Abt.** Zahlabend in folgenden Lokalen: 1. Bezirk: Grünstr. 1. Referentin Luise Kähler, M. d. L. 2. Bezirk: Manz, Kiefholzstr. 21. „Die internationalen Verpflichtungen des Proletariats." Ref. Gen. Wiggenhausen. Der 3. Bezirk tagt erst 8 Tage später. Näheres wird noch bekanntgegeben. 4. Bezirk: Doehling, Kiefholz-, Ecke Elsenstraße. Ref. Dr. Fritz Schloß. 5. Bezirk: Lokal, Beermannstr. 10. „Die Finanznot der Stadt Berlin." Referentin Ella Kay. 6. Bezirk: Günther, Am Treptower Park 68. Ref. Dr. Hans Wiener.
110. **Abt.** 20 Uhr Mitgliederversammlung bei Werner, Köpenicker Str. 125. Ref. Genosse Plettner.
115. **Abt.** Bei Seipke, Kronprinzenstr. 47, Mitgliederversammlung. Ref. Dr. Cassau. Mitgliedsbuch ist als Ausweis mitzubringen.
118. **Abt.** Bei Tempel, Gudrunstr. 7, Mitgliederversammlung. Ref. Max Ulrich.
119. **Abt.** Zahlabende bei Wegener, Frankfurter Allee 250. Ref. Georg Müller; bei Klucke, Scharfestr. 10. Ref. Franz Böhme; bei Schmidt, Landsberger Chaussee 11. Ref. Heinrich Jakubowicz.
122. **Abt.** 20 Uhr Zahlabend bei Porath, Marzahner Str. 21. „Dialektik und materialistische Geschichtsauffassung des Marxismus." Ref. Dr. Gregor Bienstock.
122a. **Abt.** 20 Uhr Mitgliederversammlung bei Kindscher, Köpenicker Str. 165/167, Bahnstation Wuhlheide. Ref. Richard Junge.
124. **Abt.** Zahlabende finden statt: Mahlsdorf-Ort im Lokal Anders, Bahnhofstraße 35/37; Mahlsdorf-Höhe im Lokal Jakob, Lemkestr. 130. Stadtr. Franz Künning spricht über die politische Situation; Siedlung Teil I im Lokal „Nordstern", Hönower Str. 49; Siedlung Teil II im Lokal Schmidt, Marienburger Str. 8. Gen. Hans Martens spricht über „Politik auf Auslandswanderungen".
125. **Abt.** Zahlabende bei Gollas, Lehderstr. 122. Referentin Marie Krische; bei Fixner, Pistoriusstr. 103b. Ref. Viktor Krüger; bei Tscherwinski, Rölkestraße 172. Ref. Heinz Mann; bei Stärke, Tassostr. 16; bei Kranse, Schönstraße 58. Donnerstag, 12. Mai, Zahlabend bei Peters, Lichtenberger Straße 12.
126. **Abt.** Zahlabende: 1. Bezirk: bei Rood, Kaiser-Friedrich-Str. 33. Ref. Gen. Bergin. 2. Bezirk: bei Griffel, Kaiser-Friedrich-Str. 15. Ref. Wilhelm Tietgens. 3. Bezirk: bei Rober, Berliner Str. 88. Ref. Ernst Neumann. 4. Bezirk: bei Fuhse, Berliner Str. 97. Ref. Dr. Gerhard Luckow. 5. Bezirk: bei Lehmann, Mühlenstr. 38. Ref. Kurt Großmann. 6. Bezirk: bei Bader, Kissingenstr. 4. Ref. Karl Schoobt. 7. Bezirk: bei Heinze, Kissingenstraße 46. Ref. Gen. Dziabeck. 8a. Bezirk: bei Grasse, Kissingenstr. 11. Ref. Georg Wendt. 8b. Bezirk: bei Kaegler, Kissingenstr. 24a. Ref. P. Schaffer. 9. und 10. Bezirk: bei Lehmann, Mühlenstr. 38. Referentin Margarete Schenkolewski.
129. **Abt.** Zahlabende: 1.—4. Bezirk: im Sängerheim, Florastr. 93. Ref. Gen. Hanebuth. 5.—8. Bezirk: im Türkischen Zelt, Breitestr. 14, Marktplatz. Ref. Willi Echte. 9. u. 10. Bezirk: bei Neumann, Mendelstr. 17. Ref. Dr. M. Hanisch.
131. **Abt.** 20 Uhr Mitgliederversammlung bei Pfeiffer, Nordend, Blankenfelder Str. 20. „Die Lehren der verflossenen Wahlen und Bericht vom Bezirksparteitag."
134. **Abt.** Zahlabende. Gruppe 1: im Lokal „Zur Tanne", Bucher Aue 31. Gr. 2: bei Göpfert, am Bahnhof Buch. Gruppe 3: bei Sonnet, Park- Ecke Schönower Straße.
136. **Abt.** Zahlabende in den bekannten Lokalen.
137. **Abt.** Zahlabende in den bekannten Lokalen.
138. **Abt.** Zahlabende: bei Schade, Berliner Ecke Teilstraße; bei Tornow, Schlieper- Ecke Treskowstraße; im Lyzeum Steinbergstraße. Miet- und Wohnungsrecht. Referent: August Battloch.
148a. **Abt.** 20 Uhr Zahlabende in sämtlichen Bezirken in den bekannten Lokalen. Die Bezirksführer laden ein.

*

Kolonie Alpenberge (Buch). Zahlabend Donnerstag, 12. Mai, 20 Uhr, bei Klemmer. Genosse Karl Gawlitta spricht über: Die politische Lage.

Frauenveranstaltung.

136. **Abt.** Donnerstag, 12. Mai, 20 Uhr, Helferinnensitzung in der Baracke Lindauer Straße.

Arbeiter-Bildungsschule.

Der Zentralkursus Friedrich Olk fällt am 10. und 17. Mai aus. Wiederbeginn am 24. Mai.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Tiergarten. Alle Eltern, deren Kinder an der Pfingstfahrt teilnehmen, oder sich am Zelt- oder Rotfalkenlager beteiligen, kommen heute, Dienstag, 18 Uhr, zu einer kurzen Besprechung nach dem Heim Waldenserstraße.

Kreuzberg. Unsere Lagergemeinschaften tagen an folgenden Daten: 11. Mai, 25. Mai, 8. Juni, 22. Juni und 29. Juni. Die Abteilungsleiter müssen ihre Falken darauf aufmerksam machen.

Abt. Steglitz. Gruppe Albrechtstraße. Es wird die Pfingstfahrt besprochen. Bringt neue Kinder mit.

Neukölln. Alle Gruppen, die am Pfingstlager in Brieselang und Heldefee teilnehmen, sind heute, Dienstag, 17½ Uhr, auf dem Sportplatz Sonnenallee. Lagerbesprechung und Zeltverteilung.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

25. **Abt.** Unsere langjährige, treue Parteigenossin Marie Altsch, Berlin NO. 18, Schneidemühler Str. 11, ist am 5. Mai verstorben. Ehre ihrem Andenken. Die Trauerfeier findet am Dienstag, dem 10. Mai, 18½ Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt. Um rege Beteiligung wird gebeten.

63. **Abt.** Am 4. Mai verstarb unser langjähriger lieber Genosse Hans Lange. Ehre seinem Andenken. Einäscherung Dienstag, 10. Mai, 18 Uhr, im Krematorium Wilmersdorf. Um rege Beteiligung wird gebeten.

SAJ Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3, vorn 1 Treppe rechts.

Proletarisches Orchester der SAJ.: 2. Musizierstunde Freitag, 27. Mai, im Saalbau Neukölln, Bergstr. 147. Einlaß 19 Uhr. Beginn 19½ Uhr. Eintritt 30 Pf.

Wanderleiter-Konferenz Mittwoch, 11. Mai, pünktlich 19½ Uhr, im Heim SW., Lindenstr. 4, v. 1 Treppe. Jede Gruppe muß vertreten sein.

Heute, Dienstag, 19½ Uhr.

Arkonaplatz: Elisabethkirchstr. 19. Bunter Abend. — **Gewerkschaftshaus:** Köpenicker Str. 92. Bunter Abend. — **Kölnischer Park:** Waisenstr. 18. Lichtbilder: SAJ. — **Rosenthaler Vorstadt:** Tieckstr. 18, Hof II. Lustiger Abend. — **Zentrum:** Waisenstr. 18. Lichtbildervortrag. — **Brunnenplatz:** Pank- Ecke Wiesenstraße. Gewerkschaften und Wirtschaftskrise. — **Gesundbrunnen I:** Gotenburger Straße 8. Jugendverbände. — **Gesundbrunnen II:** Koloniestr. 6, 3. Hof, IV. Entstehung des Faschismus. — **Humboldthain:** Weiße Schule, Putbusser Str. 3. Entstehung der modernen Arbeiterbewegung. — **Norden:** Lortzing- Ecke Graunstraße. Tagespolitische Fragen. — **Schillerpark:** Schule Schöningstraße. Mitgliederversammlung. — **Wedding:** Wildenowstr. 3, Raum 8. Mitgliederversammlung. — **Wedding-Nord:** Turiner Ecke Seestraße. Freikörperkultur. — **Arnimplatz:** Sonnenburger Str. 20, Zimmer 4. Karl-Marx-Feier. — **Arnswalder Platz I:** Schönlanker Str. 11, Baracke 6. SPD. und SAJ. — **Helmholtzplatz:** Kastanienallee 81. Ferdinand Lassalle. — **Hohenschönhausen:** Dingelstädter Straße. Mädelabend. — **Nordosten I:** Danziger Str. 61, B. 3. Einführung in den Sozialismus, 1. Teil. — **Weißensee:** Lyzeum Parkstraße. Mitgliederversammlung. — **Hasenheide:** Schule Wassertorstr. 4. Aufbau unserer Organisation. — **Köpenicker Viertel:** Manteuffelstr. 7. Mitgliederversammlung. — **Reichenberger Viertel:** Reichenberger Str. 66. Tagespolitik. — **Süden:** Yorckstraße 11. Unsere Volksvertretungen, 2. Teil. — **Südwest:** Lindenstr. 4, v. 4. Sexuelle Frage. — **Friedenau:** Offenbacher Str. 5a. Vortrupp, FSJ. und SAJ. — **Schöneberg I (R.-F.):** Hauptstr. 15. Kapitalistische Produktionsweise. — **Schöneberg II:** Hauptstr. 15. Vom Einzelkampf zum Massenkampf, Lichtbilder. — **Charlottenburg:** Rosinenstr. 4. Preußenwahlen. — **Charlottenburg-Nord:** Kaiserin-Augusta-Allee 97b. Tagespolitik. — **Westend:** Sportplatz Westend. Mitgliederversammlung. — **Steglitz I:** Albrechtstr. 47. Soziales Wandern. — **Neu-Tempelhof:** Wingerstraße. Literarisches. — **Britz:** Rathaus, Chausseestr. 48. Freikörperkultur. — **Neukölln I:** Sander- Ecke Hobrechtstraße. Entwicklung der Gewerkschaften unter besonderer Berücksichtigung der kapitalistischen Krise. — **Neukölln II:** Steinmetzstr. 94. Wandern und Freikörperkultur. — **Neukölln III:** Ziethenstr. 58. Freikörperkultur. — **Neukölln IV:** Kanner Straße. Aufgaben des Arbeitsgerichts. — **Neukölln VI:** Treptower Str. 85. Abrüstung, Aufrüstung, Pazifismus und wir. — **Neukölln VII:** KWG. Freikörperkultur. — **Neukölln VIII:** Rütlischule. Die Gewerkschaften im öffentlichen Leben. — **Neukölln IX:** Schule Mariendorfer Weg, 2 St., Zimmer 36 oder 38. Wie entsteht der kapitalistische Reichtum?, 1. Teil. — **Neukölln X:** Bergstr. 29. Wirtschaft in USA., 1. Teil. — **Neukölln XI:** Flughafenstr. 69. Werbeabend. — **Treptow:** Elsenstr. 8. Unsere Fahrten. — **Köpenick I:** Grünauer Str. 5. Liederabend. — **Köpenick II:** Dahlwitzer Str. 15. Fahrtbesprechung. — **Karlshorst:** Treskowallee 44. Generalprobe. — **Karlshorst:** Schule. Turnen. — **Lichtenberg-Nordwest:** Dossestr. 22. Sexuelle Fragen. — **Hermsdorf:** Turnhallengebäude Ronnstraße. Politisch-satirisches Abend. — **Reinickendorf-Ost:** Lindauer Str. 1. Mitgliederversammlung. — **Tegel:** Schöneberger Str. 3. Das Sozialistengesetz. — **Wittenau:** Hauptstr. 13. Mitgliederversammlung. — **Karow:** Freundsbergstr. 9. Aussprachenabend. — **Niederschönhausen:** Lindenstr. 47. Heimabend.

SSG. Reinickendorf-Tegel: 17½ Uhr, Tegel, Schöneberger Str. 3. Weltanschauung und Religionen des Ostens. Referent: Gen. Biging.

Werbebezirk Prenzlauer Berg: Wanderleiterkonferenz um 20 Uhr in der Schule Danziger Str. 23.

Werbebezirk Schöneberg: Werbeabend in der Aula der Wartburg-Schule pünktlich um 20 Uhr. Stegreifspiel: Unser Gruppenleben.

*

Werbebezirk Westen: Donnerstag, 12. Mai, Werbebezirksmitgliederversammlung in Charlottenburg, Rosinenstr. 4. Probleme der Gegenwart. Referent: Genosse Dr. A. Schröder.

Theater, Lichtspiele usw.

Staats Theater

Dienstag, den 10. Mai

Staatsoper Unter den Linden

20 Uhr

Falstaff

Staatl. Schauspielhaus Gendarmenmarkt. 20 Uhr. Geschichte Gottfriedens von Berlichingen

Schiller-Theater Charlottenburg. 20 Uhr. **Nathan der Weise**

LUNA PARK Kostet weniger Bietet mehr! 50 Pfg. WELLENBAD

SCALA Tägl. 5 u. 8½ Uhr **HANUSSEN** LA JANA ANTON DOLIN u. weitere 7 Attrakt.

PLAZA Nähe Schles. Bhf. [illegible] **Die Dubarry**

Volksbühne Theater am Bülowplatz 8 Uhr **Sturm im Wasserglas** mit Hansi Niese

Staatl. Schiller-Theater 8 Uhr **Nathan der Weise**

Winter Garten 8.15 Uhr Flora 3434 Rauchen erlaubt **Die Varieté-Revue „O schöner Mai"** „Baumblüte" u. „Von Lenz u. Liebe"

Unwiderruflich nur im Mai täglich 8 Uhr **GROSSES SCHAUSPIELHAUS DIE SCHÖNE HELENA** MAX REINHARDT INSZENIERUNG

Sommerfrische **Schöna** (Sächs. Schweiz) empfiehlt sich bestens. C-Prospekte durch Gemeindeverwaltung und die Geschäftsstelle des „Vorwärts"

Städt. Oper Charlottenburg Bismarckstraße 34. Dienstag, 10. Mai Turnus II **Friedemann Bach** Salvatini, Schirach, Friedrich Fidesser, Hüsch, Baumann. Anfang 20 Uhr Ende 22.30 Uhr

Deutsches Theater 8 Uhr Letzte 2 Aufführung. **Vor Sonnenuntergang** v. Gerh. Hauptmann Regie: Max Reinhardt

Lessing-Theater Heute 8 Uhr Uraufführung **Madonna wo bist Du?** Oper. v. Berlach-Hanelbach Erika v. Thellmann Theodor Loos

HAUS VATERLAND KURFÜRST 7480 **Das Vergnügungs-Restaurant Berlins** BETRIEB KEMPINSKI

Rose-Theater Große Frankfurter Straße 132 Tel. Weichsel E 7 3422 8.15 Uhr **Die Frau, die jeder sucht**

Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN im „Vorwärts" und trotzdem **!! billig !!**

Für großes **Stadion-Restaurant** auf Massenbetrieb eingestellt, in Großstadt der Provinz Sachsen, wird zahlungsfähiger tüchtiger Pächter gesucht. Das Stadion ist von der Stadt aus leicht zu erreichen, besitzt moderne Sportanlagen, u. a. Schwimmbad mit Strand, Tennisplätze, Autoparkplatz usw. Erforderliches Eigenkapital 40 000,— M. Interessenten werden gebeten, ausführliches Angebot unter **N. 190** an die Expedition dieser Zeitung zu richten

Feuersozietät der Provinz Brandenburg

Gemeinnützige Brandversicherungsanstalt ö. G.

Auszug aus der Bilanz für das Rechnungsjahr 1931

Aktiva:	RM.
Wertpapiere	2 138 408,12
Hypotheken- und Grundschuldforderungen	2 684 302,15
Grundbesitz	854 562,96
Sonstige Vermögensbestände	1 293 328,01
Guthaben bei Kreditanstalten	791 143,69
Passiva:	RM.
Schadenreserven	2 119 106,01
Technische Reserven und Rücklagen	6 409 492,54

Auszug aus den Einnahmen und Ausgaben Rechnung für 1931

Einnahmen:	RM.
Beitragseinnahme	11 247 441,92
Zinsen und Mieten	732 321,59
Ausgaben:	RM.
Schadenzahlungen	5 489 497,76
Verwaltungskosten	2 097 576,88
Steuern und öffentliche Abgaben	609 928,—
Beiträge für Brandverhütung und Brandbekämpfung	1 132 370,78
Abschreibungen	192 541,11
Beitragsüberträge	534 366,29
Zunahme der technischen Reserven	1 358 186,39
Ueberschuß-Rückerstattungen an Versicherungsnehmer	899 815,60

Das Zementkapital provoziert.

Demagogische Krisenbetrachtungen des Heidelberger Konzerns.

Der große süddeutsche Konzern „Portland Zementwerke Heidelberg-Mannheim-Stuttgart A.-G." veröffentlicht jetzt Jahresabschluß und Geschäftsbericht für 1931. Die Verwaltung, der unter anderem als Aufsichtsratsmitglieder die aus dem Schultheiß-Prozeß bekannten Generaldirektoren Ludwig Katzenellenbogen, Erich Penzlin sowie Walter Sobernheim angehören, stellt in ihrem Jahresbericht Betrachtungen zur Krise an, die das Tollste vom Tollen darstellen, was jemals von Konzernmagnaten in wirtschaftspolitischen Fragen an Verdrehungen geleistet worden ist.

So wird rundweg erklärt, daß „die teuren Stillegungskosten in Verbindung mit den Preissenkungsmaßnahmen der Regierung" in Zukunft jede Grundlage der Rentabilität vernichten. Staatliche Eingriffe, wie der erzwungene Abbau der Kartellpreise, so heißt es weiter, nähmen keine Rücksicht auf die Wirtschaftlichkeit der Werke und hätten zur Folge, daß die Industrie nicht mehr mit Gewinn arbeiten könne. Ferner werden diese staatlichen Preiseingriffe dafür verantwortlich gemacht, daß die bisher geübte soziale Rücksichtnahme (??) nicht mehr aufrechtzuerhalten sei. Sodann nimmt der Bericht zu den Konflikten im Westdeutschen Zementsyndikat Stellung, wo es bekanntlich seit Jahren erbitterte Kämpfe zwischen dem Syndikat und den Außenseiterwerken gibt. Die Außenseiter sind für den Heidelberger Konzern Unternehmungen, die „nach wie vor die allgemeinen Belange (!) schädigen".

Die Demagogie, die in diesem Geschäftsbericht sich geradezu überschlägt, ist schon nicht mehr zu übertrumpfen. Der von der Regierung erzwungene Abbau der wucherischen Kartellpreise ist also jetzt schuld daran, daß es der Zementindustrie schlecht geht. Man muß schon sagen, daß es eine Verdrehung sondergleichen ist, diese Preissenkung mit den „teuren Stillegungskosten" der Zementkonzerne auf einen Nenner zu bringen. Die Verwaltung des Heidelberger Konzerns sollte aus ihrer eigenen Geschäftspraxis wissen,

welche Orgien die Kapitalverwüstung in der Zementindustrie gefeiert

hat. Wir erinnern nur daran, daß die Verwaltung des Heidelberger Konzerns noch bei absteigender Konjunktur sich den Aufkauf eines Außenseiters, der den Kartellpreiswucher nicht mitmachen wollte, eine Million Mark hat kosten lassen, und dann im Jahre 1930, ein Jahr nach Aufkauf dieses teuren Werkes, die Betriebe stillegte und 900 000 Mark darauf abschreiben mußte. Von dem in nächster Nachbarschaft geplatzten Konzerngeschwür Wicking will man in Heidelberg auch nichts wissen, denn der Zusammenbruch des westdeutschen Wickingkonzerns liefert

ein klassisches Beispiel für die Mißwirtschaft, die bei den führenden Zementkonzernen in der Stickluft der Monopolpolitik gedeihen

konnte. Die Außenseiter als Schädlinge der Allgemeinheit hinzustellen, ist nun schon der Gipfel, denn wenn es in der Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit Schädlinge der Allgemeinheit gegeben hat, so saßen diese in den Kartellen, deren Monopolpolitik ein Hohn auf die Interessen der Gesamtheit war. Von der speziellen Verantwortung der Zementkartelle am Niedergang der deutschen Konjunktur kann die Bauwirtschaft ein Lied singen. Eine glatte Provokation der Oeffentlichkeit aber ist es, wenn die Verwaltung erklärt, infolge der staatlichen Preiseingriffe auch keine soziale Rücksichtnahme mehr üben zu können. Die Zementmagnaten haben weder in der Hochkonjunktur, wo Durchschnittsdividenden von 10 bis 15 Proz. zur Ausschüttung gelangten, soziale Rücksichten in Lohnfragen, noch haben sie eine solche in Krisenzeiten bei ihrer Stillegungspolitik ausgeübt. **Brutal gegen ihre Belegschaften, rücksichtslos gegen die Verbraucher und provokatorisch gegen die Staatsführung — das ist von jeher das wahre Gesicht des monopolistischen Zementkapitals gewesen.**

Die Messe in Paris.

Jetzt Leipzigs größte Konkurrentin. — Die deutschen Aussteller.

Paris, 7. Mai (Eigenbericht).

Die Pariser Messe, die im Mai jeden Jahres stattfindet, hat sich in den letzten Jahren durch ihre räumliche Größe, durch die Zahl der Aussteller und der Besucher neben Leipzig zu der zweitwichtigsten europäischen Mustermesse entwickelt. Sie hat auch die Lyoner Messe, die früher die führende Stellung in Frankreich einnahm, bei weitem überflügelt. Vor der Leipziger Messe hat die Pariser Messe den Vorteil voraus, daß alle Ausstellungsobjekte auf einem einzigen Gelände vereinigt sind, was den Käufern viel Zeit erspart.

Der bedeutendste Teil der Messe ist freilich nicht der technische wie in Leipzig, sondern die Abteilung für Nahrungsmittel. Der in ihr befindliche Weinsalon beherbergt eine vollständige Ausstellung aller französischen Weine und Spirituosen. Einen sehr großen Raum nehmen auch die Möbelausstellung und die Bauabteilung ein. Besondere Erwähnung verdient die umfangreiche technische Messe mit ihren zahlreichen Unterabteilungen. Die Abteilung für Erfindungen erfreut sich in diesem Jahre auf Grund eines vom Messeamt ausgeschriebenen Wettbewerbes eines besonderen Zuspruches.

Mit der wachsenden Bedeutung der Pariser Messe hat sich die Zahl der Aussteller und Besucher stark erhöht. Im Jahre 1925 betrug die Zahl der Aussteller 5500, in diesem Jahre beläuft sie sich auf 7800. Im Jahre 1931 ist die Messe, die stets 14 Tage dauert, von etwa 2 Millionen Personen besucht worden. Sehr zahlreich sind die ausländischen Käufer, die sich besonders aus den westeuropäischen Ländern rekrutieren.

Für Deutschland ist jedoch die Pariser Messe hauptsächlich als Verkaufsplatz wichtig. Die deutsche Industrie beteiligt sich in jedem Jahre zahlreicher an der Messe. Von den 792 ausländischen Ausstellern beträgt die Zahl der deutschen allein rund 150. Am stärksten ist die deutsche Beteiligung in der Abteilung der Nähmaschinen und der Maschinen für Schokolade- und Backwerkherstellung. Beide Abteilungen werden von der deutschen Industrie sogar vollkommen beherrscht. Die übrigen deutschen Aussteller verteilen sich auf die elektrische Industrie (besonders Radioapparate), auf die Musikinstrumentenindustrie einschl. der Grammophone, die Bauindustrie (Metallkonstruktionen und Maschinen), die Möbelindustrie und die Werkzeugmaschinenindustrie.

Auffällig ist die große deutsche Beteiligung in der Abteilung für Erfindungen. Von den 560 Erfindern, die dort ihre Erzeugnisse ausgestellt haben, sind allein 135 deutsche. Ein großer Teil von ihnen stammt aus Berlin und Umgebung, die übrigen aus allen Gegenden Deutschlands, selbst aus den entlegensten Winkeln Pommerns, Ostpreußens, Bayerns usw.

Von den neun Staaten, die geschlossene Ausstellungen ihrer Landeserzeugnisse veranstaltet haben, sind vor allem Oesterreich, Ungarn, die Tschechoslowakei und Rußland zu erwähnen. Die russische Ausstellung erregt durch ihre ultramoderne Aufmachung sowie die raffinierte Verwendung von statistischem Material und Photographien allgemeine Aufmerksamkeit.

800 Millionen verdient.

Die Bilanz des amerikanischen Telephontrusts.

Der Betrieb von Fernsprechanlagen ist ebenso wie das Zündholzgeschäft von Konjunkturschwankungen nur wenig beeinflußt: Ivar Kreuger hatte sich aus guten Gründen gerade diesen beiden Geschäftszweigen zur Errichtung seines Konzerngebäudes zugewandt, seine Pleite beweist nichts gegen das Prinzip.

Der jetzt vorliegende Geschäftsbericht des größten Telephontrusts der Welt, der American Telephone u. Telegraph Co., zeigt bei einem Aktienkapital von annähernd 8 Milliarden Mark nur eine verhältnismäßig geringe Verminderung der Betriebseinnahmen von rund 4,5 auf 4,4 Milliarden Mark. Dabei ist in den Vereinigten Staaten die Zahl der Fernsprechanschlüsse durch die Krise um fast 300 000 verringert und bei den noch bestehenden Leitungen war der Fernsprechverkehr flauer als in den Vorjahren. Die Gesamtzahl der von dem Konzern und seinen Untergesellschaften beherrschten Fernsprechstellen beträgt aber auch heute noch 15,4 Millionen. Der Rückgang der Betriebseinnahmen wurde außerdem durch erhebliche Ersparnisse wettgemacht. Der Betriebsgewinn war mit fast 996 Millionen Mark noch um eine Kleinigkeit größer als 1930.

Die American Telephone and Telegraph Co. beherrscht nicht nur den weitaus größten Teil des amerikanischen Fernsprechnetzes, sondern kontrolliert auch die Western Electric Co., die größte Telephonbaufirma der Welt. Die Western Electric Co. spielt bekanntlich seit einiger Zeit auch im Tonfilmgeschäft eine führende Rolle und konnte im vergangenen Jahre die verminderten Einnahmen aus dem Telephonbau durch erhöhte Einnahmen aus dem Bau von Tonfilmapparaten wieder ausgleichen. Im Jahre 1931 hat sie dagegen mit niedrigerem Ertrag gearbeitet und daher auch eine geringere Dividende als 1930 ausgeschüttet. Infolgedessen waren auch die Dividendeneinnahmen der American Telephone and Telegraph Co. um knapp 45 Millionen Mark niedriger als im Jahre vorher. Daher ist auch der gesamte Reingewinn etwas kleiner geworden: er ging von 848 Millionen Mark 1930 auf 801 Millionen Mark 1931 zurück.

Es gibt keine andere amerikanische Aktiengesellschaft von gleicher Bedeutung, die ein derartiges Ergebnis ausweisen kann. Der Reingewinn, den die Gesellschaft im Laufe der letzten vier Jahre verdient hat, beläuft sich auf rund 3,5 Milliarden Mark.

Gesfürel-Loewe zuversichtlich.

Hohe Abschreibungen auf Effektenbesitz. — Russenaufträge sichern vorläufig Beschäftigung.

Die Gesellschaft für elektrische Unternehmungen Ludwig Loewe u. Co. A.-G., Berlin, verteilt für das Geschäftsjahr 1931 eine Dividende von nur 4 Prozent gegen 10 Prozent im Vorjahr. Das Kapital wurde im Dezember durch Einzug eigener Aktien von 100 Millionen auf 80 Millionen Mark herabgesetzt, wobei ein Verlust eintrat.

Dieses Unternehmen ist für die deutsche Elektrizitätswirtschaft von besonderer Wichtigkeit, weil es die Versorgung zahlreicher Gemeinden mit Elektrizität und Gas in Händen hat und an zahlreichen Versorgungsunternehmen des Auslandes beteiligt ist. Andererseits ist das internationale Elektrokapital (vor allem die Sofina) an Gesfürel stark interessiert. Die Bedeutung für die Berliner Elektrizitätswirtschaft liegt darin, daß Gesfürel mehr als die Hälfte des Kapitals der Elektrizitätswerk A.-G. Südwest und ein großes Aktienpaket der Berliner Kraft und Licht besitzt.

Der Reingewinn ist von 8,5 Millionen auf 4,2 Millionen Mark zurückgegangen, vor allem weil auf dem Aktienbesitz an ausländischen Unternehmen sehr hohe Abschreibungen notwendig waren. Bei geringen Verkäufen wird das Effektenkonto mit nur 108,4 Millionen gegen 122,9 Millionen Mark ausgewiesen. Die Werkzeugmaschinenfabrik (Loewe) hat mit Verlust gearbeitet. Zur Zeit sind wieder 1000 Arbeiter und 300 Angestellte beschäftigt, vor allem zur Erledigung von Russenaufträgen, die noch einige Monat Arbeit gewährleisten.

Die Aussichten — vor allem für die Aktionäre — wurden in der Generalversammlung recht zuversichtlich beurteilt. In diesem Jahre waren auch die Aufsichtsräte „notleidend" geworden, da ihnen nach dem Statut und bei der niedrigen Dividende keine Tantieme zustand. Man beschloß, ihnen nachträglich für 1931 eine Vergütung von 2000 Mark zu zahlen!

423 Millionen Reichsdefizit.

Der Abschluß des Reichshaushalts 1931.

In dem am 31. März abgelaufenen Rechnungsjahr 1931 schließt der Reichshaushalt nach den vorläufigen Berechnungen des Reichsfinanzministeriums mit einem Defizit von 423,5 Mill. M. ab. Die Einnahmen aus Steuern, Zöllen und Abgaben betrugen, wie wir kürzlich schon meldeten, 7787 gegen 8172 Millionen im Voranschlag. Hierzu kommen noch Einnahmen aus der Verwaltung (137,6 Mill.), aus Ablieferungen der Reichspost (216 Mill. M.), aus dem Verkauf und der Verzinsung von Reichsbahn-Vorzugsaktien, sowie 415 Mill. M. Einnahmen aus Münzgewinnen, **so daß die Gesamteinnahmen des Reiches im vergangenen Jahr 8897 gegen 9077 Mill. M. im Voranschlag erreichen.**

Die Ausgaben waren in dem (berichtigten) Voranschlag für 1931 auf 9237 Mill. M. veranschlagt, sind jedoch mit 9160 Millionen unter dem Voranschlag zurückgeblieben. Danach ergibt sich für 1931 ein vorläufiger Fehlbetrag von 423,5 Mill. M., der mit 263,5 zu Lasten des ordentlichen und mit 160 Mill. M. zu Lasten des außerordentlichen Haushalts geht. Zu diesem Defizit sind noch die aus den vergangenen Jahren übernommenen Fehlbeträge hinzuzurechnen. Diese betrugen bei Beginn des abgelaufenen Rechnungsjahres 1030,5 Mill. M. im ordentlichen Haushalt, von denen 420 Mill. M. getilgt wurden. Es verbleiben 610,5 Mill. M. Fehlbetrag zuzüglich des Fehlbetrages im außerordentlichen Etat in Höhe von 261,4 Mill. Mark. **Das Gesamtdefizit des Reiches am 31. März 1932 erreicht damit also 1295,4 Millionen Mark.**

Reichsbankkredit wieder verlängert.

Die 21. Tagung des Verwaltungsrats der Bank für internationalen Zahlungsausgleich in Basel hat den 90-Mill.-Dollar-Rest des 100-Mill.-Dollar-Kredits der Reichsbank auf weitere drei Monate verlängert. Der Kredit wäre am 4. Juli fällig gewesen. Die Zustimmung der Bank von Frankreich ist ebenfalls sicher; die Franzosen haben auf ihren Wunsch, die Reichsbank solle einen weiteren Teilbetrag tilgen, verzichtet.

Der Verwaltungsrat erblickt in dem französischen Linksrutsch eine günstige Voraussetzung zu einer erfolgreicheren Lösung der Abrüstungsaufgabe von Genf und der Reparationsprobleme in Lausanne.

Abbrucharbeiten bei Kreuger.

Am Mittwoch wird über die Zentralgesellschaft des toten Zündholzkönigs, die Kreuger u. Toll-A.-G., offiziell der Konkurs erklärt werden. Auch über eine große Anzahl von Tochtergesellschaften und den persönlichen Nachlaß Ivar Kreugers wird in allernächster Zeit das Konkursverfahren eröffnet werden.

Mit der Eröffnung des Konkursverfahrens wird auch die bekannte Untersuchungskommission, die aus 6 Personen bestand, und die in den vergangenen acht Wochen seit dem Freitode des Zündholzkönigs außerordentlich wertvolle Aufklärungsarbeit unter schwierigen Verhältnissen geleistet hat, ihre Tätigkeit einstellen. An ihre Stelle tritt die vom Gericht ernannte Konkursverwaltung, wobei aber anzunehmen ist, daß ein bis zwei Persönlichkeiten aus der bisherigen Untersuchungskommission auch in der künftigen Konkursverwaltung vertreten sein werden.

Brandenburgische Sparkassen.

Der Abschluß der Provinzialbank und Girozentrale.

Die Brandenburgische Provinzialbank und Girozentrale erzielte im vergangenen Jahr einen Gesamtumsatz von 4,96 gegen 5,89 Milliarden Mark. Zinseinnahmen gingen von 2,7 auf 2,5 und die übrigen Einnahmen von 0,87 auf 0,59 Mill. Mark zurück. Unkosten werden mit 2,58 gegen 2,57 Millionen ausgewiesen. Der Geschäftsüberschuß ist vorweg zu Lasten des Zinsen- und Gebührenkontos den vorhandenen inneren Rücklagen zugeführt worden, und die Verwaltung hat mit Rücksicht auf die unsicheren Verhältnisse von einer Verzinsung des Betriebskapitals abgesehen.

Das Unternehmen hat im letzten Jahr mehr denn je die Erfüllung seiner Aufgabe darin gesehen, den brandenburgischen Kommunalverbänden sowie den Einrichtungen des Provinzialverbandes die dringend benötigten Kreditmittel zur Verfügung zu stellen, aber auch der Landwirtschaft sowie dem Mittel- und Kleingewerbe nachhaltige Kredithilfe geleistet. An langfristigen Kommunalanleihen waren rund 72,3 gegen 59,2 Millionen begeben. Die Finanzierung des Wohnungsbaues wurde durch die dem Unternehmen angeschlossene „Oeffentliche Bausparkasse" durchgeführt, und bis zum Jahresende wurden 832 Bausparverträge mit 4,43 Millionen abgeschlossen.

Die Spareinlagen bei den brandenburgischen Sparkassen gingen nach dem gleichfalls vorliegenden Jahresbericht des Brandenburgischen Sparkassen- und Giroverbandes infolge der Kreditkrise von 461 auf 405 Millionen zurück. Die Hypothekenausleihungen der Sparkassen erreichten gegen Ende des Berichtsjahres 192,5 gegen 181,1 Millionen. Dies entspricht infolge des Absinkens der Spareinlagen 47,5 gegen 39,3 Proz. der vorhandenen Spareinlagen im vorhergehenden Jahre. Der Ueberschuß des Sparkassenverbandes in Höhe von 93 760 Mk. wird gleichfalls einer besonderen Rücklage zugeführt, und eine Ausschüttung von Gewinnen unterbleibt.

5 Proz. Dividende bei Schokoladenfabrik Riquet u. Co. Die großen Schokoladenfabriken in Deutschland, die überwiegend „Markenware" herstellen, haben die Krise bisher verhältnismäßig gut überstanden. Abgesehen von der Stollwerck-A.-G. in Köln, die durch eine planlose Konzernpolitik schwere Verluste erlitten hat, konnten andere bekannte Aktiengesellschaften wie Saxotti und die Leipziger Fabrik Riquet u. Co. auch für 1931 noch Dividenden ausschütten. Die Riquet u. Co. A.-G., die jetzt ihren Jahresbericht veröffentlicht, weist einen Betriebsüberschuß von 1,58 Millionen Mark auf, der gegen 1930 um 26 Proz. gesunken ist. Um fast den gleichen Umfang, nämlich um 25 Proz., konnten jedoch auch die Unkosten abgebaut werden. Aus einem Reingewinn von 0,22 gegen 0,29 Millionen Mark im Vorjahr wird eine Dividende von 5 gegen 8 Proz. im Jahre 1930 ausgezahlt.

Continental-Kraftradreifen siegen auf regennasser Avus. Von den Siegern des Internationalen Avusrennens am vergangenen Sonntag benutzten nicht weniger als 7 Fahrer Continental-Reifen. Der Held des Tages, Fritz Wiese-Hannover, der auf seiner B. M. W. mit 133 Kilometer-Stunden-Durchschnitt die schnellste Zeit des ganzen Rennens erzielt hat, lobte besonders die hervorragende Griffigkeit, die die Continental-Reifen auf der regennassen Avus zeigten.

Von Goethe zu Kreuger

Die Bilanz eines Jahrhunderts

Von einem Soziologen wird uns geschrieben:

Goethe und Kreuger? Gibt es da eine Beziehung? Gewiß. Goethe und Kreuger, wahrlich, sie gehören zusammen, wie Anfang und Ende einer Entwicklungslinie. Es handelt sich um den Werdegang der Bourgeoisie und ihres Persönlichkeitsbildes.

Der Mann, der am Fürstenhof von Weimar mit Stolz und Selbstbewußtsein das Wappen seines Frankfurter Bürgerhauses hochhielt, bei Valmy die Morgenröte der Bürgerlichkeit inmitten einer geschlagenen deutschen Armee als Aequivalent für die Niederlage Preußens eingerechnet hatte, in Napoleon, dem Schöpfer des Code civile, dem Bannerträger der neuen Bourgeoisie und ihrer Kultur huldigte, dieser Goethe war richtiger Repräsentant der Gedanklichkeit des jungen Bürgertums. Dichtung und wirtschaftliches Erkennen waren in dieser Anfangsepoche ja ganz nahe beieinander. Man denke nur an die lodernde Beredsamkeit, den rednerischen Hochschwung der Werke eines Adam Smith, eines Filangieri, eines Feuerbach. Die gesamte Staatswissenschaft, aber vor allem auch die gesamte Nationalökonomie des jungen Bürgertums sind getragen von der ethischen Idee höchster Beglückung der Menschheit. Und Dichtung und Oekonomie klingen in diesem Ethos zusammen.

Wie war das Wirtschaftsbild, in dem der reife Goethe stand? Enge Beziehungen zum englischen Geistesleben hatten ihm auch die fortgeschrittenen Formen der zeitgenössischen Oekonomie gezeigt. Die Maschine gab Raum für profitable Kapitalanlagen — unbegrenzt. Die Idee der freien Konkurrenz sollte jedermanns Bedarf in günstigster Weise befriedigen. Das ist der ethische Auftakt des Bürgertums. Seine Folge: Sieg der Naturwissenschaften, Zusammenbruch aller zünftigen oder standesrechtlichen Bindungen, Aufrecken der Persönlichkeit und ewiger Glauben an ihre beglückende Auswirkung. Höchster Augenblick des sterbenden Faust: ein Gewimmel. Freies Volk auf freiem Grunde: schaffend im ungebundenen Wettbewerb, alle für alle.

Während Faust, erblindend, solche Weisheit sprach — es war das erste Drittel des neunzehnten Jahrhunderts — schrieben in Paris Fourier und Saint Simon schon die Kritik dieses Glückseligkeitsrausches. Persönlichkeit vereint mit der Institution des Privateigentums müßte — das war der Sinn ihrer Kritik — zum Herrschtum der Habgierigen, der Schlauen und Raffsüchtigen führen, das Ethos der Persönlichkeit durch die Habsucht untergraben: wohl zu Riesenbauten führen, doch den Millionen kein Dach schaffen. Wenige Jahrzehnte nach dem Entstehen der berühmten Bekennerszene des Faust schrieb Heinrich Heine von den „hungrigen Ratten", predigte Wilhelm Weitling in Deutschland. Der Donner des Kommunistischen Manifestes rollte heran in den noch stark hegelianischen Schriften des Karl Marx. Der Widerspruch des bürgerlichen Individualismus war sichtbar geworden. Noch nicht seine Krise.

Ein Jahrhundert des Dampfes, der Elektrizität, der drahtlosen Kraftübertragung ermöglichte es dem bürgerlichen Privateigentum, ungeahnte, enorme anorganische Kräfte in seinen Dienst, in den Dienst seiner Machterhaltung zu zwingen. Ganz andere Kräfte als die paar Pferdekräfte, von denen im Faust gesagt ist, sie gehörten dem, der die Rosse bezahlen kann. Die geldgewappnete Persönlichkeit organisierte ihre Reiche. Unübersehbare Gebiete umspannt ihr Kreis, Indien und Chile, China und Alaska, Kohle und Getreide, Zündhölzer und Gold, Schiffahrt und Waffenindustrie, sachlich und territorial, alles in allem — unbegrenzt. Ein Turmbau der Weltkartelle setzte ein und steigt und steigt bis in die Wolken, und an der Spitze steht immer einer: die bürgerliche Persönlichkeit, die die Fundamente weder in der Breite, noch in der Tiefe mehr sehen kann.

Ein solcher später Turmbauer war auch Joar Kreuger.

Er konnte sein Persönlichkeitsreich auf der Höhe des entwickelten Monopolkapitalismus errichten. In einer Epoche, in der nicht mehr nur die Kraft der Chemie und der physischen Mechanik, die Kraft der Einzelmenschen dem Goldbesitzer kaufbar waren, sondern ganze Völker, Nationen, die im Krieg um Hab und Gut gekommen waren. Joar Kreuger, der Bürgersohn, konnte ganze Staaten zwingen, sein Erzeugnis zu kaufen, ihm Profite und Zinsen herzuschleppen zur Pyramide seiner Persönlichkeit, wie ein Pharao seine Felaken.

Er hatte — wie der Mann der jüdischen Legende, der fliegen konnte, weil er den Namen des Allerheiligsten unter seine Sohlen gelegt — Gold unter seine Sohlen gelegt. So konnte sich seine Persönlichkeit zum Fluge erheben. Jäh brach der Flug zusammen, als man merkte, daß sich das Gold unter Kreugers Sohlen verflüchtigte und nur mehr Papier da war. Die „Persönlichkeit" allein verlor ihren Wert — sie konnte sich nur durch Fälschungen, durch den Schein der Goldfundiertheit aufrechterhalten, bis auch der Schein nicht mehr zu halten war und der Flieger in die Tiefe stürzte.

Wohin aber hätte er noch fliegen können, wenn das Geld ihm Stütze geboten hätte? Das Auge blickt aus in die weitesten Fernen und findet nichts. Die bürgerliche Persönlichkeit hat ihre Ziele verloren. Goethe sah noch welche, auch Adam Smith. Die Individualität des Monopolkapitalismus aber lebt sich allein in den Quantitäten aus. Sie baut Pyramiden, während Faust noch Wohnstätten sah. Aber Faust ist am Ende erblindet. War es eine Goethesche Prophezeiung? Denn liegt nicht etwas wie Verblendung im Schicksal des Bürgertums? Es hat die Fernsehung und das Mikroskop in nie erreichte, vollkommene Höhen gebracht, aber es sieht nicht die Kräfte, die sein eigenes Schicksal bestimmen und aus dem bürgerlichen Individualitätsprinzip herauskriechen, wie Würmer aus einem morschen Sarg. Denn die freie Konkurrenz des privateigentümlichen Kapitals hat den Profit zur Grundlage der Persönlichkeit gemacht. Die mechanische Kräfteentwicklung ist in den Dienst dieser jeweils profitreichsten Persönlichkeiten gebracht. Ihr Kampf wütet gegeneinander. Die Masse aber ist ihrem Blick ganz entrückt. Damit auch das ethische Ideal, der Leitstern der bürgerlichen Persönlichkeitsentwicklung, wie sie Goethe und Adam Smith noch gedacht hatten.

Das Schiff der bürgerlichen Persönlichkeit treibt ohne Steuer und ohne Kompaß. Kein Hafen winkt. Nur das Grab in den sturmgepeitschten Wellen.

Kreuger? Mann über Bord!

Ib Krügler sagt der Welt ade

Drei Tage aus dem Leben eines Großen / Von Walter Sueß

1.

Ein kleines Loch ist im Schädel. Das Leben fließt heraus. Blut und Hirn, rot und gelb, und alles ist vorbei.

Es ist sehr einfach, denkt der Arbeitslose Gaston Morel. Kühl fühlt sich der Kolben der Pistole an, die er in der letzten heilen Tasche seines zerschlissenen Anzuges hat, kühl ist die Nacht im Bois de Boulogne. Noch ist nicht die Zeit der Liebespärchen und die Bänke sind leer. Und auch die Obdachlosen haben die warmen Quartiere in den Ziegelöfen von Satory noch nicht verlassen. Ganz allein ist man hier, einsam und unbeachtet. Man holt die Pistole heraus, repetiert, die Patrone gleitet in den Lauf, kleiner Tod in blanker Messinghülse, man setzt den Lauf an die Schläfe, drückt ab und ist tot.

Es ist das beste, was sich tun läßt, denkt Gaston Morel. Man ist noch jung, hätte das Leben vor sich, mit Glück, Freude — Blödsinn. Hungern kann man, verhungern, und es ist gescheiter, es rasch abzumachen. Man wird in die Totenkammer eingeliefert, kalt und starr liegt man dort, ein unbekannter Leichnam, und die Blätter bringen eine kleine Notiz. Schluß.

Der Arbeitslose Gaston Morel setzt sich auf eine Bank. „Achtung, frisch gestrichen!" steht da. Ist wurscht, ganz wurscht, denkt Morel. An dem Anzug ist so nichts mehr zu verderben. Und wie sie ihn begraben, das ist doch so gleichgültig. Er wird wie eine Zebraleiche aussehen, schön gestreift, und man wird ihn in einen billigen Sarg stopfen und in einem Armenfriedhof verscharren. Dafür ist jeder Vater gefallen, irgendwo in den Argonnen, für die Gloire der Nation und damit man verhungert...

Kalt und ruhig ist die Nacht. Ein paar Sterne glitzern am Himmel, dürre Bäume zeichnen schwarze Schatten auf den Boden. Na, das sieht man alles noch einmal, gar so schön ist es ja nicht, das nicht und das ganze Leben.

Im Kino ist es schöner, viel schöner als im Leben. Vor drei Tagen ist er noch dort gewesen, als er eine verlorene Eintrittskarte aufklaubte. Da war eine rührend schöne Geschichte von einem armen Teufel, der hungert und dem es schlecht geht. Und dann kommt das Wunder, ein Mädel verliebt sich in ihn und er verliebt sich in das Mädel und dann erkennt man, daß das Mädel eine Millionärstochter ist und alles ist in Butter.

Blödsinn, verdammter Blödsinn!

Im Leben gibt es keine Wunder. Das Leben schmeißt die Menschen hin wie die Fliegen. Nicht schade drum...

Der Arbeitslose Gaston Morel zieht seine Pistole.

Man könnte sie versetzen. Oder verkaufen. Ein paar Tage davon leben. Und dann ist es wieder dasselbe. Man muß sterben. Lieber gleich.

Der Arbeitslose Gaston Morel repetiert. Nun ist die Patrone im Lauf. Er löst die Sicherung. Nun hat er den Tod im Zeigefinger, ein ganz leichter Druck und weit, ganz weit springt das Tor auf, das ins letzte große Vergessen führt.

Kalt sitzt die Mündung an der Schläfe.

Jetzt. Jetzt....

„Stecken Sie die Pistole ein", sagt eine Stimme.

2.

Der Arbeitslose Gaston Morel blickt auf. Vor ihm steht ein Mann. Nein, ein Herr, ein eleganter Herr. Er ist wohl aus dem Privatauto gestiegen, das auf der Fahrbahn hält. Komisch, daß man so gar nichts gehört hat, nicht das Knirschen der Bremsen und den Tritt des Fremden....

„Guten Abend", sagt der Fremde. Und dann, leicht spöttisch: „Verzeihen Sie die Störung."

„Danke", knurrt Morel wütend.

Der Fremde lächelt.

„Sie wollten den Tod, ich bringe Ihnen das Leben. Keinen Hunger, sondern was Sie wollen, Aufenthalt am Meer. Ein Auto. Reise im Schlafwagen. Federnder Sitz in einem Aeroplan...."

Gaston Morel sieht den andern groß an.

Der setzt sich zu ihm. Schlägt die Beine übereinander. Nimmt eine goldene Tabatiere aus der Westentasche und hält sie unter die gierigen Augen des Gaston Morel.

„Bitte."

Eine blaue Flamme flackert im Feuerzeug. Morel saugt an dem goldenen Mundstück, und da sein Magen leer ist, erzeugt der Rauch leichten Rausch und fröhlichen Schwindel. Die Lippen, die so lange an aufgelesenen Stummeln gesogen haben, pressen sich an das kleine Papierröllchen. Es ist das edelste Fabrikat des Krüglerschen Zigarettentrusts, die „Favorita", schlank, mild, elegant, einen Franken das Stück.

„Also, die Sache ist so", sagt der Fremde. „Ich fuhr mit dem Wagen die Allee entlang und Sie kamen mir in die Scheinwerfer. Sie haben es nicht bemerkt, so interessiert waren Sie an dem kleinen F- und N-Browning, den Sie in der Hand hielten. Also, ich wäre weitergefahren, denn ich störe Selbstmörder nicht gern. Aber ich sah im grellen Licht ihr Gesicht — und da mußte ich, daß ich gefunden habe, was ich seit Monaten vergeblich suchte...."

Gaston Morel lacht laut heraus.

„Mich haben Sie gesucht? Mich, den letzten Dreck, um den sich keiner kümmert?"

Der Fremde saugt an seiner Zigarette.

„Ich habe nicht Sie gesucht. Ich habe ein bestimmtes Gesicht gesucht."

Im Kopf des Gaston Morel wirbelt es. Nun ist die Welt schön und leicht, wie süßer Schnaps steigt der Zigarettenrauch ins Hirn, es gibt keinen Schmerz mehr und keinen Tod.

„Mein Gesicht", lächelt er idiotisch vor sich hin. „Soll ich vielleicht Filmstar werden?"

„Ich will offen mit Ihnen reden", sagt der Fremde. Er lehnt sich nachlässig zurück. Seine Zigarette glüht auf und wirft matten, roten Schein über das glattrasierte, seltsam kühle Gesicht. „Es handelt sich um folgendes: Sie sehen jemand sehr, sehr ähnlich. So ähnlich, daß man Sie ruhig als den Doppelgänger dieser Persönlichkeit ansprechen kann. Diese Persönlichkeit ist eine der mächtigsten der Welt. Braucht dringend Erholung. Aber er kann nicht weg. Wenn er für ein paar Wochen untertaucht, ist die Hölle los. Wankt alles."

Die Zigarette macht blöd im Hirn. Morel schmeißt sie weg. „Ja?" sagt er zweimal, stupid, tonlos.

„Sie müssen zeitweise an seine Stelle treten", sagt der Fremde. „Mann, Sie werden alles haben, was Sie wollen. Geld, Luxus, einen Park am Meer.... Und Sie treten in Funktion, wenn die Persönlichkeit, von der ich spreche, Ruhe braucht. Dann sitzen Sie auf seinem Platz, repräsentieren, sind da — das genügt."

„Wer ist es?" fragt Morel.

Der Unbekannte wippt die Asche von seiner Zigarette.

„Ich bin Sigurd Olaffson, der Privatsekretär von Ib Krügler."

Ib Krügler!

Morel schreckt auf. Ib Krügler.... einer der reichsten Männer der Welt! Ib Krügler, der Mann aus Stockholm, den die Zigarette groß gemacht hat! Beherrscher jenes weltumspannenden Trusts: Senkrecht und wagrecht zugleich wuchs er im Laufe der Jahre. Alles, was Krügler für seine Zigaretten braucht, erzeugt er selbst: Papier, Tabak, die Reibmasse, die Verpackung, die Automaten, die sie verkaufen. Er hat eine eigene Flotte, er hat tausende Automobile, und hunderttausende Arbeiter schuften für ihn. Die Länder der halben Welt umspannt der Trust. Zahllos sind die Staaten, denen Krügler Anleihen gewährt hat. Aber Krügler war hart: Hie Anleihe, da Monopol. Zwanzig, fünfundzwanzig Zigarettenmonopole beherrscht er....

„Ich wußte nicht, daß ich ihm ähnlich sehe", stottert Morel.

Olaffson lacht auf.

„Das ist begreiflich. Krügler fürchtet das photographische Objektiv mehr als den Teufel. Er lebt zurückgezogen. Es gibt auf der Welt kaum einige hundert Menschen, die ihn persönlich kennen. Ich glaube nicht, daß zwischen Ihnen und Krügler mehr als eine flüchtige Aehnlichkeit besteht...." Er hält Morel die Hand hin, eine harte, knochige Hand. „Sie kennen Ihre Aufgabe. Tun Sie mit?"

Gaston Morel zittert. Jetzt ist das Filmwunder auch zu ihm gekommen, Gaston Morel, arbeitslos, obdachlos. Vor zehn Minuten hat er die kalte Pistole in seiner Hand gespürt. Und nun...

„Einverstanden!"

(Fortsetzung folgt.)

Deutsche Baumwolle?

Eine Ueberraschung im Pflanzenanbau

Seit 32 Jahren bemüht sich der Offenbacher Gutsbesitzer Wilhelm Berz, eine Jukkapflanze zu züchten, die in Deutschland gedeiht und uns so gut wie unabhängig von der Faserstoffeinfuhr macht. Das ist ihm jetzt gelungen. Die Gutachter zollen dem Züchter Anerkennung. Amerikanische Baumwollkapazitäten haben ihm Riesensummen geboten, wenn er seine Pläne, mit der neuen Faser den Markt zu erobern, fallen ließe. In England will man Herrn Berz eine Million Pfund Sterling zur Auswertung seiner Produkte zur Verfügung stellen.

Die Anpflanzungen liegen auf einer kleinen Anhöhe am Fuße des Taunus, wenige Minuten von dem Dorf Obersiedten entfernt. Man hat von der Plantage aus gute Sicht über die Taunushöhen, auf den Feldberg. Der Boden, auf dem die Jukkapflanze gedeiht, ist stark lehmig, aber sie gibt sich auch mit Sandboden zufrieden. Mannshohe Blätter ragen aus den spargelartig angelegten Feldern heraus und ähneln denen der Lilie. Diese Blätter, die das wertvolle Fasermaterial liefern, widerstehen jeder klimatischen Beeinflussung und gedeihen sogar im Winter. Das Tempo ihres Wachstums ist erstaunlich. Ich sah Blätter, die erst 14 Tage zuvor geschnitten waren und schon wieder stark einen Viertelmeter über den Boden hinwegragten.

Das Arbeitszimmer des Erfinders, das in einem kleinen Bauernhaus an der Hauptstraße in Obersiedten liegt, macht den Eindruck einer Versuchsstation. Auf dem Schreibtisch, auf Kisten und Stühlen türmen sich neben Zeitungsausschnitten und Angeboten aus aller Herren Länder Stoff- und Faserproben der verschiedensten Art. Zwischen den Stoffproben liegen frische oder getrocknete Blätter der Jukkapflanze oder getrocknete Samenkapseln, aus denen der Samen quillt. Aus den halbtrockenen Blättern ragen an beiden Enden schon die Fasern heraus, die später wie Flachs auf dem Spinnrad versponnen werden. Auf dem Boden stehen Koffer, denen halbfertige und fertige Stoffe entquellen, wie man sie zur Anfertigung von Anzügen, von Handtüchern, von Sackleinen braucht.

Im Hof steht der Erntewagen, denn Berz betreibt wie jeder andere Landwirt nebenher auch noch Ackerbau und Viehzucht, und der Hof macht denselben Eindruck wie jedes andere bäuerliche Besitztum. Berz selbst ist ein einfacher Mann. Eine von jenen kernigen Landwirtsgestalten, die einen Kopf haben und die Zähigkeit, eine einmal gefaßte Idee durchzukämpfen.

Wilhelm Berz hat die Jukkapflanze, die ursprünglich in Mittelamerika wild wächst, in einer Baumschule in Zürich kennengelernt, wo er früher tätig war. Es bedurfte unzähliger Versuche, ehe es ihm gelang, der Pflanze zu der jetzigen Kultur zu verhelfen. Heute ist ihre Lebensdauer so groß, daß man sie mit etwa 15 Jahren ansetzen kann. Während der Blütezeit Mai bis Juni wird die künstliche Befruchtung durch Landarbeiterinnen mit einem eigens dafür hergerichteten Pinsel vorgenommen (während die Befruchtung in der Heimat der Pflanze durch ein Insekt geschieht). Was die Pflanze lediglich nicht verträgt, ist stehendes Wasser — daher auch der Anbau auf ansteigendem Gelände.

Die Verwendbarkeit der Jukkapflanze scheint außerordentlich vielseitig zu sein. Sie ist nicht nur mit Schafwolle, Baumwolle, Wolle und Garn mischbar, sondern kann auch allein zu einem sehr starken Garn versponnen werden kann, das jede Verwendungsart zuläßt. Bekannte deutsche Textilfirmen haben Versuche mit der Jukkafaser angestellt und waren mit den Ergebnissen sehr zufrieden. Man darf annehmen, daß die Jukkapflanze bei einer ausgiebigen Bewirtschaftung uns bis zu 80 Prozent von ausländischen Garnen unabhängig machen wird. Wenn auch die Jukkafaser nicht mit der Baumwolle zu verwechseln ist, so bedeutet sie doch eine indirekte Konkurrenz, weil die sehr haltbare Faser für jegliche Stoffverarbeitung in Frage kommt.

In diesem Zusammenhang ist die von Berz erfundene Entfaserungsmaschine von Wichtigkeit, ohne die die Jukkapflanze kaum wirtschaftlich werden könnte. Berz hat nicht nur sämtliche Patente der Welt für diese Maschine in der Hand, sondern — was bisher in Europa noch nicht gelungen ist — auch die Patente für die Zucht- und Samengewinnung der Jukkapflanze. Bei der Anspruchslosigkeit der Jukkapflanze rechnet man mit einer Anpflanzungsmöglichkeit auf Oedlandstrecken.

H. R. Mannjung.